Nr. 247. 23. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 23. Oktober 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Der neue Buchdruckertarif.

1896 und 1906! Vor zehn Jahren eine gewaltige Entrüstung der sozialdemokratischen Partei und der weitaus größeren Zahl der Gewerkschaften über die Buchdrucker... — die sozialdemokratische Partei aber diesmal in völliger Neutralität oder wohlwollender Stellungnahme zu diesem Beginnen, die Gewerkschaften in der die Politik unseres Verbandes und dessen Kontrahenten verständlich findend und gut heißend.

„Korrespondent" vom 2. Oktober 1906.

Was wir mit Sicherheit einer Naturerscheinung vorausgeahnt, ist eingetroffen, nämlich die Bekämpfung unseres Tarif- und Organisationsvertrages durch die sozialdemokratische Presse.

„Korrespondent" vom 18. Oktober 1906.

Der „Korrespondent" schlachtet jetzt die böse Parteipresse ab. Sie war es, welche die Unzufriedenheit der Buchdrucker mit den neuen Tarif- und Organisationsvereinbarungen geweckt und genährt hat. Im Buchdruckerverband selbst hat vor dem Eingreifen der Parteipresse derselbe harmonische Friede geherrscht, wie ihn der „Korrespondent" für das Verhältnis zwischen Buchdruckereigehülfen und Unternehmern als immer noch bestehend und für ewige Dauer auch in der Zukunft gefestigt hinstellt. Für den Buchdruckerverband gilt wie für den Staat das Wort des Dichters:

Ausländer, Fremde sind es meist,
Die unter uns gesät den Geist
Der Rebellion. Dergleichen Sünder,
Gottlob, sind niemals Landeskinder!

Nur schade, daß für die gegenwärtige Erregung im Buchdruckerverband dieser schlechte Trost aller schlechten Regenten durch die historischen Tatsachen ad absurdum geführt wird! Wie war es? Der „Korrespondent" vom 2. Oktober hatte recht. Die Parteipresse hatte noch mit keinem Worte sich in die Tarifverhandlungen der Buchdrucker gemischt, obgleich diverse liberale Berta Suttners in der bürgerlichen Presse die Friedensschalmei schon kräftig bliesen und den Buchdruckerverband über den grünen Klee lobten, was für eine Arbeiterorganisation allemal verdächtig ist. Die liberale Presse bediente sich dabei fast derselben Redewendungen wie der „Korrespondent"; schloß doch — ebenfalls am 2. Oktober — u. a. das „Berliner Tageblatt" einen Leitartikel:

„Die möglichst allseitige Durchführung des Gedankens der Tarifgemeinschaft wird die soziale Frage nicht lösen, wohl aber wird sie eine Etappe sein auf dem Wege zum sozialen Frieden."

Diese verdächtige Freundschaft der liberalen Presse verbat die „Korrespondent"-Redaktion sich nicht. Die Arbeiterpresse aber war nicht in der Lage, dazu Stellung zu nehmen, weil ihr, ebenso wie den Verbandsgehülfen, alle Grundlagen zu einer Stellungnahme fehlten. Die Veröffentlichung der auch in jeder Nummer des „Korrespondent" gepriesenen Abmachungen unterblieb.

Dann kamen am Sonntag, den 7. Oktober, die großen Buchdruckerversammlungen, denen die Errungenschaften der Gehülfenvertreter nicht etwa zur Begutachtung vorgelegt, sondern zum gefälligen widerspruchslosen Hinunterwürgen serviert werden sollten! Und nun machte die Empörung der Buchdrucker — ohne die vom „Korrespondent" angeblich vorausgeahnte Bekämpfung des Tarifs oder Organisationsvertrages — sich in solcher Weise Luft, daß am 11. Oktober der „Korrespondent" die Führer zur Rebellion gegen den Willen der Masse aufrief, indem er schrieb:

„Das, was in Berlin vereinbart worden ist, wird und muß aufrecht erhalten bleiben, und damit hat jeder zu stehen und zu fallen, der bei dem Zustandekommen des neuen Vertrages mitgewirkt hat. Wie wir schon einmal nach der Dresdener Generalversammlung sagten, ist jetzt ein solcher Moment gekommen, wo die Führer gegen den Willen der Masse in deren Interesse mit Leib und Leben für das Beschlossene einzutreten haben, komme, was da wolle."

Und in derselben Nummer:

„Es wäre nur zu wünschen, daß unsere Kollegen nicht auf halbem Wege stehen bleiben, sondern an Stelle der heutigen „rückständigen" Führer zielbewußtere setzen möchten. Uns bangt nicht vor dieser Probe aufs Exempel!"

Hat der „Korrespondent" das geschrieben oder nicht? Hat er es am 11. Oktober veröffentlicht oder nein? Wenn ja, dann konstatieren wir, daß an diesem selben 11. Oktober der erste Artikel des „Vorwärts" erschien, der sich mit dem Inhalt des Tarifes und des Organisationsvertrages beschäftigte, daß dieser Artikel drei Tage nach Stattfinden jener Buchdruckerversammlungen geschrieben wurde, in denen der Unwille der Masse sich so explosiv äußerte, daß der „Korrespondent" sich mit dem Schicksal der „Führer" zu beschäftigen begann.

Dies zur Feststellung der historischen Wahrheit! —

Heute kann man wohl konstatieren, daß der Tarif und der Organisationsvertrag angenommen sind. Die Rebellion der Führer hat ihre Wirkung getan. Als nach dem Votum der großen Berliner Mitgliedschaft der Hauptvorstand das Unabänderliche des Beschlossenen betonte, als er auf die tiefgreifenden und in ihren Folgen unabsehbaren Verwickelungen im Gewerbe hinwies, ohne dabei gleichzeitig zu betonen, daß der Vorstand trotz alledem sich im Falle des Kampfes freudig in den Dienst an der Spitze der Mitgliedschaft stellen werde, da war es offenbar der Leipziger Mitgliedschaft klar geworden, daß so ein Kampf mit dem Unternehmertum nicht geführt werden könnte. Dazu gehört vor allen Dingen vollste Einmütigkeit im Wollen und Handeln. Mit widerwillig geschobenen Funktionären an der Spitze kann man keine Schlacht gegen das Kapital führen, auch wenn sonst alle äußeren Vorbedingungen für einen Erfolg gegeben sind. Wir begreifen deswegen den Entschluß der Leipziger Buchdrucker und wir sind überzeugt, daß auch die Berliner Mitgliedschaft sich demokratisch dem Willen des überwiegenden Teiles ihrer Kollegen fügen wird. Mit derselben Disziplin und Einmütigkeit, mit der sie den Kampf aufgenommen hätten, werden sie sich dem jetzt tatsächlich vorliegenden Mehrheitsbeschluß der Gesamtmitgliedschaft fügen.

Das beweist aber nicht, daß sie mit ihrer Kritik unrecht hatten. Und wir unsererseits erklären, daß wir von unserer am 11. Oktober geübten Kritik des Tarifes und des Organisationsvertrages nicht ein Wort zurückzunehmen haben! Wenn man den Wunsch haben kann, daß der Verlauf der Dinge das, was man selbst behauptet hat, als unsinnig erweisen möge, daß der recht behalte, der eine gegenteilige Meinung verfocht — dann hätten wir in diesem Falle den Wunsch. Wir würden uns freuen, wenn den Buchdruckern aus dem neuen Tarif mitsamt dem Organisationsvertrage all' das Glück erwächst, all' der Segen zufließt, welche beide der „Korrespondent" im Verein mit der liberalen und jetzt fast der gesamten bürgerlichen Presse ihnen prophezeien. Aber wir glauben nicht daran! —

Die Frage der 10- oder 15prozentigen Lohnerhöhung, die der „Korrespondent" jetzt so in den Vordergrund schiebt und der er in der Hauptsache die Unzufriedenheit der Masse zuschreibt, hat für uns immer eine sekundäre Rolle gespielt. Die Frage der Entlohnung hängt von der Marktlage ab und daß man bei den diesjährigen Tarifberatungen nicht den Versuch gemacht hat, durch eine Verkürzung der Arbeitszeit diese Marktlage für die Gehülfenschaft günstiger zu gestalten, ist, womit wir uns nicht einverstanden erklären können.

Und daran trägt in der Tat die von der unseren gänzlich verschiedene soziale Auffassung der Unterhändler die Schuld.

Sollte man es für möglich halten, daß Arbeitervertreter von einer Forderung Abstand nehmen, weil die Unternehmer ihnen nachweisen, daß die Konjunktur günstiger geworden ist? Die Buchdruckervertreter haben das getan! — In seiner Nummer vom 18. Oktober bringt der „Korrespondent" als Beweis gegen uns (!) über die Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe folgende Zahlenreihen:

Arbeitslos waren in Prozent:

	1906	1905	1904
Januar . . .	2,53	2,77	3,49
Februar . . .	1,73	2,17	2,14
März	1,04	1,84	1,79
April . . .	1,57	1,81	2,73
Mai	2,42	2,80	3,66
Juni	6,72*)	4,78	4,15
Juli	4,28	5,46	7,12

Aus diesen Ziffern geht unwiderleglich hervor, daß das Buchdruckgewerbe den Aufschwung der Konjunktur in unserer Industrie mitgemacht hat, daß beim diesjährigen Ablauf des Tarifes oder nie Gelegenheit gegeben war, die Forderungen der Gehülfenschaft durchzudrücken. Der „Korrespondent" schließt jedoch daraus, daß man eine Arbeitszeitverkürzung nicht fordern dürfe, weil sonst — ein Mangel an Gehülfen eintreten müßte! Ja, er bezeichnet unseren speziellen Hinweis auf Berliner Verhältnisse als „demagogische Stimmungsmache" und schreibt:

„Dabei ist selbst in Berlin oft mit den größten Schwierigkeiten verbunden, einen Arbeitslosen zu finden, der geneigt wäre, eine Arbeit wenige Meilen von Berlin anzunehmen."

Sehr richtig! Aber warum? Weil das gerissene „soziale Verständnis" der Berliner Buchdruckunternehmer ihnen das Mittel eingegeben hat, wenige Meilen von Berlin (aber außerhalb der Zone, wo sie den 25prozentigen Berliner Lokalzuschlag zahlen müssen!) Druckereien einzurichten, wo Berliner Gehülfen zu Provinzlöhnen ausgebeutet werden. Daß sich die Berliner Buchdrucker dazu nicht gern hergeben, das beklagt der „Korrespondent". Freilich ist dem nun abgeholfen; in dem famosen neuen Tarife heißt's jetzt unter „Arbeitsnachweise" ausdrücklich:

Von den Arbeitsnachweisen zugewiesene Gehülfen haben die ihnen angewiesenen Stellen anzutreten. Für auswärtige Konditionen gilt dies nur, soweit die betreffenden Gehülfen nicht Familienernährer sind.

Ein unverheirateter Buchdrucker hat also in Zukunft jede Arbeit anzunehmen und muß von Berlin aus nach Zossen oder Trebbin, um dort zu der niedrigsten Staffel des Tarifs die Löhne seiner Berliner Kollegen niederhalten zu helfen in einer Druckerei, welche sich lediglich die Berliner Verkehrsverhältnisse zunutze macht und ihr Kontor selbst in Berlin hat! Alle anderen Berliner Arbeiter verlangen in solchen Fällen außer dem Berliner Lohn Ersatz der Fahrgelder und sogenannte Montagegelder.

Uebrigens wundern wir uns über nichts mehr, auch nicht, wenn wir beispielsweise im „Korrespondent" lesen:

„Der olle ehrliche „V." verschweigt seinen Lesern, daß regelmäßig im Sommer die Arbeitslosigkeit eine größere ist, so daß die Gegenüberstellung vom März und Juni ein raffinierter Coup ist, den die „S. A.-Z." als „von großer Sachkenntnis zeugend" der staunenden Mitwelt verkündet.

Wer unseren Artikel vom 11. Oktober mit der Aufmerksamkeit gelesen hat, die man von der Redaktion eines Fachblattes voraussetzen muß, sollte wissen, daß wir die Gegenüberstellung der Arbeitslosenziffern vom März und Juni in folgendem Zusammenhang gebracht haben:

„Nun ist aber die Buchdruckerei — Saisonarbeit... Ursache der Saisontätigkeit ist, daß im Winter das politische, gesellschaftliche und Geschäftsleben besonders pulsiert. Die Zeitungen erscheinen wegen der Parlamente stärker, haben einen größeren Inseratenteil, mit Neuerscheinungen der Bühne und Literatur kommt man im Winter heraus und um die hohen Feste herum gruppiert sich ein großer Teil des Handelsgeschäftes.

Insgesamt zählte der Buchdruckerverband im vergangenen März 1,04 Proz. im Juni 6,72 Proz. Arbeitslose.

Da der „Korrespondent" heftig und glaubwürdig beteuert, seinerseits sich solcher „Demagogenkniffe" nicht zu bedienen wie der „Vorwärts", so müssen wir sagen, daß seine gröblich falsche Darstellung der „Vorwärts"-Meinung einen bedauerlichen Mangel an Intelligenz bekundet. Und da die „Korrespondent"-Redaktion an dem Zustandekommen des Tarifs sowohl wie des Organisationsvertrages hervorragend beteiligt war, wundern wir uns, wie gesagt, über nichts mehr! Auch nicht darüber, daß man in der Zeit der Hochkonjunktur, wo ihre Durchsetzung allein möglich war, auf die Verkürzung der Arbeitszeit Verzicht leistete.

Der „Korrespondent" produziert sich auch in seiner Nummer vom Sonnabend wieder als „Kannitt verstahn". Dort konstatiert er, daß die 6,72 Proz. Arbeitslosen für den Monat Juni 1906 durch einen Druckfehler im Junibericht der Hauptverwaltung zustande gekommen seien. In Wirklichkeit handele es sich nur um 3,90 Proz. An unserer Beweisführung, daß die Buchdruckerei ein Saisongeschäft sei, ändert das natürlich nichts. Der „Korrespondent" aber jubelt:

„Der „Vorwärts" ist mit seiner Argumentation, daß bei den Buchdruckern die Arbeitslosigkeit in diesem Jahre zugenommen, also gründlich hineingefallen."

Der „Korrespondent" unterstellt uns also in allem Ernst, wir hätten eine Zunahme der Arbeitslosigkeit konstatiert, und hält uns für so blödsinnig, daß wir im Angesichte einer solchen die vom Verbande geübte Taktik der Resignation mißbilligen und einen Vorstoß gegen das Unternehmertum empfehlen könnten! Umgekehrt wird ein Schuh daraus!

Im Jahre 1911 wird ja der „Korrespondent" erneut Gelegenheit haben, die Ziffern über die Arbeitslosigkeit von 1909, 1910 und 1911 nebeneinander zu stellen. Wir können ihm heute schon sagen, daß sich dann das Bild zunehmender Arbeitslosigkeit ergeben wird. Glaubt denn der „Korrespondent", glauben die Unterhändler des Buchdrucker-Verbandes, daß das ein Anlaß für die Prinzipalität sein wird, eine verkürzte Arbeitszeit vorzuschlagen? 1891 hat den Buchdruckern gezeigt, was sie von ihren Arbeitgebern zu erwarten haben, wenn sie das Unglück trifft, daß ihr Tarif in einer Zeit der Krise abläuft! —

So wenig, wie wir den Verzicht auf die halbstündige Arbeitszeit im Angesichte der gegenwärtigen Konjunktur als etwas Unvermeidliches anzusehen vermögen, so wenig können wir uns mit der Einführung der Akkordarbeit für die Maschinensetzer befreunden. Die Maschinensetzer werden einmal die Kerntruppen des Verbandes bilden; bei ihnen keine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen einreißen zu lassen, war eine Hauptaufgabe der Unterhändler in der Tarifkommission.

Was sehen wir statt dessen?

Man hat für die Maschinensetzer die im Jahre 1901 glücklich beseitigte Akkordarbeit wieder eingeführt, die Akkordarbeit, die für den Maschinensetzer in weit höherem Maße als für den Handsetzer Mordarbeit ist. Das ist keine Phrase, wie der „Korrespondent" es hinzustellen beliebt. Der Maschinensetzer muß das 3—4fache an Manuskript verarbeiten, wie der Handsetzer; Augen und Nerven werden also 3—4mal so stark angestrengt, als bei diesem. Dazu kommen die gesundheitsschädlichen Ausdünstungen der Maschine, die Unmöglichkeit, die Beleuchtungsverhältnisse an derselben befriedigend zu regeln. Schlimmer ist noch die von uns schon geschilderte Leistungsklausel, die nach Behauptung der Fachleute keine Minimal-, sondern eine gute Durchschnittsleistung verlangt. Und das bei einem in Entwickelung befindlichen Berufe, in dem ein gut Teil von Leuten tätig sind, die sich in die neuen Verhältnisse erst hineinzuarbeiten haben. Für die Maschinensetzer ist überdies die Arbeitszeit nicht nur nicht verkürzt, sondern effektiv um eine halbe Stunde verlängert, indem gestattet wurde, daß das Maschinenputzen außerhalb der vorgeschriebenen Arbeitszeit vorgenommen werden darf.

Keine Sparte der Buchdruckergesamtheit ist in der Tat durch den neuen Tarif so gröblich in ihren Interessen geschädigt worden, wie es die der Maschinensetzer ist, und nichts ist begreiflicher, als die Oppositionsstimmung gerade unter diesen!

Nun der Organisationsvertrag.

In der neuesten Nummer des „Korrespondent" wird uns bestritten, daß derselbe die Tarifdauer auf zehn Jahre verlängere, ohne die Garantie einer Lohnerhöhung oder Arbeitszeitverkürzung.

Ueber diese Antwort des Kandidaten Jobses
Geschah allgemeines Schütteln des Kopfes!

*) Muß nach einer kürzlich gegebenen Berichtigung im „Korrespondent" heißen: 3,90 Proz.

Ist der Organisationsvertrag angenommen, so gilt auch sein § 10, und der besagt:

„Der vorstehende Vertrag wird auf die Dauer von 10 Jahren und zwar für die Zeit vom 1. Januar 1907 bis zum 31. Dezember 1916 mit der Maßgabe abgeschlossen, daß der Tarif nach Ablauf von fünf Jahren einer Revision unterzogen werden soll, und daß dabei berechtigte Wünsche nach Treu und Glauben berücksichtigt werden sollen."

Weder in diesem noch in irgend einem anderen Paragraphen des Tarifs oder des Organisationsstatuts findet sich eine Stelle, die nach Ablauf von fünf Jahren eine Lohnerhöhung oder Arbeitszeitverkürzung garantiert. In einer Resolution heißt es vielmehr ausdrücklich, daß unter der Berücksichtigung berechtigter Wünsche solche beider Parteien zu verstehen sind! Wir haben uns milde ausgedrückt in unserer Kritik vom 11. Oktober. Das Organisationsstatut läßt sogar eine Arbeitszeitverlängerung, läßt sogar eine Lohnverkürzung nach fünf Jahren zu!

Auch die Entschädigungspflicht von Organisation zu Organisation soll nicht ein gewerkschaftlicher Rückschritt, sie soll ein Fortschritt sein deswegen, weil die Entschädigung die Lohnhöhe für die Kündigungsfrist nicht überschreiten darf. Auch das „Korrespondenzblatt" der Generalkommission haut in diese Kerbe. Es meint, das vernichtende Urteil des „Vorwärts" basiere auf seiner lückenhaften Berichterstattung. Es ist natürlich, daß wir in unserem ersten Artikel nicht zu allen Tarifpositionen Stellung nehmen konnten; es kam uns auch nur darauf an, die Tendenz des Ganzen zu kennzeichnen. Und wir mögen dabei noch ebenso viele Argumente zurückgehalten haben, die für unsere Ansicht sprachen, wie solche, die dagegen zu verwenden sind. Wie leicht man in die Lage kommt, bei der Beurteilung der umfangreichen und komplizierten Materie einem Punkte weniger Beachtung zu schenken, zeigt das „Korrespondenzblatt" selbst. Es verweist auf eine besondere Vereinbarung zu dem Paragraphen von der Haftpflicht, „über die sich der „Vorwärts" ebenfalls ausschweigt", daß der Verein, dem der Geschädigte angehört, nur eine Summe fordern könne, die dem verdienten Lohne während der Kündigungsfrist des Betreffenden entspricht, mindestens jedoch in der Höhe eines Wochenlohnes. Wenn dieser Hinweis einen Sinn haben soll, dann nur den, daß diese Vereinbarung die Haftpflicht einschränke, vielleicht sogar gegenüber dem gesetzlichen Zustand Verbesserungen schaffe.

Das trifft aber nicht zu, denn die „besondere Vereinbarung" lautet wörtlich:

„Mit Bezug auf die Handhabung dieser Bestimmungen haben die beiden Vereine folgendes vereinbart: Der Verein, dem der Geschädigte angehört, wird als Schadenersatz von dem anderen Vereine, sobald dieser das schädigende Mitglied in keiner Weise materiell direkt oder indirekt unterstützt, auch den Bestimmungen des Absatzes 5 entspricht, nur eine Summe fordern, die dem verdienten Lohne während der Kündigungsfrist des Betreffenden entspricht, jedoch mindestens die Höhe eines Wochenlohnes. Dieser Anspruch kann nur geltend gemacht werden, nachdem die tariflichen Schiedsinstanzen Kontraktbruch oder Maßregelung festgestellt haben.

Und der in dieser Vereinbarung erwähnte Absatz 5 heißt:

„Beide Vereine sind verpflichtet ihren Mitgliedern statutarisch die Verpflichtung aufzuerlegen, den Tarif und Tarifvertrag einzuhalten, und sie sind verpflichtet, nicht tariftreue Mitglieder auszuschließen. Die Dauer des Ausschlusses soll die vom Tarifamte im Einzelfalle festgesetzte Zeit nicht überschreiten.

Tatsächlich haftet also der Buchdruckerverband nur dann bloß mit dem Betrage des Lohnes der Kündigungszeit, wenn er das kontraktbrechende Mitglied in keiner Weise materiell direkt oder indirekt unterstützt, auch dem Ausschlußparagraphen nachkommt. Gibt es aber unter Umständen nicht die Notwendigkeit für eine Arbeiterorganisation, kontraktbrechende Mitglieder zu unterstützen.

Noch mehr, das „Korrespondenzblatt" hat gar nicht in Rechnung gestellt, daß das Organisationsstatut ermöglicht, eine Entschädigungspflicht bei regelrechter Kündigung zu konstruieren!

In § 7, Absatz 2 heißt es ausdrücklich:

Umfangreiche Kündigungen oder Entlassungen unterliegen auf Antrag einer der beiden beteiligten Parteien bezüglich ihrer Berechtigung der Beurteilung durch die Schiedsinstanzen.

Und dahinter setze man dann die Bestimmung:

Für Anerkennung der Urteile dieser Schiedsinstanzen hat der Verein, dessen Mitglied der Verurteilte ist, zu haften.

Das ist keine Verbesserung, sondern unter allen Umständen eine Verschlechterung des gesetzlichen Zustandes!

Aber davon abgesehen, wie liegen denn die Dinge in der rauhen Wirklichkeit? Beide Teile können schon heute bei Arbeitsniederlegung oder Maßregelung unter Kontraktbruch die ordentlichen Gerichte anrufen. In solchem Falle wird der Arbeiter in den meisten Fällen seinen Anspruch befriedigen können. Ganz anders der Arbeitgeber. Die rücksichtslose Auspowerung der Arbeiterschaft durch den Kapitalismus hat dem Arbeiter meist nur das Notwendigste gelassen, hat die Eintreibung von Ansprüchen durch Pfändung im Haushalte des Arbeiters unmöglich gemacht. Das ist nicht seine Schuld, sondern Schuld seiner Ausbeuter; diese ernten nur Früchte, die sie gesäet haben, wenn derartige Verhältnisse ihnen einmal nicht gestatten sollten, wirklich berechtigte Ansprüche befriedigt zu sehen. Und hier bietet sich nun eine Arbeiterorganisation an, die Schuld ihrer Mitglieder zu übernehmen und sie bei diesen wieder einzutreiben, den Exekutor für das Unternehmertum zu spielen und außerdem jede Regung ihrer Mitglieder, durch gemeinsames Vorgehen einen höheren Lohn als das Minimum zu erringen, zu ersticken! —

So viel Nummern hat der „Korrespondent" darauf verwendet, uns zu widerlegen, so viel Spalten, so viele, viele Zeilen; aber eine einzige klare Frage im „Vorwärts" ist immer wieder seinem forschenden Auge entgangen.

„Und wer ist denn der andere Kontrahent", fragten wir am 11. Oktober, „wer ist der „Deutsche Buchdruckerverein"? Umfaßt er die Mehrheit der Betriebe, umfaßt er auch nur ihre Hälfte?"

Wenn man mit einem Kontrahenten Verträge schließt, muß man doch seine Stärke kennen, muß man darüber mit Ziffern aufzuwarten in der Lage sein. Hier schweigt der so beredte Mund des „Korrespondent"! Er wagt nicht abzustreiten, daß die so stolz dastehende Organisation der Unternehmer erst etwa ein Drittel der Betriebe umfaßt, daß der Organisationsvertrag dazu dienen wird und dienen muß, die Organisation der Unternehmer zu vollenden! Unsere Einwände bezüglich der Partei- und Gewerkschaftsdruckereien tut er verlegen so ab:

„Wir werden ganz sicher unsere Kollegen in den Parteibetrieben nicht herausnehmen, wenn sich die Leiter dieser Geschäfte weigern, dem Deutschen Buchdruckervereine beizutreten. Das mag der „V." nur unsere Sorge sein lassen. Die Buchdrucker denken viel zu praktisch, als daß sie sich schädigen würden, und Jahr und Tag werden vergehen, ohne daß die Befürchtungen wegen des Organisationszwanges sich einstellen werden."

Ei, ei! Und der andere Kontrahent? Wir fürchten, daß der Deutsche Buchdruckerverein in den Stil der Verbandsleitung verfallen, daß er diktieren wird: „Die Aufrechterhaltung des Vereinbarten ist sowohl eine Ehrenpflicht der Organisation wie sie eine zwingende Notwendigkeit für die Wahrnehmung der Interessen der — Prinzipale und die Konsolidierung der allgemeinen tariflichen Errungenschaften ist!" —

Nicht ein Jota haben wir, wie gesagt, von unserer Kritik des abgeschlossenen Tarifes zurückzunehmen: Es bleibt ein Fehler, im Angesichte der jetzigen günstigen Konjunktur von einer Verkürzung der Arbeitszeit abzusehen, es bleibt ein Fehler, die Akkordarbeit und die Leistungsklausel für die Maschinensetzer einzuführen; der langfristige Abschluß des Tarifes ohne Garantie für die Zukunft ist ein Fehler, der Organisationszwang ist es, die Bereitwilligkeit zum korporativen Schadenersatz auch, von manchem anderen zu schweigen!

Im ganzen: Der neue Tarif der Buchdrucker ist kein Vorbild, dem nachzustreben anderen Organisationen empfohlen werden kann. Und das war es, was zu betonen wir im Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung geradezu gezwungen waren; nicht aus Lust am Skandal, wie der „Korrespondent" glauben machen möchte, nicht aus Haß gegen den Verband der Buchdrucker, sondern aus ehrlicher Sorge auch für diese Organisation, wie für die Gesamtarbeiterschaft.

Daß diejenigen Buchdrucker, die gleich uns und vor unserer Stellungnahme die Schädlichkeit der neuen Tarifvereinbarungen erkannt haben, ihren Ansichten in der gegenwärtigen Tarifkampagne noch Geltung zu verschaffen vermögen, ist ausgeschlossen. Sie können nur eins tun, Sorge tragen, daß der Geist der Harmonie-Romantik, der solche Verträge gebar, im Buchdruckerverbande einem anderen Platz mache, daß die umfassendste Gewerkschaftsorganisation Deutschlands erfüllt werden möge vom Geiste des Klassenkampfes, der sie all' diese Irrtümer vermeiden gelehrt hätte. Es heißt nicht nur, Kadres formieren, sondern sie auch zum Kampfe geschickt machen. Bloßer Paradedrill führt nach Jena und Kadavergehorsam nach Köpenick. Und ein Jena oder Köpenick wünschen wir den Buchdruckunternehmern, nicht den Buchdruckgehülfen!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Oktober.

Die „Norddeutsche Allgem. Ztg." und die Bergarbeiter.

Das provokatorische Auftreten des rheinisch-westfälischen Grubenmagnatentums hat anscheinend die Regierung etwas verschnupft. Die „Norddeutsche Allgem. Ztg." sagt den Kohlenbaronen in einem Artikel, den man auf eine Inspiration der Regierung zurückführen darf, ziemlich deutlich die Wahrheit. Der Herrenstandpunkt wird als überwunden bezeichnet. Aber nicht nur die Form des Auftretens der Leiter des Bergbauvereins wird verurteilt, das offiziöse Organ rechtfertigt auch — was weit wichtiger ist — materiell die Forderungen der Bergarbeiter, indem es zugibt, daß die Lohnbewegung seit 1900 mit der Verteuerung der Lebenshaltung nicht gleichen Schritt gehalten hat und die reichen Gewinne des Bergwerksgewerbes die Erfüllung der Lohnforderungen zulassen. Wörtlich schreibt das Blatt:

Daß der etwaige Entschluß der Zechenverwaltungen, keinerlei Konzession zu machen, dem Wunsche, daß es zu einer friedlichen Verständigung beider Teile kommen möge, keine Rechnung trägt, wird jedenfalls in den weiteren Kreisen der Oeffentlichkeit nicht gerade einen günstigen Eindruck erwecken, weil man hier überwiegend von der Ansicht ausgeht, daß die Bergarbeiter tatsächlich infolge der eingetretenen Teuerung trotz des in den letzten Jahren wieder eingetretenen Steigens der Löhne bezüglich ihrer gesamten Lebenshaltung in Nachteil geraten sind und deshalb einen gewissen Anspruch auf Berücksichtigung seitens der gerade jetzt durch besonders reiche Gewinne begünstigten Bergwerksbesitzer haben. Wenn nun auch in den Kreisen der letzteren die Ueberzeugung herrschen mag, daß es trotz schroffer Ablehnung aller Forderungen zu einem Streik nicht kommen werde, so wäre es vielleicht trotzdem zweckmäßiger im Interesse der Ruhe im Bergwerksgewerbe, wenn bei dieser Gelegenheit nicht ein einseitiger Machtstandpunkt, sondern das Gefühl der Billigkeit und der Wunsch, in dauerndem Frieden mit der Arbeiterschaft auszukommen, zur Geltung gebracht würde. Auch in der rechtsstehenden Presse ist ja vielfach der Ansicht Ausdruck gegeben worden, daß, wenn auch an die Gewährung einer 10prozentigen Lohnerhöhung nicht zu denken sei, den Arbeitern doch eine Abschlagszahlung auf ihre Forderung, wenn auch nur in Form einer widerruflichen Teuerungszulage, gewährt werden dürfte. In der Presse wird denn auch bereits hier und dort lebhaft zum Ausdruck gebracht, daß der Bergbauliche Verein nicht erwarten könne, die Sympathien der Oeffentlichkeit auf seiner Seite zu finden, wenn er der Bergarbeiterschaft jedes Entgegenkommen verweigere. . . .

Was die formelle Behandlung der Frage durch die Vertreter der Zechenverwaltungen betrifft, so haben sie bekanntlich abermals die Anerkennung der Siebenerkommission abgelehnt, da die Organisationen, die den Antrag eingereicht hätten, nicht als zuständige Vertreter der Grubenbelegschaften anzusehen seien. Dieses Vorgehen bildet einen gewissen Kontrast zu dem Verhalten der Unternehmer in anderen Gewerben, vor allem im Buchdruckgewerbe, wo man schon längst die Vorteile friedlicher Vereinbarungen, gemeinsamer Festsetzung der Arbeitsverträge begriffen hat.

Es spricht sich darin ein besonders hohes Machtgefühl aus, das auch den Schein einer Zulassung der Arbeiterschaft zur Normierung der Arbeitsbedingungen vermieden sehen will. Allerdings ist ein derartiges konsequentes Festhalten an solchem nun einmal ziemlich allgemein für überwunden angesehenen Standpunkt nur zu geeignet, böses Blut zu machen und die Unternehmer in der Oeffentlichkeit von vornherein ins Unrecht zu setzen. Dieses Verhalten bildet auch einen Kontrast zu der straffen Organisation und Konzentration, die sich gerade die Bergwerksindustrie in ihren Syndikaten gegeben hat. Wie fühlbar diese Organisation auch den Arbeitern sein kann, haben die Klagen über die Arbeitersperre soeben erst bewiesen. Solchen mächtigen Ringen gegenüber ist natürlich der einzelne Arbeiter noch hülfloser und ohnmächtiger, als er es bereits dem einzelnen Betriebe gegenüber ist. Ein Gewicht in die Wagschale zu werfen, hat hier nur der Arbeiter als Masse. Nichts begreiflicher, als daß der Unternehmer die Arbeiterorganisation mit ihrer fortgesetzten Agitation und Schürung von Unzufriedenheit als ein Uebel betrachtet. Allein die Anerkennung einer gewissen Notwendigkeit dieses Uebels erscheint doch um so unvermeidbarer, je mehr das patriarchalische Industriesystem, das noch ein Vertrauensverhältnis zwischen Arbeitnehmer repräsentierte, ausstirbt."

Vielleicht ist diese Auslassung weniger vom Wohlwollen der Regierung als von der Erkenntnis diktiert, daß von dem Frieden im Bergbau die Fortdauer der augenblicklichen günstigen Wirtschaftsverhältnisse abhängt und ein Streik im westfälischen Kohlenrevier den Hereinbruch der Wirtschaftskrise beschleunigen würde. Wir erwarten aber trotzdem, daß die Regierung als Bergbautreibender die Konsequenzen aus ihrer eigenen Mahnung zieht, mit der Siebenerkommission über die Lohnverhältnisse im staatlichen Saarbergbau verhandelt und Lohnerhöhungen eintreten läßt. Wie berechtigt eine solche Forderung ist, ergibt ein Vergleich der Lohnverhältnisse. Es betrug nämlich der Tageslohn:

	Jahresmittel 1904	im Quartal 1905 III	1905 IV	1906 I	1906 II
	in Mark				
Dortmunder Revier . . .	3,98	4,06	4,07	4,17	4,26
Aachener Revier	3,89	4,12	4,14	4,23	4,35
Staatswerke Saarbrücken .	3,71	3,80	3,82	3,85	3,84

Im Aachener Revier steht der Lohn demnach am höchsten; dort hat er auch seit 1904 die stärkste Zunahme erfahren nämlich um 46 Pf., gleich 11,81 Proz. Im Dortmunder Revier beträgt der Zuwachs 7,03 Proz. oder 28 Pf. pro Schicht. In Saarbrücken hält sich dagegen der Lohn um 42 Pf. (9,86 Proz.) unter dem Niveau des Oberbergamtsbezirks Dortmund. In den Staatswerkstätten ist in der angegebenen Zeit der Lohn nur um 13 Pf. (3,50 Proz.) gestiegen. Die Steigerung bleibt mithin hinter der im Dortmunder und Aachener Revier ganz erheblich zurück. Im zweiten Quartal 1906 ist sogar gegen das voraufgegangene Quartal ein Rückgang um 1 Pf. eingetreten; eine Erscheinung, die sich sonst in keinem einzigen Bergbaubezirk zeigt. —

Der Kongreß der Radikalen.

Paris, 20. Oktober. (Eig. Ber.)

In Lille halten jetzt die Radikalen und Radikalsozialisten ihren Parteitag ab. Daß die Bedeutung dieser Versammlung recht beschränkt ist, geht am deutlichsten daraus hervor, daß die Ministerkrise die Aufmerksamkeit von ihr eher abgelenkt als zu ihr hingelenkt hat. Wären die französischen Radikalen ein Parteiverband im deutschen oder englischen Sinne, so müßte die Tatsache, daß sie gerade jetzt berufen sind, die Regierung vollständig zu übernehmen, den Kongreß in den Mittelpunkt des Interesses rücken. Aber man weiß, daß die Bildung der neuen Regierung eine Sache des taktischen Geschicks Clémenceaus, nicht die einer disziplinierten Parteipolitik ist. Clémenceau selbst hat sich um die Organisation der Partei, als deren Führer er gilt, nie gekümmert. Dazu ist er zu sehr liberaler Individualist. Ja, er ist einem Parteiwesen, das die Kräfte des einzelnen einem gemeinsam bestimmten Zwecke dienstbar machen möchte, geradezu abgeneigt. So sind denn die Leute, die jetzt in Lille Tagung halten, gerade diejenigen, die seine Pläne am meisten genieren. Ueber den Beratungen des radikalen Kongresses schwebt der Geist des abwesenden Combes, und André und Pelletan spielen dort eine große Rolle.

Ferdinand Buisson, der konsequenteste unter den französischen Bürgerlichradikalen, treibt zur Fixierung der parlamentarischen Politik der Partei und setzt eine Resolution durch, die die Regierung auffordert, die Ueberlassung der Kirchengüter an die Kultusassoziationen schon am 11. Dezember d. J. einzustellen, anstatt den Gläubigen die von der Durchführungsverordnung bestimmte weitere Frist von einem Jahre zu lassen. Clémenceau aber ist nicht der Mann, mit einer gebundenen Marschroute zu regieren. Seine herrschsüchtige Natur widerstrebt der jakobinischen Klubregierung. Ein ritterlicher Draufgänger, hat er die Gruppe seiner persönlichen Anhänger in einer Art feudalen Systems um sich geschart. Daß sich die radikalen Führer nicht darin eingliedern wollen, ist begreiflich. Sie fühlen sich heute nicht stark genug, um in- oder außerhalb der Regierung ihr politisches Gewicht gegen das der Clémenceauschen Persönlichkeit zu setzen; also warten sie ab, bis sich diese abgenützt haben wird. Der Kongreß in Lille hat darum der Krise eine beinahe demonstrative Gleichgültigkeit entgegengebracht. Er will gleichsam sagen: Die kommende Regierung mag eine radikale Regierung, aber sie wird keine Regierung der Radikalen sein.

Im übrigen verdient festgestellt zu werden, daß der bürgerliche Radikalismus in der Aktion manche seiner Spießbürgerlichkeiten aufgegeben hat. So scheint die törichte Sorte von orthodoxer und fanatischer Freidenkerei, mit der man dem Klerikalismus so sehr gedient hat, im Absterben begriffen zu sein. Zwar haben sich die Kongressisten den zweifelhaften Scherz nicht versagen können, ihre Festkneipe in einem ehemaligen Karmeliterkloster abzuhalten, aber selbst Pelletan bekämpfte den Antrag, den Trotz des Vatikans durch Entziehung der den alten Priestern bewilligten Pensionen zu bestrafen und von der Sperrung der Kirchen war nicht die Rede. Im ganzen ist jetzt der bürgerliche Radikalismus zu dem Standpunkt gekommen, den die Sozialisten in ihrer Mehrzahl von Anfang an eingenommen haben, daß Verweltlichung des Staates und antiklerikale Gewaltherrschaft ganz verschiedene Dinge sind. Damit wäre wohl ein bedeutendes Hindernis der sozialen Reform in der Demokratie hinweggeräumt, aber das schwerste bleibt noch weiter bestehen: der Klassengeist des Kleinbürgertums, dessen antikapitalistischer Radikalismus der Furcht um den gewerblichen Mehrwert und die arbeitslose Rente nicht standhalten will. —

* * *

Deutsches Reich.

Oesterreichische Blätter über die Köpenicker Affäre.

Wie die englische spottet auch die österreichische Presse über den Köpenicker Militärstreich und die in ihm zum Ausdruck kommenden gemeingefährlichen Wirkungen des Militarismus auf die bürgerlichen Anschauungen. Unser Wiener Bruderblatt, die „Arbeiter-Ztg.", schreibt zum Beispiel:

„Und das gibt denn dem Köpenicker Eulenspiegelstreich seine über alle Nebenumstände und kleinen Feigheiten der mitspielenden Personen hinausragende Bedeutung. In einer dreisten Nummerei enthüllt sich das innerste Wesen des preußischen Staates, von dem indes die anderen Militärstaaten nicht allzuweit abliegen. Der falsche Hauptmann hat aus einer witzig-genialen Intuition in die allgemeinen preußischen Verhältnisse gehandelt und hätte sein Stückchen überhaupt in jeder beliebigen Kleinstadt aufführen können. Die militärische Maschine ist jedem Offizier dienstwillig, der in ihre Kurbel greift. Ist aber einmal eine Militärabteilung im Marsche, dann verschwinden vor diesem erhabenen Anblick alle Gedanken an Gesetz und Recht, alle Gefühle des Bürgerstolzes und der Männlichkeit. Und hat man sich darüber wirklich gar so sehr zu wundern? Eine alle Schichten durchdringende

„militärische Erziehung", die selbst die höchsten zivilen Funktionäre in der Würde des Reserveleutnants die vornehmste Auszeichnung erkennen läßt und die den Vorzug des Militärischen in allem willig zugesteht, hat in der Tat in den weitesten Kreisen des Bürgertums bürgerliches Selbstgefühl und bürgerlichen Stolz bis zum letzten Restchen ausgetilgt."

Und „Die Zeit" spottet:

„Die ganze Rechtserfahrenheit hinderte Herrn Dr. Langerhans anscheinend nicht daran, an einen Akt der Kabinettsjustiz zu glauben, als welcher sich eine auf Grund einer Kabinettsorder und unter militärischer Assistenz vollzogene Verhaftung darstellt. Und ebenso wie der Bürgermeister in Köpenick denken auch Graf Moltke auf der Neuen Wache in Berlin und der Offizier vom Tag, Prinz Joachim Albrecht, nicht an eine Düpierung, sondern neigen zum Glauben an den Schwindler und an die Kabinettsorder. Die Möglichkeit dieses Glaubens ist die etwas ernstere Kehrseite dieses heiteren Köpenicker Streiches, der alle Schildaer Stücke in den Schatten stellt."

Das alte Vertuschungssystem.

Bekanntlich war gegen Dr. Kersting infolge einer Anzeige des Kolonialbeamten Wistuba eine Untersuchung eingeleitet worden. Die „Nordd. Allgem. Ztg." teilte kürzlich nun mit, daß die Beschuldigung gegen Kersting sich teils nicht bestätigt hätte, teils widerlegt worden sei. Außer drei vernommenen Augenzeugen existiere noch ein weißer Zeuge, der nicht habe vernommen werden können, da er sich zurzeit auf den Karolinen befinde.

Demgegenüber wird der „Freisinnigen Zeitung" geschrieben, daß bisher der als Zeuge benannte Bureauvorstand Wistuba nicht vernommen worden sei, dasselbe sei der Fall bei einer erheblichen Anzahl weißer und farbiger Zeugen. Demgegenüber bedeute es wenig, daß drei Zeugen angeblich nichts zu bekunden gewußt hätten. Es sei nicht als Gepflogenheit der Staatsanwaltschaft zu betrachten, eine Untersuchung als ergebnislos hinzustellen, weil von 23 vorgeschlagenen Zeugen drei nichts Belastendes ausgesagt hätten. Es müsse auch dagegen Verwahrung eingelegt werden, daß etwa die Farbigen von vornherein als unglaubwürdiges Zeugenmaterial eingeschätzt würden. Richtig sei freilich, daß die Protokolle über Vernehmungen von Eingeborenen vielfach ein schiefes Bild von dem wirklichen Wissen der Eingeborenen abgeben. Das sei aber auf das Konto der Weißen zu setzen, denn es sei oft genug vorgekommen, daß die Eingeborenen Missionaren gegenüber glaubwürdig versichert hätten, daß sie das nicht bekundet hätten, was im Protokoll stehe! Auch sei der Fall nicht selten, daß Farbige mit ihrem Wissen zurückhielten, weil sie die Chikanen der Beamten fürchteten.

Aus dieser Zuschrift scheint so viel hervorzugehen, daß man Kolonialskandale noch ebenso zu vertuschen bemüht ist, wie vor den kolonialen Enthüllungen. —

Zum Fall Fischer.

Nach der Meldung einer Korrespondenz sind bereits vorige Woche von dem Gerichtsherrn die Akten des Falles Fischer an den Reichskanzler eingesandt worden. Bülow habe um die schleunige Ueberlassung des Materials gebeten. Das dem Reichskanzler überlassene Aktenbündel sei außerordentlich umfangreich. Die ehrengerichtliche Verhandlung des Falles werde erst erfolgen, nachdem die zuständigen militärischen Stellen die Untersuchungsakten zurückerhalten hätten. Mit den Erhebungen gegen Fischer werde sich der Ehrenrat der Stabsoffiziere des Gardekorps befassen, der auch für das Oberkommando der Schutztruppen zuständig sei.

Man darf gespannt darauf sein, ob die „Nordd. Allgem. Ztg." endlich die unbedingt notwendige Aufklärung über den Fall Fischer geben wird. Da das Aktenbündel ein so umfangreiches ist, wird sich das offiziöse Blatt nicht mit einer kurzen Beschwichtigungsnotiz begnügen dürfen. Die Oeffentlichkeit verlangt volle Aufklärung! —

Liberale Polenpolitik.

Zu dem Gerüchte, daß infolge des polnischen Schulstreiks und des erzbischöflichen Hirtenbriefes „wichtige Entscheidungen" bevorständen, bemerkt das „Berl. Tageblatt": „daß die preußische Regierung ihre Autorität gegenüber den widerspenstigen polnischen Schulkindern wahrt, erscheint auch uns nötig."

In der Tat, eine hervorragende wichtige Aufgabe, sowohl für die Regierung, wie für den Liberalismus! Man denke auch, was nicht alles passieren könnte, wenn die Autorität der Regierung gegenüber Schulkindern nicht gewahrt würde!

Dagegen schweigt sich die liberale Presse vollständig aus über ein anderes Vorkommnis im polnischen Schulstreit, das uns wesentlich wichtiger erscheint. In Ostrowo ist eine polnische Versammlung aufgelöst worden, weil angeblich ein Redner gesagt habe, das polnische Volk müsse sich auflehnen, auch wenn dabei Blut fließen sollte. Nach einer späteren Meldung der „Germania" soll er nur gesagt haben, daß die polnischen Eltern bei der Forderung des Religionsunterrichts in der Muttersprache standhaft verharren, auch wenn sie in Stücke geschossen werden und ihr Blut lassen sollten. Würde schon ein solches polizeiliches Mißverständnis unsere Versammlungsfreiheit glänzend illustrieren, so gewinnt die Sache ein noch viel bedenklicheres Gesicht durch die weitere Behauptung der „Germania": „Es verlautet auch, daß ein Vorgesetzter dem Untergebenen folgende Weisung gegeben hat: Also die Versammlungen lösen Sie auf; bis sich die Leute beschwert haben werden, ist die Geschichte längst aus."

Diese Behauptung hat die „Germania" bereits am 18. Oktober veröffentlicht. Wir haben absichtlich bis heute gewartet, aber keine Widerlegung gefunden. Wenn die Behauptung wahr ist, so hat der Vorgesetzte dem Untergebenen die wissentlich falsche Anwendung eines Gesetzes, also einen Mißbrauch der Amtsgewalt angeraten. Es ist nicht unsere Sache, das Strafgesetzbuch daraufhin zu durchstöbern, ob eine derartige Tat irgendwie mit Strafe bedroht ist. Aber wir meinen, die liberale Presse hätte hier, wo es sich um die Eskamotierung des Versammlungsrechtes durch Amtsmißbrauch handelt, mehr Grund sich aufzuregen, als um die Wahrung der Staatsautorität gegen Schulkinder. —

Militärischer Despotismus.

Zu der Köpenicker Affäre erhält die „Frankfurter Zeitung" aus München eine Zuschrift, die beweist, daß der Militarismus in Bayern kein Kind gefährlicheres Ding ist, als im übrigen Deutschland. Es heißt in der Zuschrift, daß der arme Langerhans noch von Glück sagen könne, daß er sich habe überrumpeln lassen. Hätte er sich auf die Hinterbeine gesetzt, so wäre es ihm vielleicht schlecht gegangen. Der Soldat fackele nie lange, wenn ihm von seinem Vorgesetzten der Befehl zum scharfen Schießen gegeben werde. Uebrigens habe sich auch in München einmal ein Unteroffizier, der sich über das „Zivilistenpack" in einem Restaurant ärgerte, zwei Mann von der Hauptwache geholt. Der wachthabende Offizier habe sie ihm gegeben. Der Unteroffizier habe unter das Pack schießen lassen wollen, und nur der Umstand, daß die Soldaten in der Menge völlig eingekeilt gewesen seien, habe ein Unglück verhindert. Es sei ein Unding, daß ein Soldat auf stark frequentierter Straße schießen dürfe, wenn ihm ein Arrestant oder ein Mann, den er sich bis zur Ankunft der Wachablösung ins Schilderhaus gestellt habe, davonlaufe. In Bayern dürfe kein Gendarm einem entfliehenden Arrestanten nachschießen, auch wenn es der größte Verbrecher wäre und sich niemand auf dem Wege befinde. Deshalb dürfe auch dem Militär nicht ein größeres Recht eingeräumt werden als der Zivilgewalt. Alle entgegenstehenden Bestimmungen müßten aufgehoben werden. Daran müsse man angesichts des Köpenicker Falles ebenfalls denken.

Ob unser Bürgertum die Courage haben wird, unserem Militarismus die Krallen zu beschneiden? —

Oberschlesische Kulturzustände.

Die Sicherheitszustände im oberschlesischen Industriebezirk, die niemals günstige waren, spotten gegenwärtig jeder Beschreibung. Nicht ein Tag vergeht ohne Nachricht von zahlreichen schweren Einbruchsdiebstählen aus verschiedenen Orten des Bezirks, am meisten aber aus der Grenzstadt Kattowitz, und in angenehmer Abwechselung damit wissen die Blätter immer von Neuem von Raubanfällen usw. zu berichten. Es ist, als ob eine große Bande der gefährlichsten und kühnsten Verbrecher, ein Heer von Teufeln auf die Bewohner dieses unglücklichen Grenzbezirks losgelassen worden wäre. Und in der Tat ist es so: Von Rußland her ergießen sich in unaufhaltsamem Strome Scharen von Verbrechern aller Art auf den oberschlesischen Industriebezirk. Das hat seine ganz natürliche Ursache in den gegenwärtigen politischen Verhältnissen des Nachbarreiches. Daß die furchtbare Zerrüttung aller sozialen und wirtschaftlichen Zustände Not und Armut und damit Verbrechen in immer steigendem Umfange hervorrufen müssen, ist klar. Die russische Polizei hat aber keine Zeit und keine Lust, auf gemeine Verbrecher zu achten, denn sie braucht ihre ganze Kraft, um die Revolution niederzuhalten. Ja, sie hat nicht einmal Platz für eingefangene Verbrecher in den Gefängnissen, denn diese werden bis zum letzten Winkel für die eingefangenen Politischen gebraucht. So wurde dieser Tage oberschlesischen Blättern aus Warschau berichtet, daß dort kürzlich nicht weniger wie 729 schwere Verbrecher, Sträflinge und Untersuchungsgefangene aus den Gefängnissen entlassen wurden, weil man ihre Plätze für politisch Verdächtige benötigte. Natürlich finden die also auf die Gesellschaft losgelassenen Verbrecher bei der großen Verarmung in russischen und polnischen Landen kein genügend ertragreiches Arbeitsfeld mehr und sie gehen deshalb über die Grenze, um ihre Kenntnisse und Fähigkeiten zunächst im nächstgelegenen oberschlesischen Industriebezirk zu verwerten. Erst wenn hier nichts mehr zu holen ist, dürften auch die näher gelegenen großen Städte, wie Breslau, später Berlin usw. in größerer Zahl von den allmählich preußisch akklimatisierten neuen „Mitbürgern" heimgesucht werden.

Die oberschlesische Polizei ist diesem Zustrom fremder Verbrecher gegenüber völlig ohnmächtig; es ist ihr in den letzten beiden Monaten kaum in einem einzigen Falle gelungen, die Urheber der verübten Verbrechen zu fassen. Bedeutend größere Fähigkeit zeigt die Polizei dagegen darin, angebliche Urheber politischer, in Rußland begangener Verbrechen zu fassen und festzuhalten. So sitzt seit vielen Wochen im Kattowitzer Polizeigefängnis ein junger Mann aus Russisch-Polen, namens Spiwok, der auf Denunziation eines russisch-polnischen Kaufmanns als der vermeintliche Urheber des in Sosnowice gegen die von den Arbeitern wegen Lohnforderung boykottierte Singersche Nähmaschinenniederlage verübten Bombenanschlags auf dem Kattowitzer Bahnhof verhaftet wurde.

Auch sonst läßt es die oberschlesische Polizei nicht an der schon wiederholt geschilderten bekannten Schneidigkeit gegenüber dem Publikum fehlen. Davon legte eine kürzlich stattgehabte Gerichtsverhandlung wieder einmal charakteristisches Zeugnis ab. Eine Stellenbesitzersfrau in Zalenze, einem bei Kattowitz gelegenen Industriedorfe, hatte sich geweigert, einen Streifen ihres Bodens zur Verbreiterung einer Straße herzugeben. Man drohte ihr zwar mit Zwangsmaßregeln, leitete aber keine ein, dagegen erschienen eines Morgens zwei Polizeibeamte mit einem Trupp Arbeiter, um ohne weiteres das der Frau gehörende Stück Land zur Straße umzuwandeln. Als nun die Frau sich diesem Vorhaben gewaltsam widersetzte, wurde sie von einem der beiden Beamten ergriffen und gefesselt in das Gefängnis abgeführt! Zu all' diesem erhielt die Frau dann jedoch noch eine Anklage wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt! Das Kattowitzer Schöffengericht sprach sie jedoch frei, da die gesetzlich vorgeschriebene Enteignung nicht erfolgt sei und die Beamten daher nicht befugt gewesen seien, in der geschilderten Weise vorzugehen. —

Ein gebildeter Großherzog. In seinen Denkwürdigkeiten erzählt Hohenlohe aus seiner Pariser Botschafterzeit von dem Besuch des alten Großherzogs Karl Alexander von Weimar beim Präsidenten Grevy. Am Schlusse seiner Tagebuchnotiz bemerkt Hohenlohe: „Noch muß ich erwähnen: Als wir zum Präsidenten fuhren, bemerkte ich dem Großherzog, er solle nicht skandalieren, wenn Grevy einen Verstoß gegen die Etikette machte, er sei „ein Canadier, der Europens übertünchte Höflichkeit nicht kenne", worauf der Großherzog erstaunt fragte, ob denn Grevy aus Canada sei. Ich mußte nun erläuternd bemerken, daß diese Redensart ein Vers aus einem Gedicht von Seume sei, das nach Büchmann noch zwei weitere geflügelte Worte geliefert hat." Und Alexander von Weimar war ein berühmter Schützer der Musen und dürfte nicht wenigen Versammlungen der Goethe-Gesellschaft präsidiert haben. —

„Herdenvieh". Gegenüber dem gewaltigen Anwachsen der Sozialdemokratie trösten sich unsere Gegner gern damit: es seien ja doch meistens nur Mitläufer, nur „Herdenvieh". In lichten Augenblicken aber wissen sie ganz gut, wo das Herdenvieh in Wirklichkeit zu finden ist. Die „Deutsche Tageszeitung" läßt sich aus Köln vom 17. Oktober melden:

„In einer nationalliberalen Versammlung, die sich mit dem Goslarer Parteitage befaßte, wurde darüber geklagt, daß bei den Verhandlungen des Parteitages sich um das Rednerpodium eine Anzahl von Delegierten geschart und durch Bewegungen und Kundgebungen Stimmung gemacht haben, die sich dann auf die Versammlung fortpflanzte."

Daß sich die Parteitagsdelegierten, also die Elite der Partei, auf so plumpe Weise ihre Stimmung „machen" ließen, das hat von der Sozialdemokratie noch nicht einmal der verbissenste Gegner zu behaupten gewagt. —

Rheinschiffahrtsabgaben. Die preußische Regierung scheint ihre Absicht, auf dem Rhein besondere Schiffahrtsabgaben zu erheben, baldigst durchführen zu wollen. Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Berlin von heute:

Gestern hat, wie wir erfahren, im Ministerium der öffentlichen Arbeiten eine Besprechung über die Rheinschiffahrtsabgaben stattgefunden. Dem Vernehmen nach handelt es sich bei diesen Verhandlungen darum, eine Verständigung zwischen der Regierung und den maßgebenden industriellen und Handelskreisen darüber herbeizuführen, wie sich die Einführung der Rheinschiffahrtsabgaben gestalten ließe unter Beibehaltung des Gesichtspunktes, daß die Einnahmen daraus lediglich der Rheinschiffahrt in weitgehendem Maße zu Nutze komme, ohne die Schiffahrt und Industrie erheblich zu belasten; dabei ergab sich, daß die Möglichkeit, eine Verständigung zu erzielen, in allen Einzelfragen vorhanden ist und daß in manchen Punkten eine Verständigung schon jetzt als erreicht anzusehen ist.

Als die große Grundlage und Voraussetzung der Einführung der Rheinschiffahrtsabgaben wurde die Bildung eines Zweckverbandes mit eigener Vermögensverwaltung für die Rheinschiffahrt unter Mitwirkung der beteiligten gewerblichen Kreise an dieser Verwaltung angesehen. Ueber die Höhe der einzuführenden Abgaben herrschte Uebereinstimmung, während die Frage, ob oder inwieweit Ausgaben für die Rheinschiffahrt vor der Bildung des Zweckverbandes verzinst und getilgt werden sollen, noch weiterer Klärung und Erörterung bedarf. Den süddeutschen Staaten soll der Beitritt eventuell unter Einbeziehung des Oberrheins bis Basel und des Unterlaufes von Neckar und Main anheimgegeben werden. —

Ausland.

Oesterreich.

Goluchowski ist abgehalftert. Das haben die Ungarn nun glücklich durchgesetzt. Ueber die Person des Nachfolgers herrscht noch völlige Unklarheit. Die Ungarn treten für den Botschafter in London, Graf Mensdorff, einen Schwager des Grafen Apponyi ein. Da aber die österreichische Regierung gegen den Grafen Apponyi Stellung nimmt, so ist es wahrscheinlich, daß sie demissioniert, falls die Ernennung des Grafen Mensdorff vollzogen werden sollte.

Bei Besprechung des Rücktritts Goluchowskis schreibt das Wiener „Fremdenblatt", Goluchowski habe aus der Unterredung mit Wekerle den Eindruck gewonnen, daß er in der ungarischen Delegation einer Stimmung begegnen würde, die ihm bei Fortführung der Geschäfte die Wahrung der dem Ministerium des Aeußeren anvertrauten Interessen wesentlich erschweren würde. Er habe es unter diesen Umständen für das richtige gehalten, seine Demission zu geben.

Frankreich.

Clémenceau müht sich ab, ein neues Ministerium zusammenzuleimen. Das ist — wie gewöhnlich — leichter gesagt als getan. Man weiß also noch nicht, wie das Kabinett Clémenceau aussehen wird. Nur soviel scheint sicher, daß Herr Millerand wieder irgend ein Portefeuille abbekommen wird. —

Spanien.

Madrid, 22. Oktober. **Ein antiklerikales Meeting** fand gestern statt. Mehrere Abgeordnete waren zugegen. Folgende Forderungen wurden in einer Resolution aufgestellt: Gewissensfreiheit, Trennung von Staat und Kirche und Ausweisung der religiösen Orden. —

Asien.

Auf den Philippinen hat man die Vorgänge in Kuba mit großer Aufmerksamkeit und mit einem geheimen Mißtrauen verfolgt. Man fürchtet, daß die Amerikaner ihr Versprechen, den Philippinen vollständige Selbstverwaltung zu geben, nicht halten möchten. Auf der Jahreskonferenz der Provinzialgouverneure, die kürzlich in Manila abgehalten wurde, besprach man die in Aussicht stehenden Wahlen zu einer Volksvertretung, und es war zu erkennen, daß die Unabhängigkeitspartei eine große Stärke entfalten wird. — In einem Berichte nach Washington hat sich General Wood gegen eine Verminderung seiner Truppenmacht auf den Philippinen ausgesprochen. Es stehen zurzeit 20 840 Mann amerikanischer Truppen auf diesen Inseln. —

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

„Tariftreue" der Berliner Bäcker-Innungen.

Wiederholt ist in den letzten Monaten sowohl im „Vorwärts" als auch in Versammlungen der Bäckergesellen zu der mehr als eigenartigen Haltung, welche die Berliner Bäcker-Innungen als Tarifpartei gegenüber der Gesellenschaft einnehmen, Kritik geübt worden. Immer mehr aber zeigten diese Machinationen der Innungen, namentlich der größeren sogenannten Germania-Innung von einem System, das sich in der letzten Zeit derart ausgewachsen hat, daß die Gesellenschaft zu der Ueberzeugung geradezu gezwungen wurde, **die Innungen wollen zum Bruch des Vertrages vom Mai d. J. treiben.**

Schon gleich nach dem Abschluß des Vertrages verfolgte die Innung eine Politik, die den Gesetzen von Treu und Glauben direkt ins Gesicht schlug und ihren alten Ruf als „Ehrenwortbäcker" konsequent befestigte.

Die **gelben Streikbrecher-Organisationen** wurden, anfänglich verschämt, von den Innungen offiziell bekämpft; die Gründer derselben aber, die einflußreiche Innungsmeister sind, wurden **nicht** zur Verantwortung gezogen, sondern von den Innungsorganen unterstützt. Das Feigenblatt hat man aber bald ganz fallen lassen. Heute steht fest, daß alle hervorragenden Innungshäupter die „Gelben" unterstützen. Mit Hülfe dieser Vereine zersplittern Innungsführer den Arbeitsnachweis noch mehr als bisher, indem sie in jedem Viertel in ein beliebiges Lokal einen „meistertreuen" Arbeitsnachweis legen, der bezwecken soll, die Organisierten vollständig zu verdrängen und nur „Gelbe", d. h. Streikbrecher in Arbeit zu schicken.

Im Tarifvertrage aber haben die Innungen den Gesellen eine Zentralisation der Innungs-Arbeitsnachweise versprochen, während dieser zum Schaden der Arbeitslosen, zum Nutzen der Kommissionäre fortwährend dezentralisiert wird. Die offiziellen Innungs-Arbeitsnachweise aber selbst schicken fortwährend Gesellen zu den alten Bedingungen in Arbeit, was der Vertrag verbietet. Natürlich suchen die Innungsführer es so hinzustellen, als wenn dies mit dem Tarif in Einklang stände. Auch ein geharnischter Protest in der Schlichtungskommission war fruchtlos. Die Innungsvertreter beharrten trotz des klaren unzweideutigen Wortlautes im Tarif auf ihrer „Auslegung". Nunmehr unterbreiteten die Gesellenführer diese Angelegenheit pflichtgemäß ihren Auftraggebern, der Gesamtheit der Bäckergesellen. Eine Versammlung am 25. September, über die der „Vorwärts" berichtete, faßte eine entschiedene Resolution gegen dieses Innungstreiben. Die Mitgliederversammlung am 9. Oktober erklärte in Gegenwart des Verbandsvorsitzenden Allmann einmütig, daß diese Innungsmachinationen als **Tarifbruch** zu betrachten seien, wenn die Innungen sich nicht ernsthaft einer ehrlicheren Haltung, und zwar unverzüglich, befleißigen. Mittlerweile hatten gewisse „Heldentaten" der Innungssprechmeister (Arbeitsvermittler) das Maß zum Ueberlaufen gebracht. Schon lange wußte die Organisation, daß diese Sprechmeister vielfach ihre „gelben" Freunde in der Arbeitsausgabe besonders berücksichtigen, während ehrliche Leute monatelang vergeblich auf Arbeit warten. Familienväter, selbst unorganisierte, werden mit Hülfe der Innungsmeister durch die „gelben" Häuptlinge aus Arbeit gebracht, die dann letztere mit ihrer Garde besetzen, damit beim nächsten Streik „zuverlässige" Gesellen die Stellen besetzt halten. Die Gesellen beschweren sich in der Schlichtungskommission, die Innungen weisen zwei-, dreimal den Sprechmeister (ihren Beamten) an, nach dem Statut zu verfahren. Der Sprechmeister kehrt sich daran gar nicht, sondern „verschiebt" weiter ruhig die Arbeiten an die „Gelben". Die Innung bestraft ihn nicht, setzt ihn auch nicht ab. Wer will es den Gesellen verargen, wenn sie annehmen, daß der Sprechmeister im Einverständnis mit der Innung handelt? — Das Ungeheuerlichste aber und zugleich Bezeichnendste der ganzen Situation ist, daß, nachdem die Gesellen energisch auf Anberaumung einer Schlichtungskommissionssitzung gedrungen, die Innungen durch ihren Vorsitzenden Schmidt in der ersten Sitzung am 12. Oktober, gleich bei Eröffnung derselben, erklären ließen, daß die Gesellen **Tarifbruch begangen hätten, weil — sie in oben bezeichneter öffentlicher Versammlung die geschilderten Tatsachen erörtert hätten.** Sie hätten sich in der Schlichtungskommission nur weiter ganz still Innungshonig um den Mund schmieren lassen sollen.

In dieser Sitzung wurde gleich noch ein neuer Versuch der Abbröckelung vom Tarif gemacht. Die Innung behauptet, daß der neue Zentralarbeitsnachweis, der erst gegründet werden soll, nach dem Tarif unter die Verwaltung der Innung gestellt werden müsse, während der Tarif klipp und klar sagt, daß er einer Kommission unterstellt wird, die aus gleichen Teilen (Meister und Gesellen) zusammengesetzt wird. Die Vorarbeiten geschehen durch die Schlichtungskommission. — Scharf sind in dieser und in der acht Tage später abgehaltenen Sitzung die Meinungen zusammengestoßen; die Gesellenvertreter haben den Innungsleitern schonungslos die Maske heruntergerissen. Die Sache wurde in beiden Sitzungen nicht zu Ende geführt, sondern auf Freitag, den 2. November, vertagt. Am 30. Oktober wird sich die Gesellenschaft in öffentlicher Versammlung mit dieser Haltung der Innungen beschäftigen. — Es unterliegt heute schon keinem Zweifel, die Innungen rüsten zu einem

neuen Kampf, sie wollen es zum Bruch treiben. Sie werden aber auch die Gesellenschaft gewappnet finden. Die organisierte Arbeiterschaft aber wird für diese Vorgänge ein äußerst wachsames Auge haben.

Achtung, Metallarbeiter!

Die Werke der Firmen Siemens-Schuckert und Siemens u. Halske sind gesperrt. Die Arbeit ruht zunächst nur in einzelnen Abteilungen. Aber es ist zu erwarten, daß die Differenz auf andere, eventuell sogar auf alle anderen Abteilungen übergreift. Es werden von der Firma Arbeitswillige gesucht, und zwar für die Einstellung in den noch nicht für die Arbeitseinstellung betroffenen Werken und Abteilungen. Dieser Versuch der Täuschung ist aber zu durchsichtig und darf deshalb niemand darauf hineinfallen.

Kollegen! Laßt Euch durch keinerlei Erzählung beeinflussen oder beirren, sondern meidet bis zur Beendigung der Differenzen streng die Werke obiger Firmen.

Arbeiterfreundliche Blätter ersuchen wir um Nachdruck.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Zum Streik der Werkzeugmacher. Die mit den Arbeitgebern gepflogenen Verhandlungen haben abermals zu keinem befriedigenden Resultat geführt. Von den Arbeitgebern wurde den Streikenden nur ein Angebot gemacht, wonach sie selbständigen Werkzeugmachern 65 Pf., jung ausgelernten 50 Pf. und den übrigen einen Stundenlohn nach freier Vereinbarung zahlen wollen. Für Maschinenschlosser wollen sie einen Mindestlohn von 45 Pf. bewilligen. Solche Schlosser aber, die zu Werkzeugmachern ausgebildet werden, sollen ebenfalls einen Lohn nach freier Vereinbarung erhalten. Diese Zugeständnisse wurden von der gestrigen Streikversammlung als ungenügend abgelehnt. Der Streik wird also weitergeführt. Von den auswärtigen Werkzeugmachern darf wohl erwartet werden, daß sie der Lohnbewegung der Berliner Kollegen die gebührende Aufmerksamkeit schenken.

Die Militärschneider wollen in eine Lohnbewegung eintreten. Sie hielten am Sonnabendabend eine gutbesuchte Versammlung in den „Arminhallen" ab; es ist besonders das Prozentualsystem, gegen welches sie ankämpfen. Dies System wurde in den Tarif von 1903 aufgenommen, hat sich aber als eine schwere Schädigung der Arbeiter erwiesen. Die Häuser für Extrauniformen, welche Militärschneider anstellen, können demnach sieben Prozent des Lohnes einbehalten, die nach Ablauf eines halben Jahres zur Auszahlung kommen, wenn der Arbeiter während dieser Zeit die Stellung nicht aufgibt. Kündigt der Arbeiter während des halben Jahres, ist sein Geld verloren; er erhält es nur dann, wenn der Unternehmer kündigt. In einer Resolution erklärten die Versammelten, daß dieses System eine Beschränkung der Freizügigkeit und eine Unterstellung unter die Gesindeordnung bedeutet; sie betrachten es als ihre Pflicht, dagegen anzukämpfen und fordern die Arbeiter auf, in allen Geschäften Werkstättensitzungen abzuhalten und Stellung dazu zu nehmen. Da die Versammlung eine öffentliche war, konnten bestimmte Beschlüsse nicht gefaßt werden. Man wird aber nächstens eine Mitgliederversammlung abhalten und nach den vielfach geäußerten Wünschen eine 15prozentige Lohnerhöhung fordern. — Die Reparaturschneider der Post in der Artilleriestraße beklagten sich in derselben Versammlung über die schlechten Verhältnisse, unter denen sie zu leiden hätten. Da sitzen sieben Mann, die bei einem Monatslohn von 90 M. noch das Nähmaterial besorgen müssen und auch die Reinigung der Arbeitsräume vorzunehmen haben. Diese Räume sollen sehr ungesund sein, um so mehr, als auch darin gebügelt wird. Man wird versuchen, eine Besserung dieser Verhältnisse herbeizuführen.

Die Aussperrung in der mechanischen Schuhindustrie.

Die Versammlung der Ausgesperrten, welche am Montagvormittag stattfand, hat auf das Vorgehen des Fabrikantenverbandes eine Antwort erteilt, welche beweist, daß die Arbeiter sich durch die Aussperrung keineswegs einschüchtern lassen, sondern es vielmehr für angebracht halten, den unbegründeten Angriff, welchen die Fabrikanten ins Werk setzten, auch ihrerseits mit einem entsprechenden Vorgehen zu beantworten.

Durch Berichte der einzelnen Fabrikvertrauensmänner wurde zunächst festgestellt, daß etwa 1000 Ausgesperrte vorhanden sind, die heute noch ebenso fest zur Sache stehen wie zu Beginn der Aussperrung. Die Zahl der streikenden Ballschuhmacher beläuft sich noch auf etwa 200. — Als hierauf die Situation besprochen wurde, gingen mehrere Anträge aus der Versammlung ein, welche fordern, daß die frivole Aussperrung mit Forderungen beantwortet werde und zwar wurde beantragt, die unentgeltliche Lieferung der Furnituren von allen Fabrikanten zu verlangen, ebenso die Einrichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises und eine allgemeine Lohnerhöhung von 10 Prozent.

Hamacher, der sich am Schluß der Diskussion über diese Anträge äußerte, sagte unter anderem: Von den drei Forderungen der Ballschuhmacher, welche die Fabrikanten für unannehmbar erklärten, haben die Arbeiter im Interesse der Verständigung zwei zurückgezogen und nur die Forderung der Entschädigung für Furnituren aufrechterhalten. Dieselbe konnte aus prinzipiellen Gründen nicht zurückgezogen werden. Obgleich schon in ganzen Bezirken der Schuhindustrie die Furnituren von den Fabrikanten geliefert werden, hat sich der Fabrikantenverband in Berlin auf den eigensinnigen Standpunkt gestellt, diese Forderung müsse zurückgewiesen werden und um die Ballschuhmacher dazu zu zwingen, ist die Aussperrung der Fabrikschuhmacher erfolgt. Jetzt liegt die Situation so: Entweder die Ballschuhmacher ziehen die strittige Forderung zurück, dann ist damit der ganze Konflikt beendet, oder die Forderung, wegen der die Fabrikanten die Aussperrung ins Werk gesetzt haben, wird auf der ganzen Linie erhoben. — Den Ballschuhmachern kann man nicht zumuten, diese Forderung aufzugeben. Sie haben schon durch die Zurückziehung der beiden anderen Forderungen den Fabrikanten eine Brücke zur Verständigung gebaut. Die Fabrikanten haben aber diese Brücke abgebrochen, sie haben den Arbeitern den Fehdehandschuh hingeworfen und die Arbeiter nehmen nun, nachdem sie den Fabrikanten acht Tage Zeit gelassen haben den Revers zurückzuziehen, den Kampf auf, indem sie die Forderung, welche den Vorwand der Aussperrung bildet, allgemein erheben. Der Kampf wegen der freien Lieferung der Furnituren wird in Berlin und damit auch für ganz Deutschland durchgefochten werden. Es handelt sich bei diesem von den Unternehmern heraufbeschworenen Kampf um eine Machtfrage, die sie zum Austrag bringen wollen. Darum ist es berechtigt, bei dieser Gelegenheit auch die Forderung: Einrichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises, zu erheben, denn der jetzt bestehende Arbeitsnachweis der Fabrikanten ist eine Institution, durch welche die Fabrikanten ihre Macht über die Arbeiter ausüben. Es gilt nun, diesen Kampf, den die Arbeiter nicht herbeigeführt haben, so zu führen, daß ihn die Arbeiter gewinnen.

In der Abstimmung über die Anträge wurde die Forderung der unentgeltlichen Lieferung der Furnituren sowie Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises einstimmig, und die Forderung einer allgemeinen Lohnerhöhung von 10 Proz. gegen wenige Stimmen angenommen.

Ein Streik der Hausdiener.

Bei der Konfektionsstoffhandlung Adolf Pitsch, Hausvoigteiplatz 6/7, haben die organisierten Hausdiener seit gestern früh die Arbeit niedergelegt. Die Firma lehnte es ab, eine Lohnzulage zu gewähren. Ein in höflicher Form abgefaßtes Schreiben, worin die Forderungen niedergelegt und begründet waren, hatte nur den Erfolg, daß alles das, was nichts kostete, bewilligt wurde. Die anhaltende Teuerung der allernotwendigsten Lebensmittel bestritt man nicht; dagegen glaubte der humane Inhaber der Firma seinen Hausdienern mit Fischen, welche billig eingekauft und zum angeblichen Selbstkostenpreis auch an die Fabrikarbeiter abgegeben werden, über die Fleischteuerung hinweg zu helfen. Die Qualität der Fischsorten war so großartig, daß die Frauen für die Zukunft solche Liebesgaben anzunehmen sich weigerten und ihren Männern auftrugen, solche Einkäufe fernerhin zu unterlassen. Die Firma genierte sich nicht, bei anstrengendster Tätigkeit einen Wochenlohn von 21—25 Mk. zu zahlen, wovon noch Abzüge gemacht werden. Daß bei einem derart kärglichen Verdienst die Hausdiener in den Streik traten, dürfte niemanden verwunderlich erscheinen. Dem Organisationsvertreter des Vereins Berliner Hausdiener erklärte der in Arbeiterfreundlichkeit sich aufspielende Mann, des Prinzips wegen nichts bewilligen zu können. Die Streikenden appellieren an das Solidaritätsgefühl der Berliner Hausdiener und Packer und ersuchen, diesen Betrieb streng zu meiden.

Achtung, Militäreffektensattler! In der Fabrik von Wunderlich Nachf., in Blankenburg, haben die Kollegen wegen Abzügen die Arbeit niedergelegt. Wir ersuchen die Kollegen, den Zuzug nach dieser Werkstelle streng fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung des Verbandes der Sattler.

Deutsches Reich.

Achtung, Steinsetzer! Die Baustellen in Eberswalde, Freienwalde und Wriezen der Unternehmer Hiller, Meißner u. Neubauer sind für organisierte Arbeiter wegen Tarifdifferenzen gesperrt.

Die Scharfmacher des ganzen deutschen Schlächtergewerbes machen wegen der Mannheimer Vorgänge mobil. Bekanntlich hatten die Gehülfen des Großschlächters Alb. Imhoff wegen Nichtgewährung wichtiger Forderungen betr. Logis außer dem Hause und betreffend Arbeitszeit gekündigt, was Imhoff zum Anlaß nahm, einige der Gehülfen noch vor Ablauf der Kündigungsfrist zu entlassen, was ihm beim Gewerbegericht schlecht bekam. Inzwischen trat die Innung auf seine Seite, verpflichtete die Meister, niemandem zu liefern, dem J. bisher geliefert hatte, und beschloß zugleich, alle Gehülfen auszusperren, die sich nicht verpflichteten, aus der Gewerkschaft auszutreten. Diesen Beschluß haben die Mannheimer Innungsmeister auch wahr gemacht und die erfolgten Massenkündigungen werden dieser Tage perfekt. Die Mannheimer Arbeiterschaft hat sich mit den organisierten Gehülfen solidarisch erklärt, die betreffenden Meister boykottiert und auch die Wirtschaften, die von jenen Schlächtern Fleischwaren beziehen, öffentlich bekannt gegeben. Jetzt tritt der allgemeine deutsche Fleischermeisterverband auf den Kampfplan. Der Verbandsvorsitzende Karl Marx in Frankfurt a. M. hat im Verbandsorgan alle Ober- und Sprechmeister aufgefordert, eine „Reservearbeitswilliger Gesellen" „zur Abreise nach Mannheim bereit" zu stellen, das Mannheimer Innungsbureau telegraphisch entsprechend zu unterrichten, auf Wunsch von Mannheim die betr. Gesellen zur Bahn zu bringen, ihnen das Verbandsbuch abzufordern und ihnen dafür Fahrkarte III. Klasse sowie pro Stunde Fahrzeit 30 Pf. Zehrgeld auszuhändigen. Den reisenden Gesellen soll das Innungsgeschenk (50 Pf.) nur gezahlt werden, wenn sie nach Mannheim zu reisen sich verpflichten. Ganz besonders appelliert der Verbandsvorsitzende an die Meistersöhne.

Der Mannheimer Hafenarbeiterstreik ist beendet! Die im Hafenarbeiterverband organisierten Stückgutarbeiter, Kran- und Elevatorenführer haben, wenn sie auch nicht alles erreichten, doch gesiegt, rücken in ihre alten Plätze ein und haben die Arbeit am Sonnabend noch aufnehmen können. Ihre Organisation haben sie gefestigt und neben anderen bedingungsweise zu erfolgenden Zuschlägen einen Tagelohn von 4,50 M. (statt 4,30 M.) im Minimum erreicht, nur für Neueingestellte gilt der Satz von 4,20 M., nach 8 Tagen von 4,30 M. Im Sommer beträgt die Arbeitszeit 10, im Winter 9 Stunden. Ueberstunden werden mit 60 Pf. bezahlt und im Winter werden die 1½ Stunden von 6½ bis 8 Uhr abends für 2 Stunden a 60 Pf. gerechnet; Nachtarbeit kostet pro Stunde 1 M. Die Kran- und Elevatorführer erhalten abweichend von vorstehendem 30 M. Wochenlohn, 75 Pf. für Ueberstunden. Der Tarif ist bis 1. Juli 1909 abgeschlossen. — Mit dem Friedensschluß ist den „Cristlichen" und ihrem „Führer", Arbeitersekretär Tremmel das Konzept verdorben. Tremmel hat nicht nur den Unternehmern angeboten, mit ihnen für die Christlichen allein einen Tarif abzuschließen, sondern auch zur Durchführung eines solchen vor wenigen Tagen ein Zirkular an sämtliche „christlichen" Zahlstellen Deutschlands gerichtet, ihm telegraphisch mitzuteilen, „wie viele Arbeitskräfte ihm zur Verfügung stehen" zu dem angegebenen Zweck, also zum Streikbruch. Die Reisekosten versprach Tremmel der Verbandskasse aufzuladen, auch für Arbeiter, die nicht dem Verband angehören. „Wenn jede Zahlstelle nur einen Mann aufbringt", so schloß das Zirkular, „so ist unserer Sache gedient" — d. h. dem Streikbruch, um für 41 Pf. pro Stunde Arbeit zu leisten. Was die Unternehmer von den Menschen, die danach zu erwarten waren, halten, beweist die Tatsache, daß sofort nach Bekanntwerden dieses Zirkulars vor zwei Tagen die Unternehmer Verhandlungen mit den Kämpfenden aufnahmen und sich mit ihren bewährten Leuten aussöhnten.

Ausland.

Der Schneiderstreik in Triest ist beendet. Durch Vermittelung der Statthalterei kam eine Einigung zustande, wonach die eine 10prozentige Lohnerhöhung für die Arbeiter und eine fünfprozentige für die Arbeiterinnen zugestanden; jedenfalls ein schöner Sieg für die Organisation.

Lohnbewegungen und Streiks in Holland.

Im Baugewerbe Amsterdams sind vor acht Monaten Forderungen gestellt worden, den Minimalstundenlohn von 28 auf 35 Cent zu erhöhen, die Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden zu verkürzen, die Akkordarbeit abzuschaffen und das Lehrlingswesen zu regeln. Dieselben Forderungen wurden schon einmal vor drei Jahren gestellt. Damals kam es zu einem Vertrag zwischen den Unternehmern und den St. Josephs-Gesellenvereinen, dem „Patrimonium" und arnarchistischen Hülfsarbeitnerverein „Nieuw Leven". Die übrigen Organisationen lehnten den Vertrag ab, weil sie darin eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen sahen. Der Stundenlohn war auf 28 Cent festgesetzt worden, bei Akkordarbeit durfte nicht mehr als 40 Proz. darüber hinaus verdient werden; war es nicht möglich, bei Festsetzung der Akkordpreise Einigkeit zu erzielen, so mußten die Arbeiter den Akkord zu dem vom Unternehmer angebotenen Preis doch übernehmen. Bei den nun geführten Verhandlungen haben die Unternehmer einige Zugeständnisse gemacht, die auf eine Erhöhung des Ueberstundenzuschlags, der bei der dauernd schlechten Geschäftslage im Baugewerbe kaum in Betracht kommt und auf eine Verkürzung der Arbeitszeit für die drei Wintermonate auf 9 Stunden hinauslaufen. Diese Arbeitszeitverkürzung ist selbstverständlich ganz wertlos, da ja im Winter doch wegen der Lichtverhältnisse nur 8 oder 8½ Stunden gearbeitet werden kann. Die Verhandlungen sind gescheitert.

Der Zimmererstreik in Leiden dauert unverändert fort. Die Unternehmer sind dabei, einen Tarif mit den Streikbrechern abzuschließen. Bei den Verhandlungen haben sie die Streikbrecher mit Bier und Zigarren bewirtet; einige Streikbrecher waren aber schon vorher betrunken.

Der Brauerstreik in Wagemingen sowie der Boykott der „Germaniabrauerei" dauern ebenfalls unverändert fort. Verhandlungen mit dem Verband der Brauereibesitzer sind ergebnislos verlaufen.

Die Scharfmacher in der Holzindustrie.

Die Scharfmacher in der Holzindustrie.

Eine ganz erhebliche Verschärfung der Situation in der Berliner Holzindustrie ist durch die Beschlüsse einer Versammlung der Tischlermeister und Holzindustriellen Groß-Berlins eingetreten, die gestern (Montag) abend bei einer Beteiligung von mehr als 2000 Personen in den Konkordiasälen stattfand. Die Vorstände sämtlicher Arbeitgeberverbände der Berliner Holzindustrie waren vertreten. Die Referate des Vorsitzenden der Freien Vereinigung der Holzindustriellen Plathen und des Obermeisters der Tischlerinnung Rahardt gipfelten in der Parole: Scheitern die Verhandlungen, so wird ausgesperrt, ohne Vertrag keine Arbeit! Zur einstimmigen Annahme gelangte folgende Resolution:

„Die heute tagende Versammlung der Tischlermeister und Holzindustriellen Berlins und der Vororte nimmt Kenntnis von den Forderungen des Deutschen Holzarbeiterverbandes und beschließt:

1. In Erwägung, daß bei der heutigen Ausnutzung der Holzbearbeitungsmaschinen auch in den kleinsten Werkstätten die physische Arbeitskraft unserer Arbeiter nur noch in geringem Maße in Anspruch genommen wird und die gegenwärtige Arbeitszeit nur 8 Stunden 40 Minuten durchschnittlich pro Tag beträgt, kann eine weitere Verkürzung derselben auch in Rücksicht auf die Konkurrenzfähigkeit des hiesigen Gewerbes nicht zugestanden werden.

2. In weiterer Erwägung, daß der Durchschnittslohn unserer Holzarbeiter, nach der eigenen Statistik des Deutschen Holzarbeiterverbandes 35,10 bis 36,63 M. und der Wochenverdienst tüchtiger Arbeiter sogar 50 bis 60 M. und darüber beträgt, daß ferner die Berliner Holzindustrie mit derartig hohen Löhnen fast an der Spitze aller Gewerbe steht, wird das Verlangen nach weiterer Lohnerhöhung mit Entschiedenheit zurückgewiesen.

3. Die Forderung einer allgemeinen Lohnerhöhung bei Akkordarbeiten oder einer teilweisen Beseitigung der letzteren muß als undiskutabel abgelehnt werden.

4. Die obligatorische Benutzung des paritätischen Arbeitsnachweises durch die Arbeitgeber würde die Arbeitnehmerorganisationen ermöglichen, mißliebige Arbeitgeber schwer zu schädigen.

5. Die Abschlagszahlungen bei Akkordarbeiten bleiben in der bisherigen Weise bestehen. Die Festsetzung einer Minimalabschlagszahlung von 27 M. wöchentlich für jeden Arbeiter ohne Rücksicht auf seine Leistungen wird abgelehnt.

6. Die Versammlung beauftragt die Vorstände, auf Grundlage der von den Arbeitgebern auf dem Gewerbegericht bekanntgegebenen Bedingungen die Verhandlungen fortzusetzen."

Dieser Einschüchterungsversuch der Scharfmacher in der Holzindustrie wird natürlich auf die Beschlüsse der Arbeiterorganisation wenig Einfluß ausüben. Der größte Teil der Holzarbeiter wird jedoch erstaunt sein über die Lohnziffern, die in dieser Resolution aufmarschieren. Es ist ja ein alter Trick des Unternehmertums, ins Blaue hinein über die Riesenlöhne „ihrer" Arbeiter zu fabeln, wenn die Arbeiter es wagen, einen geringen Teil von den Profiten der Unternehmer zu verlangen.

Eingegangene Druckschriften.

Achim von Arnims ausgewählte Werke in vier Bänden. Herausgegeben und mit Einleitungen versehen von Max Morris. Mit des Dichters Bildnis und einem Briefe als Handschriftenprobe. XXXVIII, 941 S. Broschiert 1,50 M., in Leinenband 2 M., feine Ausgabe 3 M., Luxusausgabe 4 M. Max Hesses Verlag, Leipzig.

Helene Morsch. J. B. Staub. Ein Edelmensch im schlichtesten Gewande. Zweite Auflage. Broschiert 4 M., geb. 5 M. Verlag von Otto Weber, Leipzig.

Franz Staudinger. Wirtschaftliche Grundlagen der Moral. 160 S. Verlag von Eduard Roether, Darmstadt 1907.

Die Nachwahl im 10. sächsischen Wahlkreis

die sich durch den Tod unseres Genossen Grünberg notwendig machte, fand am gestrigen Tage statt. Im Jahre 1902 war es in einer Nachwahl zum erstenmal gelungen, den Wahlkreis, der eine überwiegend ländliche Bevölkerung umfaßt, durch einen Sozialdemokraten im Reichstage vertreten zu sehen. Bei der letzten Wahl im Jahre 1903 gelang es den Genossen des Kreises, unseren verstorbenen Genossen Grünberg mit 13 162 Stimmen von 24 195 Abstimmenden bereits in der Hauptwahl in den Reichstag zu entsenden. Damals fielen speziell in Sachsen die Schläge hageldicht auf unsere Gegner hernieder. War doch das rote Sachsen im Sturme von der Sozialdemokratie genommen. Bisher feste Burgen der Reaktionäre, wurden sie von unseren Genossen genommen, und nur noch eine geborstene Säule zeugte von entschwundener Pracht. Von 23 Wahlkreisen verblieb den Gegnern ein einziges Mandat. Und die Genossen des 10. sächsischen Kreises haben erfolgreich dem Ansturm der Gegner standgehalten. Erleichtert wurde ihnen die Agitation durch das wüste Auftreten des Reichsverbandes, der sich in neuerer Zeit bei allen Wahlen betätigt. Nach einem uns zugehenden Privattelegramm wurde unser Genosse Pinkau mit 12 718 Stimmen gewählt. Der nationalliberale Professor Hasse erhielt 8372 Stimmen und der Freisinnige Beck 3642 Stimmen. Bravo Sachsen!

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Von der Fraktion „Drehscheibe".

Darmstadt, 22. Oktober. (V. H.) **Der Ausschuß der nationalliberalen Partei** des Großherzogtums Hessen wird sicherem Vernehmen nach in kurzer Frist **eine besondere Sitzung einberufen, um über die Bestätigung des Sozialdemokraten Eißert Stellung zu nehmen.** Die nationalliberale Kammerfraktion wird wahrscheinlich nach Wiederzusammentritt der Kammer **eine Interpellation hierüber an die Regierung richten.**

Er kann es sein — bloß weiß mans nicht!

Pirmasens, 22. Oktober. (V. H.) Im benachbarten Waldfischbach wurde der Handelslehrer Runge verhaftet, unter dem Verdacht, der **Pseudo-Hauptmann von Köpenick zu sein.** Runge war früher Feldwebel in einem Infanterieregiment zu Frankfurt a. M. Das Signalement der Berliner Polizei stimmt genau, auch die Vergleichung der Handschriften hat ergeben, daß Runge der Gauner gewesen **sein kann.** Der Berliner und der Köpenicker Kriminalpolizei ist von dieser Verhaftung bis heute abend nichts bekannt geworden.

Deckeneinsturz.

Wiener-Neustadt, 22. Oktober. (V. H.) In der Deimler Motorenfabrik stürzte heute vormittag eine Betondecke ein. **Ein Arbeiter wurde getötet, zwei wurden lebensgefährlich verletzt aus den Trümmern hervorgezogen. Wieviel Personen unter den Trümmern liegen, ist noch nicht festgestellt.**

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Die russische Revolution.

Rußlands geheime Herrscher billigen den Staatsbankerott!

Die zarische Regierung bereitet sich zur Abschließung einer neuen Anleihe vor. Zwischen Witte, der die westeuropäischen Bankiers bearbeitet, und dem Finanzminister Kokoffzew hat sich ein reger Depeschenwechsel entsponnen. Die geheimen Machthaber, die gegenwärtig größere Bedeutung haben als selbst die Minister, die Häupter der Ultramonarchisten sind nicht schlau genug, um rechtzeitig den Mund zu halten. Sie lassen in naivster Weise durchblicken, wohin gesteuert wird. Sie verteidigen bereits den kommenden Staatsbankrott!

Herr Trischatny ist ein einflußreiches Mitglied des „Verbandes des russischen Volkes". Schon häufig hat er als Präsident des Verbandes fungiert. Auch dieser Verband ist mächtiger als die Minister, er spricht zu ihnen in drohendem Tone, er gebietet, und die Minister beugen sich. Im „Rußkoje Snamja", dem größten Organ der Ultras, schreibt nun Herr Trischatny über den künftigen Staatsbankrott:

„Sogar wenn wir die Möglichkeit zulassen, daß der Wert unserer Papiere im Auslande bis auf Null sinkt, was kann die Folge davon sein? Können wir uns nicht im äußersten Falle mit einer chinesischen Mauer zeitweilig umgeben, bis wir unsere Finanzen in Ordnung gebracht haben?"

Vielleicht wird morgen oder übermorgen eine Kreatur des Herrn Trischatny Ministerpräsident. Er würde Rußland in der Tat mit einer chinesischen Mauer umgeben; er würde die nationale staatsretterische Tat vollbringen und den Staatsbankrott erklären. Zu beglückwünschen aber wären Rußlands Gläubiger, deren Papiere **bis auf Null** sinken würden! —

In der ehrwürdigen mäßigliberalen „Strana" (Nr. 176) ist eine Notiz erschienen, deren Inhalt zweifellos finanzministeriellen Ursprungs ist. „In der letzten Zeit," so heißt es da, „sind in der Presse Gerüchte von Verhandlungen, die angeblich über die Abschließung einer neuen Anleihe geführt werden, aufgetaucht. Wie wir erfahren konnten, entbehren die Gerüchte über eine neue Anleihe jeder Begründung. Der Finanzminister hat vor einigen Tagen entschieden erklärt, daß er vor der Einberufung einer neuen Reichsduma sogar prinzipiell keine Verhandlungen über eine neue Anleihe zulassen wird! Ebenso unrichtig sind die Gerüchte über den angeblich geplanten Aufschub der nächsten Couponzahlung für die bereits bestehenden Anleihen. Vielmehr sind die Couponzahlungen bis März 1907 gesichert und die erforderlichen Summen bei Pariser Bankiers bereits deponiert. Die Ratschläge der ausländischen Bankiers, welche dahin gehen, daß die Zahlungsfähigkeit unseres Finanzressorts durch einen 20prozentigen Couponabzug, wie dies in Italien und Spanien der Fall gewesen ist, erleichtert werden könne, sind von dem Finanzminister zurückgewiesen worden, welcher erklärt hat, daß Rußland auch ohnedies aus der schwierigen Lage herauskommen würde." —

In dieser Notiz, die offenbar zur Beruhigung des Publikums bestimmt ist, wirkt der letzte Satz geradezu verblüffend. Es sollen die Gläubiger sein, welche auf eine Couponkürzung drängen, und es soll die zarische Regierung sein, die für den Wunsch einer Couponkürzung taube Ohren hat?? Wie aber, wenn sie morgen erklärt, daß sie dem Drängen der Gläubiger nachgegeben hat und in die Couponkürzung willigt? —

Es ist klar: Eine neue Anleihe schwebt in der Luft; aber gleichzeitig schwebt in der Luft eine baldige Couponkürzung und der darauf folgende Staatsbankrott!

Die neue Anleihe und die Duma.

Es sind nun bald drei Monate um, seitdem Stolypin zum erstenmal seine „Reformen" ankündigte, dabei immer hervorhebend, daß zuerst die „Ruhe" wiederhergestellt sein müsse. In allerletzter Zeit ist Stolypin dann bemüht gewesen, dem Auslande die „wiederhergestellte Ruhe" vorzutäuschen. Die offiziellen Telegraphenagenturen erhielten die Weisung, weder über die Erfolge der Anarchie, noch über Unruhen im Reiche zu berichten. Daher in der letzten Zeit die knappen Berichte über die Lage in Rußland. Das internationale Kapital will „Ruhe", ehe es Geld gibt, und Stolypin ist redlich bemüht gewesen, nach seiner Art den Wunsch der westeuropäischen Bankiers zu erfüllen. Die verschiedensten Blutgerichte arbeiten in 80 Gouvernements, die Gefängnisse in ganz Rußland sind überfüllt, in vielen Gouvernements herrscht Hungertyphus, und Hülfe ist weder von der Zentralverwaltung, noch von den Semstwos zu erwarten.

Der Handel stockt an allen Ecken und Enden, täglich melden die russischen Blätter von neuen Liquidationen größerer Firmen in Südrußland und Polen. Die Großgrundbesitzer in den Ostseeprovinzen schlagen seit Monaten ihre Wälder nieder und verkaufen oder verpfänden ihre Güter an die Agrarbank. Nach einigen Berechnungen kostet der russischen Regierung der Krieg im Innern ebensoviel wie der Krieg mit Japan, die Einnahmequellen schrumpfen dagegen täglich mehr und mehr zusammen.

So ist z. B. in den acht verflossenen Monaten des Jahres 1906 an direkten Steuern allein ein Minus von 498 777 Rubel im Vergleiche zu 1905 zu verzeichnen. Die Verringerung der einlaufenden Steuern wird hauptsächlich in den Gouvernements des mittleren Industrie- und des mittleren Schwarzerdrayons beobachtet. Eine Zunahme der Steuern ist nur in den Ostseegouvernements, den Gouvernements des Königreichs Polen und Transkaukasiens zu bemerken, also in den Gebieten, wo die Regierungsbestien mit Feuer und Schwert vorgingen, ganze Dörfer einäscherten und jedes bewegliche Eigentum konfiszierten. Von diesen Gebieten wird im nächsten Jahre sicher kaum ein Drittel der gewöhnlichen Steuern eingehen. Nun noch einige Zahlen, die sich auf die Zahlungen beziehen, die die Bauern zum Zweck des Auskaufs der Kronländereien 99 Jahre lang leisten sollen: Im Jahre 1906 sind an Auskaufszahlungen während der ersten acht Monate 12 975 361 Rubel, in derselben Zeit des Jahres 1905 dagegen 18 688 567 Rubel eingelaufen, mithin im laufenden Jahre 5 713 206 Rubel weniger. Welche Zahlen werden erst die indirekten Steuern (Zoll, Akzise usw.) aufzuweisen haben! Die wirtschaftliche Krisis, die immer neue Gebiete erfaßt, zwingt ja den an und für sich schon unterernährten Arbeiter und Bauern direkt zum Hungern. Ueber den geringen Absatz klagten schon die Kaufleute auf dem Nischninowgoroder Jahrmarkte. Unterdessen hat sich die Lage noch bedeutend verschlimmert.

Das sind also die Folgen der Stolypinschen „Regierungskunst"! Es ist allerdings eine Ruhe, aber nicht die, die das westeuropäische Kapital sich wünschte. Kein Wunder, daß Kokoffzew so „pessimistisch" in die Zukunft blickt. —

Ein zweiter Gegenstand besorgniserregender Erörterungen in den „höheren Sphären" sind nach dem „Towarischtsch" seit geraumer Zeit die künftigen Dumawahlen. Seit Veröffentlichung des Geheimschreibens Kokoffzews kann die Anleihefrage nicht mehr zurückgestellt werden. Zugleich verringern sich die Chancen derjenigen Minister und einflußreichen Persönlichkeiten, die noch lange ohne die Duma zu regieren dachten. Bei der letzten Anleihe war die Einberufung der Duma unerläßliche Bedingung. Auch jetzt hört man von „Versprechungen", die an eine neue Anleihe geknüpft werden. Damals hatte sich die russische Regierung mit den Bauern verrechnet. Witte hatte seine Hoffnungen auf diese gesetzt, ihnen verhältnismäßig große Freiheiten im Wahlgesetz eingeräumt, und so waren in die Duma die Herren Aladjin und Kompanie hineingeraten, deren revolutionäre Reden weder den russischen Verteidigern des Zarismus noch seinen ausländischen Gläubigern nach dem Sinne waren. Letztere hatten ja nichts dagegen, daß der Zar der ersten Duma am 21. Juli den Fußtritt versetzte. Daß nun die neue Volksvertretung „anders aussieht", dafür hat wieder Herr Stolypin zu sorgen. Welche Resultate seine Tätigkeit auf diesem Gebiete zeitigen wird, darüber ist man sich noch nicht ganz im Klaren. Aber auch hier hegt man nach dem „Towarischtsch" Besorgnis, daß gegenwärtig, wo die Wirren ständig im Wachsen begriffen sind, die Neuwahlen kaum zu den erwünschten Ergebnissen führen werden. Die Nachfragen des Polizeidepartements und die darauf erfolgten Berichte der Gouverneure lassen den Schluß zu, daß kaum eine regierungsfreundliche Zusammensetzung der neuen Duma zu erwarten ist. Die Erfolge der Schwarzen Banden hat man bedeutend überschätzt. Stolypin will aber noch die kurze Galgenfrist dazu benutzen, um recht energisch zu Werke zu gehen. Daher werden jetzt den Exdeputierten, die das Wiborger Manifest unterzeichnet haben, endlich die Anklageakten zugeschickt und wird den Professoren, Geistlichen usw. die Zugehörigkeit zu politischen Parteien untersagt. —

Die Rekrutenkampagne.

Die Regierung sieht schon die Möglichkeit einer massenhaften Rekrutenverweigerung voraus und trifft Vorbeugungsmaßregeln. Der Minister des Innern hat die Gouverneure zirkularisch beauftragt, der Bevölkerung bekannt zu machen, daß diejenigen Gestellungspflichtigen, welche zur festgesetzten Frist nicht erscheinen, als Deserteure einer harten Strafe unterworfen und in den Gegenden, wo Kriegszustand bezw. verstärkter oder außerordentlicher Schutz verhängt ist, dem Feldkriegsgerichte übergeben werden sollen!

In allen Kreisen des Gouvernements Petersburg werden so viel Gestellungsämter errichtet als nur möglich, während früher gewöhnlich in jedem Kreise nur ein Gestellungsamt funktionierte. Im Kreise Jamburg, der als besonders gefährlich gilt, werden Gestellungsämter fast in jedem Dorfe vorhanden sein. In alle Gegenden, wo Gestellungsämter errichtet werden, sollen — um Unruhen vorzubeugen — Truppenteile abkommandiert werden. Auch im Gouvernement Kiew werden von den Behörden hinsichtlich des Rekrutenaufgebots ernstliche Befürchtungen gehegt. Das Polizeidepartement hat den Kiewer Behörden empfohlen, den Unruhen nach Möglichkeit auf friedliche Weise vorzubeugen, falls aber solche ausbrechen, sie mit den allerschärfsten Maßregeln zu unterdrücken! In vielen Gouvernements haben schon die Behörden an die Bevölkerung ernste Ermahnungen in dieser Angelegenheit gerichtet.

Die Truppen.

Der „Russ. Kur." schreibt:

Da die revolutionäre Propaganda unter den russischen Truppen noch immer besteht, so hat die russische Militärverwaltung von neuem eine Reihe von Maßnahmen getroffen, darunter eine schärfere Bestrafung der Chefs derjenigen Truppenteile, wo unzuverlässige Militärpersonen ermittelt werden.

Die Folter in Polen!

Das Organ der polnischen sozialistischen Partei (P. P. S.), „Robotnik", berichtet in seiner Nummer 189 von unerhörten, haarsträubenden, der Inquisition würdigen Foltern, denen ihr in Kielce hingerichteter Genosse Josef Duda unterworfen wurde. Wegen Ermordung von Spionen wurde er, nachdem er bei der Verhaftung verwundet worden war, binnen 24 Stunden vor das Feldgericht gestellt und binnen weiteren 24 Stunden hingerichtet. Aber im Laufe dieser 48 Stunden haben die zarischen Bestien Zeit genug gehabt, Josef Dunda solchen Martern zu unterziehen, die nur das Gehirn von Unholden ersinnen kann. **Von den Armen des Gefangenen wurden lange Streifen Haut abgerissen. Mit glühendem Eisen wurden die offenen blutenden Wunden ausgebrannt. Watte wurde in die Wunden hineingestopft; durch die Berührung mit dem weißglühenden Eisen entzündete sich die Watte und verbrannte das entblößte Fleisch. Unter die Nägel wurden Nadeln eingebohrt. Auf die Wunden wurde glühender geschmolzener Siegellack gegossen.**

Nach vollzogener Hinrichtung staken noch die Nadeln unter Dundas Nägeln, kaltgewordener Siegellack, mit Blut vermischt, bedeckte mit harter Kruste die Finger, verbrannte Wattereste staken in den Wunden.

Aus dem alltäglichen Leben Warschaus.

Man schreibt uns aus Warschau:

Auf Grund des herrschenden Kriegszustandes verbot der Generalgouverneur den Zeitungsverkauf auf den Straßen. Ein paar hundert Menschen kamen dadurch um ihren Verdienst. Die Knaben aber verkaufen hier und da Zeitungen, die sie unter den Jacken tragen. Oft erwischt die Polizei diese kleinen „Verbrecher" und verhaftet sie. So trifft man häufig einen Zug solcher Knaben im Alter von 8 bis 16 Jahren, von Militär umgeben, das die „Verbrecher" auf die Polizei oder ins Gefängnis führt.

Mittwoch, den 17. Oktober, um 9 Uhr morgens bemerkte ein Schutzmann einen solchen Zeitungsverkäufer und wollte ihn festnehmen. Der Junge lief fort, die Soldaten, welche den Schutzmann stets begleiten, gaben auf Befehl desselben Feuer und verwundeten den Jungen, den 16jährigen Kasimir Prus, und ein vorbeigehendes 15jähriges Mädchen, eine Näherin. Dies geschah auf einer belebten Straße. Aber in Warschau ist man an dergleichen schon gewöhnt.

Um 12 Uhr mittags desselben Tages kam folgender Fall vor: In der Trambahn fuhren drei Kassenboten der städtischen Trambahn. Sie führten 2000 Rubel in zwei Säcken bei sich, die sie nach der Hauptverwaltung bringen sollten. An der Ecke Nalewski und St. Jerska umzingelten etwa zwanzig Banditen die Trambahn. Einer versetzte dem Kassierer mit einem Revolver einen Hieb auf den Kopf, die anderen nahmen ihm die 2000 Rubel und liefen auf die Rowalijskistraße zu. Der an der Ecke stehende Schutzmann ließ seine Soldaten auf die Davonlaufenden Feuer geben. Diese warfen einen Sack mit 1000 Rubel fort, einer lief in **einen Geschäftsladen, zwei in den Hof desselben Hauses.** Der Schutzmann eilte nach, ein Bandit verwundete ihn durch Revolverschüsse, doch überlieferte der Verwundete jenen den Soldaten, die ihm das Geld, die anderen 1000 Rubel, abnahmen und ihn dem mit einer Rotte Soldaten herbeigeeilten Offizier übergaben.

Als die Soldaten nun erfuhren, daß sich in demselben Hause zwei Banditen versteckt hatten, begannen sie darauf loszuschießen. **Sie schossen in die Geschäfte, durch die Fensterläden, in die Wohnungen erster, zweiter und dritter Etage.**

Danach gingen die Soldaten in den Hof, begegneten einem jungen Mann, dem 18jährigen Handlungsgehülfen Pessach Chronowitsch. Sie töteten ihn durch eine Salve! Ein Bandit, der sich im Abort im Hofe versteckte, wurde mit den Bajonetten erstochen!

Damit begnügten sich die Soldaten noch nicht, sie begannen die Rowalijskistraße nach beiden Richtungen hin zu beschießen, und so wurden mehrere unschuldige Passanten getötet. Im ganzen wurden **über zweihundert Schüsse** abgegeben. Außerdem verhaftete die Polizei viele Passanten. Daß einige der unschuldig Verhafteten bald wieder freigelassen wurden, allerdings mit zerbrochenen Rippen und ausgeschlagenen Zähnen, sei nur nebenbei bemerkt.

Organisationspflichten.

Der Mannheimer Parteitag hat eine Fülle wertvoller Anregungen geboten. Zum ersten Male seit Fall des Sozialistengesetzes wurde den Genossen eine Statistik der deutschen Partei vorgelegt, die trotz ihrer Unvollständigkeit ein Ansporn zu regsamster Tätigkeit auf organisatorischem Gebiete sein muß und sein wird.

Wir haben im Jahre 1903 die Scharen unserer Anhänger gemustert, wir konnten an dem Votum der mehr als drei Millionen erkennen, daß sich die Sozialdemokratie beim deutschen Volke bei weitem des größten Vertrauens erfreut; wir gewannen die frohe Zuversicht, daß uns die Zukunft gehört und daß neben den drei Millionen der über 25 Jahre alten Staatsbürger noch ungezählte Massen jüngerer Anhänger unseren Fahnen folgen. — Die Verbreitung unserer Ideen wird weiteren Fortgang nehmen, die Erkenntnis, daß die kapitalistische Produktionsweise den Fortschritten der Kultur, der höher entwickelten Technik zu weichen hat, dringt in immer weitere Kreise.

Die Organisation des Proletariats, die Organisation der Arbeiterschaft zu einheitlichen politischen und wirtschaftlichen Verbänden ist und bleibt unsere erste und wichtigste Aufgabe. Auf diesem Gebiete der Organisation ist aber, gestehen wir es uns mit aller Offenheit ein, noch unendlich wenig geschehen. Hier gilt es die bessernde Hand anzulegen, vor allen Dingen aber bei uns selbst, in der Hauptstadt Preußens, in der Arbeiterschaft Groß-Berlins.

Im „Mitteilungsblatte" ist versucht worden, den Bezirksführern des Verbandes der Wahlvereine Groß-Berlins die Gründe klarzulegen, aus denen die mit Recht gerügten Mängel in der Organisation Berlins herrühren. Wir lassen, da das Blatt ja nur verhältnismäßig wenigen Genossen zugänglich ist, die Ausführungen folgen. Das „Mitteilungsblatt" sagt darüber:

> Die Zeit des Sozialistengesetzes hinterließ uns als Erbschaft eine Organisationsform, die in Wirklichkeit einen vollen Zusammenhang der Partei in Berlin nicht ermöglichte. Das lose Vertrauensmännersystem, welches gewiß seine volle Schuldigkeit getan hatte, war durch das lächerliche Gesetz, „politische Vereine dürfen nicht miteinander in Verbindung treten" zu statistischen Feststellungen nicht imstande, und so mußte Berlin in bezug auf die Organisationsziffern in seiner Entwickelung zurückbleiben, um so mehr, als eine ganze Reihe nicht der schlechtesten Genossen an dem alten System der Dezentralisation mit Leib und Seele hingen und von politischer Zentralisation nichts wissen wollten. Nach Aufhebung des Verbindungsverbotes hat sich die Reorganisation und Zentralisation jedoch langsam durchgerungen und ist im Dezember 1905 zu allgemeiner Anerkennung gelangt. Wenn einzelne Parteiblätter den Berliner Genossen hämische und ungerechte Vorwürfe machen, so verkennen sie den Weg, welchen die Entwickelung in Berlin genommen. . . .
>
> Mit schweren Zeitopfern hatten die unbezahlten Beamten einzelner Wahlvereine in Berlin und Umgegend sich an die Arbeit gemacht und eine Berufsstatistik ihrer Mitglieder zusammengestellt. Es waren und blieben aber immer nur Angaben, welche sich auf eine verhältnismäßig geringe Zahl von Genossen erstreckten und daher für eine allgemeine Beurteilung und Vergleichung von sehr geringer Bedeutung waren. Die harte Arbeit hatte nicht den Wert, welchen sie verdiente.

Die bisherigen Versuche, die auch an anderen Orten unternommen wurden, statistisches Material über die Wahlvereine zu erlangen, festzustellen, aus welchen Berufen sich unsere Partei zusammensetzt, inwieweit die Genossen der Organisation ihren gewerkschaftlichen Pflichten nachkommen: alle diese Bemühungen waren von geringem Werte, da die Zusammenfassung zu einem Gesamtbilde fehlte.

In dem „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik", Heft vom September 1906, hat es unser Genosse Dr. Michels-Marburg unternommen, eine Reihe Parteimitgliedschaften nach Berufen zu analysieren. Seine Untersuchungen beweisen zunächst, daß die gewerkschaftlichen Berufsverbände es bisher nur in geringem Maße verstanden haben, ihre Mitglieder der politischen Organisation geneigt zu machen. In

Frankfurt a./M.	waren 1905	v. 17819	Gewerksch.-M.	nur 2245	(12,6 %)
Düsseldorf	waren 1905	v. über 11000	„	„ 1534	(13,9 „)
München	„ 1905	„ 36522	„	„ 6704	(18,3 „)
Leipzig (St. u. L.)	1905	„ 48897	„	„ 16000	(32,7 „)

politisch organisiert.

Geht man die einzelnen Berufe durch, so ergeben sich geradezu beschämende Ziffern; so waren z. B. von

1083 Buchdruckern in Frankfurt a./M. 66 = 6,07 %,
2091 „ „ Leipzig 199 = 9,05 „

organisiert. — Man glaube aber nicht, daß wir geflissentlich die „neutralen" Buchdrucker herausgegriffen hätten. Wenden wir uns zu einer kürzlich vorgenommenen Statistik, welche die lokalorganisierten Zimmerer durch Fragebogen inszeniert hatten, so ergab sich, daß von 2088 Befragten 1123 geantwortet hatten und von diesen nur 386 politisch in der sozialdemokratischen Partei organisiert waren.

Mit einiger Bestimmtheit ist anzunehmen, daß niemand, der sich zur politischen Organisation zählt, die Antwort verweigert habe; das Fazit ist also, daß von diesen Gewerkschaftlern, welche sich doch als ganz besonders zielbewußt betrachten, nur 18,5 Proz. ihrer Parteipflicht genügten.

Noch betrübender aber fallen andere Vergleiche für Berlin aus. Nach der Statistik der Berliner Gewerkschaftskommission für 1905 zählten die Zentralverbände in Berlin 224 277 Mitglieder. Leider existiert eine genaue Feststellung für Groß-Berlin nicht, da beispielsweise der Holzarbeiterverband nur mit 22 000 Mitgliedern aufgeführt ist, weil die Vororte Berlins als eigene Zahlstellen direkt nach Stuttgart ressortieren. Aehnlich steht es mit den Vorortzahlstellen des Schneiderverbandes und der Schuhmacher, der Handels- und Transportarbeiter sowie einiger anderer Berufe. Sicher aber betrug die Zahl der in Groß-Berlin gewerkschaftlich organisierten Arbeiter weit über 300 000, wogegen die acht Wahlvereine Groß-Berlins im gleichen Jahre 41 700 Mitglieder zählten. Wenn man annimmt, daß 5700 Mitglieder Kleinhändler, Kleingewerbetreibende, Kleinkaufleute sind oder zu den sogenannten freien Berufen zählen, so ergibt sich, daß nicht mehr als 12 Proz. gewerkschaftlich tätiger Arbeiter den Wahlvereinen angehören, ein äußerst geringer

Prozentsatz, der den Vergleich mit keiner der von Michels erwähnten Städte aushält.

Der Parteivorstand gab in Mannheim die Zahl der organisierten Parteigenossen auf zirka 400 000 an, was, auf rund drei Millionen Reichstagswählerstimmen berechnet, 13⅓ Proz. betragen würde. Doch ist dieser Prozentsatz als viel zu hoch zu bezeichnen, denn unter den Organisierten befindet sich noch eine stattliche Zahl von Mitgliedern im Alter von unter 25 Jahren, welche für eine vergleichende Statistik nicht in Betracht kommen.

In Groß-Berlin wurden 1903 330 456 sozialdemokratische Stimmen abgegeben, wogegen damals 36 513 Genossen politisch organisiert waren, was einem Prozentsatze von 13,2 gleichkäme. Wie aber schon bemerkt, sind alle diese Prozentziffern zu hoch gegriffen, da alle damals unter 25 Jahre alten Mitglieder der Wahlvereine dabei nicht mit in Rechnung gezogen waren.

Wir sehen also, daß die bisher unternommenen statistischen Versuche des sicheren Untergrundes entbehrten.

Heute Dienstag, den 23., geht nun die Zentralisation Groß-Berlins daran, die ersten Grundlagen für eine planmäßige Statistik herzustellen.

Es soll ermittelt werden:

1. Wie viel Mitglieder zählen die Wahlvereine?
2. Aus welchen Berufen setzen sich unsere Mitgliedschaften zusammen?
3. Zu welchem Verbande, welcher Gewerkschaft gehören die Genossen, für deren Beruf eine Organisation besteht?
4. Lesen alle die Parteipresse?

Die weiteren Fragen nach dem Alter der Mitglieder und der Zeit der Zugehörigkeit zur Parteiorganisation sind ebenfalls von weittragender Bedeutung.

Die Wichtigkeit einer solchen Statistik dürfte jedem Anhänger unserer Sache ohne weiteres einleuchten. Sind Feststellungen darüber vorhanden, in welchen Berufen wir noch nicht genügend geworben haben, so werden wir planmäßig an die Arbeit gehen können, wir werden ermitteln, wie groß unsere Anhängerschaft in den freien Berufen ist, wie weit dieser Klasse Zugehörige den Mut gefunden haben, sich offen zur Partei zu bekennen, wir werden eine Reihe für die fernere Agitation äußerst wertvoller Momente ermitteln. So erwarten wir denn mit Bestimmtheit, daß heute am 23. Oktober **nicht ein Mitglied bei der Aufnahme fehle**, daß alle Genossen sich selbst eintragen lassen und den Genossen und Bezirksführern, welche das ungewohnte Werk zum erstenmal verrichten, helfend und fördernd zur Seite stehen.

Auch hierbei heißt es: seine Parteipflicht erfüllen! An die Arbeit!

Die letzte große Aktion der Leipziger Justiz gegen die „Leipziger Volkszeitung".

S. Leipzig, den 22. Oktober.

Als Kulminationspunkt der Vernichtungskampagne, den die Leipziger Staatsanwaltschaft zum Schutz der geängstigten Bourgeoisie gegen die „Leipziger Volkszeitung" seit zirka einem Jahre führt, dürfte der heutige Prozeß vor der vierten Strafkammer des Landgerichts in Leipzig, wegen Beleidigung der Leipziger Justiz gegen die „Leipziger Volkszeitung" anzusehen sein, nicht bloß weil sich die Klassenjustiz nun wegen der Antworten der „Leipziger Volkszeitung" auf die Prozesse beleidigt fühlt, sondern weil auch alle bisherigen politischen Prozesse gegen die „Leipziger Volkszeitung" wiederum mit verhandelt werden.

Als Zeugen für die gegen die „Leipziger Volkszeitung" beliebten Angriffe einzelner Richter und Staatsanwälte und für die Richtigkeit der von ihr angeführten Tatsachen sind geladen: die Leipziger Rechtsanwälte Dr. Martin Drucker und Dr. Hübler, der Oberstaatsanwalt Böhme, der Staatsanwaltschaftsassessor Lange, der Oberlandesgerichtsrat Maukisch — der das drakonische Urteil gegen den Genossen Heinig gefällt hat, —, der Hülfsrichter Assessor Franke und der Amtsrichter Hänel, ferner der Reichstagsabgeordnete Stadthagen, die Redakteure Kressin und Heinig und der Journalist Bartels. Die Verteidigung des Angeklagten, des Genossen Fritz Seger, liegt in den Händen des Genossen Dr. Karl Liebknecht in Berlin.

Der Sachverhalt, der der Anklage zugrunde liegt, ist folgender: In Nr. 123 der „Leipziger Volkszeitung" vom 31. Mai, demselben Tage, wo der verantwortliche Redakteur, Genosse Kressin von der dritten Strafkammer wegen Beleidigung der preußischen und sächsischen Militär- und Polizeiverwaltungsbehörden zu 10 Wochen Gefängnis verurteilt wurde, und zwar wegen des Artikels „Der Tiger als Affe", erschienen zwei Artikel. In dem einen wurde mitgeteilt, daß der Genosse Kressin wegen Ungebühr vor Gericht zu 2 Tagen Haft verurteilt worden sei, — er hatte die Ungebühr des Oberstaatsanwalts Böhme wegen der ihm vorgeworfenen „handwerksmäßigen" Redaktionstätigkeit zurückgewiesen. — Der andere Artikel, „In eigener Sache" betitelt, zeigte, daß die Leipziger Justizbehörden in ihrem Kampfe gegen die „Leipziger Volkszeitung" eine Methode entwickelten, die scharf gebrandmarkt und wogegen öffentlich Protest erhoben wurde. Diese Methode, — so hieß es in dem Artikel —, bestehe darin, daß man die Redakteure in der unqualifizierbarsten Art und Weise beleidige. Den Anfang habe der Oberstaatsanwalt Böhme gemacht in dem großen Aufreizungsprozeß am 9. Februar, wo er die politischen Redakteure der „Leipziger Volkszeitung" der Feigheit bezichtigte. Die politischen Redakteure erließen damals eine Erklärung gegen ihn, deren Berechtigung er durch Stillschweigen anerkannte. Am 9. März, in einem Prozeß gegen Heinig, trat der Staatsanwaltsassessor Lange in die Fußtapfen seines Vorgesetzten. Erging nicht nur gegen die Gesamtredaktion vor, sondern auch gegen die Leser der „Leipziger Volkszeitung", die er als dümmer, als die der bürgerlichen Blätter hinstellte.

Von den Staatsanwälten sprang diese anmutige Methode auf das Richterpersonal über. So hat der Amtsrichter Hänel in einem Beleidigungsprozesse gegen Genossen Kressin es — natürlich beweislos — für gerichtsnotorisch erklärt, daß die „Leipziger Volkszeitung" ihre politischen Gegner in wüster und roher Weise beschimpfe. In einem anderen Beleidigungsprozeß gegen Heinig, den die dem „Wirtschaftlichen Aerzteverband" angehörenden Herren Doktoren Weiß und Bergmann angestrengt hatten, hat der vorsitzende Richter, Assessor Franke, im schriftlichen Urteil folgenden Satz niedergeschrieben: „Straferhöhend wirken weiter die Vorstrafen des Angeklagten und der Umstand, daß die „Leipziger Volkszeitung" in letzter Zeit — was gerichtskundig ist —, wiederholt wegen ihres Tones und ihrer Berichterstattung an ihren Redakteuren hat bestraft werden müssen. Dadurch wird bewiesen, daß ihren Redakteuren zum großen Teil das ethische Empfinden für den Wert und die Achtung der Ehre ihrer, der sozialdemokratischen Partei nicht angehörenden Mitmenschen, abhanden gekommen ist und nur empfindliche Strafen in dieser Hinsicht bessernd wirken können." Diese angeblich gerichtskundigen Tatsachen die „Leipziger Volkszeitung" in entsprechender Weise kritisierten, was die Staatsanwaltschaft neben dem Protest und der Redewendung von der Ungebühr der Staatsanwaltschaft und Richter in dem Artikel, zum Gegenstande einer Anklage machte. Gewissermaßen weren dadurch die ganzen Progesse in einem vereinigt aufs neue verhandelt werden, indem die beleidigte Leipziger Justiz und Staatsanwaltschaft sich von der Leipziger Justiz bescheinigen lassen will, daß sie stets gerecht geurteilt und die „Leipziger Volkszeitungs"-Redaktion und ihre Leser nicht beleidigt habe.

Einige andere Stellen in dem Artikel „In eigener Sache" haben es der Justiz besonders schwer angetan, wie der heute angeklagte Redakteur, Genosse Seger, bei seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter Meißner damals erfuhr.

Der Prozeß tritt also durch die ganze Art der Anklage weit über den Rahmen eines gewöhnlichen Preßprozesses hinaus.

*

Leipzig, den 22. Oktober.
(Privat-Telegramm.)

Der Beleidigungsprozeß gegen die „Leipziger Volkszeitung" ist soeben vertagt worden. Das Urteil wird am 29. d. verkündet werden.

Aus der Partei.

Drei Sozialdemokraten in Natal gewählt.

Wie unser englisches Bruderorgan, die „Justice" meldet, sind bei den jüngsten allgemeinen Wahlen zum Parlament von Natal (Südafrika), die vor wenigen Wochen stattfanden — das Blatt gibt leider nicht das genaue Datum — drei Sozialdemokraten als Kandidaten des „Natal Labour Representation Committee" (Arbeiter-Vertretungskomitee von Natal) gewählt worden, die Genossen Haggar, Connolly und Palmer. Ihr Programm war so populär, daß auch andere Kandidaten es akzeptierten, die nicht der Parteiorganisation angehören, und daraufhin gewählt wurden. Von den 43 Mitgliedern des Nataler Parlaments haben sich 10 auf das Programm der Arbeiterpartei verpflichtet. Ob die außerhalb der Partei Stehenden auch halten, was sie versprachen ist freilich etwas anderes. Das Land ist noch überwiegend agrarisch, bäuerlich und kleinbürgerlich. Immerhin ist es nicht unmöglich, daß die Arbeiterpartei eine Sozialreformerei nach dem Muster von Neu-Seeland erzielt. Eine solche ist ausgeschlossen in einem Lande alter kapitalistischer Großindustrie, und es ist absurd, wenn Neu-Seeland als Muster für England oder Deutschland angepriesen wird. Aber sie ist möglich in einem jungen Koloniallande mit großen Bodenreserven und ohne überwiegende kapitalistische Interessen. Da kann die kapitalistische Ausbeutung zeitweise durch Sozialreformen nach neuseeländischem Muster gemildert werden.

Gemeindewahlsiege. Einen erfreulichen Sieg erfochten soeben unsere Genossen in den bei Mülheim a. d. Ruhr gelegenen Ortschaften Heißen und Haarzopf bei den Gemeinderatswahlen. Die beiden Ortschaften haben verschiedene Gemeinderäte, aber eine Verwaltung. In Heißen hatten wir bisher zwei Vertreter in der dritten Abteilung, in Haarzopf noch keinen. Die jetzige Wahl hat uns für Heißen **drei neue Gemeindevertreter** gebracht, so daß unsere Genossen nunmehr mit fünf Vertretern **die ganze dritte Abteilung inne** haben. In Haarzopf ging die Liste unserer Genossen mit 13 gegen 9 Stimmen ebenfalls glatt durch. Hier haben wir zwei Sitze erobert. Die Doppelgemeinde Heißen-Haarzopf hat somit die Zahl der sozialdemokratischen Sitze von zwei auf **sieben** gesteigert. Von zirka 1200 Wählern beteiligten sich 889 an der Wahl. Unsere Genossen erhielten 214, 209 und 206 Stimmen, die Zechenpartei 122, 123 und 124 und der übrige Mischmasch 46, 48 und 49 Stimmen. Bei der Wahl vor drei Jahren gelangten wir mit 80 bis 85 Stimmen in die Stichwahl. Wir haben also jetzt nicht nur einen schönen Sieg, sondern auch einen erheblichen Fortschritt an Stimmenzuwachs zu verzeichnen. Die demnächstige Reichstagswahl wirft ihre Schatten voraus!

Der Parteitag für beide Mecklenburg wurde Sonntag und Montag in Lübeck abgehalten. Im Oldenburgischen selbst war das nicht möglich, da nach mecklenburgischer Tradition die Regierungsweisheit die dazu erforderliche Genehmigung nicht gibt. Unsere mecklenburgischen Genossen sind also tatsächlich heimatlos. Der Parteitag war gut und zwar von 35 Delegierten beschickt. Ueber den ersten Verhandlungstag wird uns mitgeteilt, daß in den Berichten der Kreisvertrauensleute für die sieben mecklenburgischen Kreise ein erfreulicher Aufschwung konstatiert wurde. Zurückgeführt wurde dieser Fortschritt besonders auf die Tätigkeit des Parteisekretärs für beide Mecklenburg. Am zweiten Tage soll ein Kommunalprogramm beraten werden, ebenso die Herausgabe einer Landarbeiterzeitung. Auch ist ein Referat über die Lage des Landarbeiters vorgesehen. Einige Anträge sehen die Erhöhung des Parteibeitrags vor.

Die Organisationen zum Parteitage. In einer gut besuchten Versammlung des Kreiswahlvereins Weimar 3, Ortsgruppe Jena, erstattete Genosse Leber Bericht vom Parteitag. Eine Diskussion über das gehaltene Referat fand nicht statt. Die Anwesenden erklärten sich durch die Abstimmung einmütig mit den Arbeiten des Parteitages einverstanden.

Die Genossen von Heidelberg faßten nach einem Referat des Landtags-Abgeordneten Genossen Pfeiffle eine Resolution, worin sie ihr Einverständnis mit den Beschlüssen und ihre Freude über die glückliche Lösung der strittigen Frage über das Verhältnis zwischen politischer Partei und Gewerkschaften ausdrücken.

In Bochum wurde nach längerer Diskussion folgende Resolution angenommen:

Die Distriktsversammlung der Großstadt Bochum des sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Bochum-Gelsenkirchen-Hattingen-Witten erklärt sich mit den Beschlüssen des Mannheimer Parteitages und mit der Haltung ihres Delegierten auf dem Parteitage einverstanden.

Zu den Aeußerungen des Genossen Scheibe-Dortmund erklärt die Versammlung, daß Scheibe nicht die Auffassungen der Genossen des Kreises Bochum zum Ausdruck gebracht hat. Die Aeußerungen Scheibes über unseren Reichstagsabgeordneten Hue sind unberechtigt und unrichtig.

Von einer Mißstimmung gegen die Reichstagsfraktion in der Frage der „Borussia"-Interpellation im Ruhrreviere ist uns nichts bekannt.

Der letzte Absatz der Resolution wurde mit allen gegen 5 Stimmen und der andere Teil einstimmig angenommen. Auf die Diskussion kommen wir noch zurück.

In der Debatte wurden hauptsächlich die „Borussia"-Interpellation und die Affäre „Vorwärts"—Stampfer behandelt. Einige Redner erklärten, Stampfer sei in dem bekannten „Vorwärts"-Artikel ganz recht geschehen, andere, darunter Genosse Wetzker, nahmen ihn in Schutz.

Warnung. Die Partei- und Gewerkschaftsgenossen allerorts werden dringend vor einem Justierer Max Schröder, geboren am 20. Dezember 1858 zu Apolda, gewarnt. Nach verschiedenen bei dem Dresdener Gewerkschaftskartell und der Verwaltung des Metallarbeiterverbandes eingegangenen Berichten resp. Anfragen versucht Schröder unter Vorbringung allerhand unwahren Behauptungen Geldbeträge zu erschwindeln. In einer Anzahl Fälle sind ihm Reisegelder von 10 M., 7 M., 5 M. usw. gewährt. Schröder ist wegen Denunziation aus dem Metallarbeiterverbande ausgeschlossen worden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein Freispruch. Genosse Quessel vom Stettiner „Volksboten" wurde von der Anklage freigesprochen, einen Kreisbaumeister beleidigt zu haben.

Strafkonto der Presse. Genosse Grätz von der Remscheider „Arbeiterzeitung" wurde wegen Beleidigung eines Lehrers zu 300 M. Geldstrafe verurteilt, obgleich die Beweisaufnahme ergeben hatte, daß der Lehrer den Stock häufig und intensiv benutzte.

Aus Industrie und Handel.

Wo soll das hin?

Es gehört eine ganz außerordentliche Dosis Optimismus dazu, die augenblickliche Preisgestaltung für Industrieerzeugnisse als ganz ungefährlich anzusehen. Wenn von einer Ueberspannung so geredet werden dürfte, dann geben die jetzigen Preise wahrlich Veranlassung dazu. Wie die Preise ansteigen, zeigt die folgende Zusammenstellung nach den Oktober-Notierungen der Düsseldorfer Börse. Es notierten in Mark:

	1886	1898	1902	1903	1904	1905	1906
Roheisen . .	45,00	60,00	57,50	57,50	57,50	60,15	78,00
Flußstabeisen .	—	125,00	100,00	107,50	106,50	112,00	142-146
Träger . . .	110,00	108,00	105,00	105,00	105,00	105,00	120,00

Nun waren allerdings in 1900 bis 1901 die Preise noch höher, sie gingen z. B. im Oktober 1900 bei Roheisen um 12 M. über die jetzige Grenze hinaus, bei Flußstabeisen um 24—28 M. und bei Trägern um 20 M. Aber wie lagen die Verhältnisse? Wenn man sich die Manipulationen des Koks- und des Roheisensyndikats vergegenwärtigt, dann ist die Ueberzeugung gerechtfertigt, daß mit den Preisen im Jahre 1899, die sich noch unter dem jetzigen Niveau hielten, die höchste Linie der Konjunktur erreicht war und es bereits bergab ging. Durch allerhand Schiebungen und Stimmungsbilder über Materialnot hatte man es aber verstanden, die Konsumenten, die in ihren Büchern noch hohe Auftragsbestände verzeichnet hatten, anzureizen, sich mindestens für den Umfang der Verpflichtungen, ja noch weit darüber hinaus neu zu decken. Und die Händler, welche befürchteten, nicht genug Ware zu bekommen, gaben weit über ihre Bedürfnisse hinaus Aufträge. Aehnlich wie das oft bei Anleihezeichnungen geschieht. Hinter der Stimmungsmache standen die Rohstoffproduzenten, die die künstlich hervorgerufene Angst vor einer Materialnot benutzten, neue langfristige Lieferverträge aufzunötigen, ja alte Verträge wurden gebrochen und den Abnehmern neue mit den wahnsinnig hohen Preisen aufgezwungen. Man ging vor nach dem Grundsatz: nach uns die Sintflut. Und die Sintflut kam. Zu den getriebenen Preisen konnten die Händler nichts mehr anbringen, sie selbst konnten Spezifikationen nicht herausgeben, aber die Werke mußten Material abnehmen und saßen auf dem Trocknen. Mögen die Werke jetzt auch mehr gesichert sein für die gebuchten Aufträge, deshalb liegt noch kein Grund zu der Annahme vor, daß die Kauflust bei noch weiter gesteigerten Preisen anhält. Aber in der Aufwärtsbewegung der Materialpreise soll anscheinend noch kein Stillstand eintreten. Da ist die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, daß auch die Tage der jetzigen Hochkonjunktur gezählt sind, wenn es so weiter geht.

Rentabilität im Bergbau. Die Bochumer Bergwerks-Aktiengesellschaft erzielte im dritten Vierteljahr 1906 bei 78 Fördertagen einen Gewinnüberschuß von 58 817 M., gegen 51 056,38 M. bei 79 Fördertagen im dritten Vierteljahr 1905. Im vorigen Jahre betrug der Tagesüberschuß 646 M., in diesem Jahre 750 M. Das ist eine ganz akzeptable Lohnsteigerung. — Zeche „Ewald" erzielte im dritten Vierteljahr 1906 einen Ueberschuß von 1 831 486 M. gegen 1 200 801 M. in der gleichen Zeit des Vorjahres. — Zeche „Alte Haase" brachte 56 283 M. Ueberschuß heraus, das ist ein Mehr von rund 40 000 M. gegen die Parallelzeit 1905. — Beim Aplerbecker Bergwerksverein stieg der Ueberschuß von 150 104 M. im dritten Quartal 1905 auf 160 055 M. im dritten Quartal 1906. — Das letzte Geschäftsjahr erbrachte dem Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-Aktienverein einen Betriebsüberschuß von 6 024 975 M. gegen 4 683 531 M. für das Jahr 1904/05. Nach Absetzung von 2 832 845 M. Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 2 990 898 M. gegen 2 133 634 M. im Vorjahre. Aus dem Reingewinn werden 10 Proz. Dividende verteilt, der Aufsichtsrat erhält 93 336 M. Für 1904/05 wurde eine Dividende von 8 Proz. ausgeschüttet.

Fleischtrust. Eine neue Vereinigung der großen amerikanischen Fleischpackerfirmen ist, einer Meldung der „Sun" zufolge, in Chicago in der Bildung begriffen. Ihr Kapital wird auf 500 Millionen Dollar angegeben und Ogden Armour soll ihr Präsident werden. Sie wird die gesamte Fleischproduktion beherrschen. Der „Sun"-Korrespondent fügt hinzu, die Gründung würde durch die britische Holding Company erfolgen, die Eigentümerin der Aktien der verschiedenen Gründergesellschaften werde, wodurch die neue Gesellschaft unter den Schutz der britischen Gesetze komme und die trustfeindlichen amerikanischen Gesetze umgehe. Das beteiligte britische Kapital wird dem Vernehmen nach durch Thomas Lipton vertreten, der gegenwärtig in Chicago weilt.

Soziales.

Hausordnung für Dienstmädchen.

Vor einigen Monaten nahmen wir Gelegenheit, eine „Hausordnung" aus Bayern an den Pranger zu stellen. Heute sind wir in der Lage, aus Wilmersdorf bei Berlin eine „Hausordnung" für Dienstmädchen zu veröffentlichen. In der Küche einer Frau Wolff, Nachodstr. 16, prangt folgendes Plakat:

Halte Ordnung, übe sie, Ordnung spart Verdruß und Müh'.

Haus-Ordnung:

6	Uhr:	Aufstehen.
6—6½	„	Mädchenzimmer ordnen.
6½—7	„	Speisezimmer ordnen.
7—7½	„	Herren- und Wartezimmer ordnen.
7½	„	Herrschaft wecken.
7½—8	„	Korridor säubern und Kaffeetisch ordnen.
8—8½	„	Frühstücken, Betten auslegen.
8½—9	„	Tisch abräumen, Salon abstauben.
9—10½	„	Schlafzimmer ordnen sowie Hinterkorridor, Schrankzimmer, Badezimmer. Vorbereitung zum Kochen.
10½—11	„	Küche aufräumen, Geschirr wegspülen und Sachen einholen.
11—1	„	Kochen und Tischdecken.
1—2	„	Essen.
2—3½	„	Küche vollständig in Ordnung haben und Mülleimer entleeren.
3½—5	„	Sich ankleiden. Einkäufe für den anderen Tag.
5—7	„	Nähen, desgleichen Stiefel putzen.
7—8	„	Betten abdecken, Schlafzimmer ordnen und Tisch decken.
8—9	„	Essen abtragen, spülen, Holz und Kohlen heraufholen.
9—10	„	Ausruhende Selbstbeschäftigung.

Jeden Mittwoch nachmittag nach der Arbeit: frei für das Mädchen.

Jeden Samstag ist Putz-Tag.

Berlin d. 21/4. 1905.

gez. Frau Wolff.

Frau Wolff hat vergessen anzugeben, wann während der 15stündigen Arbeitszeit die Dienstmädchen ihres Leibes Notdurft verrichten können. Die Möglichkeit, daß derartige Arbeitsordnungen existieren, macht den Zusammenschluß der Dienstmädchen dringend erforderlich.

Die Gründung eines Bauunfallversicherungsverbandes sächsischer Städte ist nun endgültig vollzogen. In Dresden versammelten sich zahlreich die Vertreter sächsischer Städte und faßten entsprechend Beschluß. Die ständig gesteigerten Beiträge, die die Tiefbauberufsgenossenschaft erhebt und die festgestellte Tatsache, daß bei städtischen Bauten Unfälle seltener vorkommen als bei Privatbauten, hat bereits 120 größere deutsche Städte veranlaßt, aus der Berufsgenossenschaft auszutreten, und sie haben Selbstversicherung nach § 6 des Unfallversicherungsgesetzes eingeführt. In Leipzig und Chemnitz besteht die Selbstversicherung. Die in Dresden versammelten städtischen Vertreter genehmigten den von einer Kommission ausgearbeiteten Satzungsentwurf und beschlossen, daß alle Städte, die bis zum 15. November ihren Beitritt erklären, in dem Verband ohne weiteres Aufnahme finden. Freiberg wurde als Vorort gewählt und der dortige Rat zum Vorstand bestellt. Bis jetzt haben 66 sächsische Städte ihren Beitritt erklärt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 23. Oktober.
Anfang 7½ Uhr.

Opernhaus. Tristan und Isolde. Anf. 7 Uhr.
Neues Operntheater. Geschlossen.
Schauspielhaus. Hamlet, Prinz von Dänemark. Anf. 7 Uhr.
Deutsches. Das Wintermärchen.
Westen. Die Zauberflöte.
Anfang 8 Uhr.
Lessing. Hedda Gabler.
Lortzing. Undine.
Berliner. Sherlock Holmes.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Die Hoffnung auf Segen.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches-Theater). Die rote Robe.
Neues. Der bürgerliche Edelmann. Der Stammgast.
Komische Oper. Carmen.
Residenz. Triplepatte.
Lustspielhaus. Verwehte Spuren.
Zentral. Tausend und eine Nacht.
Kleines. Man kann nie wissen.
Deutsch-Amerikanisches. Im wilden Westen. Der Hauptmann von Köpenick.
Thalia. Wenn die Bombe platzt!
Luisen. Ein Volksfreund.
Bernhard Rose früher Carl Weiß. Berliner Kinder.
Trianon. Der Hausfeind.
Walhalla. Spezialitäten.
Apollo. Berlin im Omnibus. Spezialitäten.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Kasino. Alexander der Große.
Folies Caprice. Serenissimus August XXVI. — Das Modell. — Das Provinzmädel.
Wintergarten. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49. Theater 8 Uhr: Die Moselande und ihr Weinbau. Im Hörsaal: Der Stickstoff und seine Verbindungen.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62. Im Theatersaal 8 Uhr: Die Schwere der Erde.

Ferdinand Bonns
Berliner Theater.
Heute und folgende Tage:
Sherlock Holmes.
Anfang 8 Uhr.
Mittwoch nachm. 3 Uhr zu ermäß. Preisen: Der Widerspenst. Zähmung.

Neues Schauspielhaus
Freitag, den 26. Oktober, 8 Uhr:
Eröffnungs-Vorstellung.
Der Sturm.
Die für den 20. Oktober gelösten Eintrittskarten behalten ihre Gültigkeit für Freitag, den 26. Oktober. Die für Sonntag, den 21., gelösten Eintrittskarten behalten ihre Gültigkeit für Sonnabend, den 27. Oktober; eventuell können die bereits gelösten Eintrittskarten an den Vormittagen von 10—1 Uhr bis zum Mittwoch, den 24. Oktober, zurückgegeben werden.

Theater des Westens
Station Zoolog. Garten, Kantstr. 12.
Heute abend 7½ Uhr:
Die Zauberflöte.
Gutscheinhefte ungültig.
Mittwoch 7½ Uhr: Schützenliesel. Fritz Werner als Gast.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der bürgerliche Edelmann.
Der Stammgast.
Mittwoch, Donnerstag, Freitag: Die Hochzeit von Pozil.
Sonnabend zum ersten Male: Die Condottieri. Anfang ½8 Uhr.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
Man kann nie wissen.
Mittw. z. 102. Male: Ein idealer Gatte.
Donnerstag zum 103. Male: Ein idealer Gatte.
Freitag: Man kann nie wissen.

Komische Oper.
Heute abend 8 Uhr:
Carmen.
Mittwoch: Lakmé.
Donnerstag: Hoffmanns Erzählungen.

Lortzing-Theater
Bellealliancestr. 7/8.
Heute abend 7½ Uhr:
Zum 1. Male:
Undine. (Lortzingleier.)
Abonnements gültig.
Mittwoch: Zar und Zimmermann.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Der Hausfreund.
Anfang 8 Uhr.

Rixdorfer Theater
Bergstraße 147.
Mittwoch, den 24. Oktober:
Gedenkfeier für Henrik Ibsen.
Ein Volksfeind.
Schauspiel in 5 Akten v. Henrik Ibsen.
Anfang 8 Uhr.

Lustspielhaus.
Allabendlich 8 Uhr:
Verwehte Spuren.

Zentral-Theater.
(Operette). Täglich 8 Uhr:
Tausend und eine Nacht.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Ein Volksfeind.
Anfang 8 Uhr.
Mittwoch: Ein Volksfeind.
Donnerstag: Ein Kind des Glücks.
Freitag: Ein Wintermärchen.
Sonnabend 4 Uhr: Kindervorstellung: Hänsel und Gretel. Abends: Ein Wintermärchen.
Sonntag nachm.: Ein Wintermärchen. Abends: Ein Volksfeind.
Montag: Die Jungfrau von Orleans.

Deutsch-Amerikanisches
Theater. Jeden Abend 8 Uhr:
Wiederauftreten von Adolf Philipp:
Im wilden Westen
und
Herr „Hauptmann" von Köpenick.
Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise: Ueber'n großen Teich.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage Anf. 8 Uhr:
Triplepatte.
Schwank in 5 Akten n. Tristan Bernard und André Godfernaux.
Vicomte Robert de Houdan: Richard Alexander.
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Eine Hochzeitsnacht.

Metropol-Theater
Täglich 8 Uhr:
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 9 Bildern von Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Dirigent M. Roth.
In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
H. Bender, J. Giampietro, J. Josephi, Fritzi Massary, Phila Wolff.
Rauchen überall gestattet.
Sonntag, den 28. Oktober 1906, nachmittags 3 Uhr:
Ermäßigte Preise!
Auf in's Metropol!

Apollo-Theater.
Täglich:
Liane d'Eve
d. Original-Matschiche-Tänzerin.
Berlin im Omnibus
mit dem Omnibus-Trick und das große Spezialit.-Progr.
Sonntag, den 28. Oktober, nachm. 3½ Uhr: Große Familienvorstellung. Halbe Preise! Halbe Preise!

Bernhard Rose-Theater
früher Carl Weiß-Theater.
Große Frankfurterstr. 132.
Anfang 8 Uhr. Zum letzten Male:
Berliner Kinder.
Mittwoch zum 1. Male:
Ausgewiesen.
Soziales Volksstück in vier Akten von E. Böttcher.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Die schöne Ungarin.
Posse mit Gesang in 4 Akten.
Anf. 8 Uhr. Entree 30 bis 75 Pf.
Ehren- und Vorzugskarten gültig.
Mittwoch: Die Blutnochzeit.
Donnerstag: Große Extravorstellung.

Fröbels Allerlei-Theater.
Schönhauser Allee 148.
Gastspiel Bernhard Rose's Vorstädtisches Theater.
Mutterliebe.
Volksstück in 4 Akten.
Kassenöffnung 7 Uhr, Anfang 8 Uhr.
Billettvorverkauf: Krüger & Oberbeck, Kastanienallee 1. Rond. Handwerker, Schönh. Allee 153.

Kasino-Theater
Lothringerstr. 37. Täglich 8 Uhr
Nur noch bis 31. Oktober!
Alexander der Große.
1. November: Premierenabend.
Sonntag 4 Uhr: Madame Benivard.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Hoffnung auf Segen.
Schiffer-Drama in 4 Bildern von Hermann Heijermans jun.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Herrgottswarter.
Hierauf: **Zum Einsiedler.**
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Hasemanns Töchter.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die rote Robe.
Schauspiel in vier Akten von Eugen Brieux. Deutsch von Anne St. Cère.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Donna Diana.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die rote Robe.

Zirkus Schumann
Heute abend präzise 7½ Uhr:
Das anerkannt vorzügl. Sport-Progr. U. a.: Agube Gutzow, ausgezeichneter kaukasischer Steppenreiter.
Die einzig existierende größte Tiger-Gruppe.
Noch nie gesehene wilde Dressur vorgeführt von Mr. Henriksen.
Der urkomische Löwen-Baron
mit seinem dressierten Tierpark.
Die phänomenalen Luftgymnastiker Les Rixfords.
Auf der Pußta vorgeführt vom Dir. Schumann.
Mons. Fernand Guichenet, Oberbereiter Seiner Maj. des Zaren.
Die großartigen neuen Spezialitäten.
Um 10 Uhr: Ein Zum 11. Male:
Tag in Monte Carlo.
Große Ausstattungspantomime, arrangiert und auf das glänzendste inszeniert vom Dir. Alb. Schumann.

Wintergarten
Letzte Vorstellungen
des glänzenden und amüsanten Oktober-Programms.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse.
Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.
12 Attraktionen 12
U. a.:
John Jiket and Miß Jenny, sens. equil. Akt.
Robert und Bertram die Akrobatischen.
Die Loreley.
Posse von O. Stein.
Familienkarten, zum halben Kassenpreise gültig, in allen Barbier-, Friseur- u. Rasierrengeschäften gratis.

Passage-Theater.
Das Gastspiel
Josefine Dora
in der Komödie **„Rieke"**
mit dem Schlager
„Emil du bist eene Pflanze"
ist wegen des außerordentl. Erfolges und der täglich ausverkauften Häuser f. Oktober prolongiert. Außerdem:
14 neue Nummern.

Theater Folies Caprice.
Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
Serenissimus August XXVI.
Das Modell.
Das Provinzmädel.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachmittag bei bedeutend ermäßigt. Preisen:
Soll und Haben.
Nach dem Zapfenstreich.
Anfang 3 Uhr.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20.
Am Rosenthaler Tor.
Heute abend 8 Uhr:
Das humorist. Oktober-Programm.
Emmi Kröchert, Berlins popul. Soubrette.
Willy Prager, neue aktuelle Coupl.
Außerdem: 4 Debüts u. a.:
Royal Mitsuta's Jap. Leit.-Bal.
Filippos Wunderhunde.
Rauchen überall gestattet.

SANSSOUCI

Sanssouci. Kottbuser Straße 4a.
Direktion Wilhelm Reimer
Heute: Theater-Abend.
Zum 1. Male:
Die Waise von Lowood
Charakterbild n. Charlotte Birch-Pfeiffer.
Sonnt., Mont., Donnerst.: Nordd. Sänger und Tanzkränzchen.

Zirkus Busch.
Abends 7½ Uhr:
Monsieur Romeos: Staunen erregende Automobil-Experimente
Ueberfahren
mit einem 70 PS. Fiat-Automobil (Gew. 30 Zentner u. 4 Insassen.)
Die größte Tiger- und Löwengruppe.
Herr Ernst Schumann.
Zum 1. Male: Artillerie-Exerz.
Quadrille: 5 Erdteile.
Die 4 urkom. Gebr. Fratellini.
Aus der Pußta.
Orig.-Pantomime d. Zirk. Busch.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Heute im Theater 8 Uhr:
Die Moselande und ihr Weinbau.
Im Hörsaal 8 Uhr:
Der Stickstoff und seine Verbindungen.
Im Theatersaal Invalidenstr. 57/62, abends 8 Uhr:
Die Schwere der Erde.

Zoologischer Garten
Täglich ab nachmittags 4 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M., v. 5 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Stets erstklassige Riesenspielfolge.
Nach der Vorstellung: Gr. Tanz.
Tanzleitung: E. Sachse.
Anf. Sonntag 5, Donnerstag 8 Uhr.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger
Anfang Wochentags 8, Sonntags 7 Uhr.

Colosseum
Dresdenerstr. 97.
Das brillante
Oktober-Programm.
Spezialitäten und
Volks-Kabarett

Buggenhagen
Moritzplatz.
Jeden Dienstag:
Gustav Gottschalk-Konzert
Solisten-Abend
unter Mitwirkung des Opernsängers Irnerio di Maria.
Im Kaisersaale:
Schramm-Jeschecks
Possen- u. Spezialit.-Ensemble.

Gustav Behrens Theater,
Berlin O., Frankfurter Allee 85.
Kolossaler Erfolg
des sensationellen neuen
Oktober-Programms.
22 Nummern.
Anfang 7½ Uhr. Sonntags 5½ Uhr.

Welt-Ausstellungs-Biograph- (St. Louis)
Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormitäten-Progr.
Verbindung mit größter Film-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
Den ganzen Tag Vorstellung.
Otto Pritzkow, Münzstr. 18.

Achtung! Vereine!
Habe noch an Sonnabenden und Sonntagen im November sowie Weihnachtsfeiertag Säle zu vergeben. 20440*
H. Ebert, Neues Klubhaus, 72, Kommandantenstr. 72.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Stralauer Viertel. Bezirk 167.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Tischler, Genosse
Karl Westphahl
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Lazarus-Kirchhofes in Wilhelmsberg aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zentral-Verband der Töpfer Deutschlands.
Filiale Berlin.
Nachruf.
Am Mittwoch, den 17. d. Mts., verstarb unser Kollege
Heinrich Fischer.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Stukkateure.
Todes-Anzeige.
Am Sonnabend, den 20. Oktober, verstarb nach längerem Krankenlager an der Proletarierkrankheit, unser Mitglied
Stanislaus Kobierski
im 55. Lebensjahre. Derselbe war ein langjähriges, treues Mitglied, welcher die Interessen seiner Berufsorganisation stets zu wahren suchte.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 3 Uhr, vom Sterbehause, Thaerstr. 12, III, aus nach dem Zentral-Friedhof in Friedrichsfelde statt. 181/18
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung Berlin des Zentralverbandes der Stukkateure Deutschlands.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Am 19. Oktober verstarb unser Mitglied
Wilhelm Wilde
im Alter von 48 Jahren an Magenkrebs.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 23. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobi-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
148/1 Der Vorstand.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands
(Zahlstelle Berlin.)
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied
Wilhelm Schönrock
am Sonnabend, den 20. Oktober, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 23. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Dankes-Kirchhofes, Reinickendorf-West, aus statt.
Um rege Beteiligung bittet
188/2 Die Ortsverwaltung.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters
Albert Gollmitz
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere den Genossen des 595. Bezirks des sozialdemokratischen Wahlvereins des VI. Berliner Reichstags-Wahlkreises unseren herzlichsten Dank.
Witwe Henriette Gollmitz nebst Kindern.

Danksagung.
Für die vielen Beweise innigster Teilnahme bei der Beerdigung meines Mannes
Julius Loewe
sage ich allen Freunden, insbesondere dem Wahlverein, den Genossen des 18. Bezirks sowie den zahlreich erschienenen Frauen meinen herzlichsten Dank.
Witwe Loewe.

Stenographie Stolze-Schrey!
Gelegenheit z. gründl. Erlernung ist jed. Teilnehm. geboten! Kursus beginnt Freitag, ab 7 Uhr, b. Grupe, Annenstr. 16.

Danksagung.
Wir sagen allen Teilnehmern bei der Beerdigung unserer guten Mutter
Amalie Schostag
sowie dem Gesangverein „Norddeutsche Schleife" unseren herzlichsten Dank.
Die Hinterbliebenen.
August, Hermann, Karl, Anna, Gustav und Paul Schostag. 27302

Danksagung.
Für die zahlreiche Beteiligung und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und unseres guten Vaters sagen wir allen Freunden und Bekannten, dem Chef und den Kollegen der Firma Bohn u. Co. sowie dem Ortsverein der Tischler Berlins, dem Lotterieverein „Endlich Glück" und den Laubenkolonisten unseren herzlichsten Dank.
Die trauernde Witwe
Marie Winkler
nebst Kindern. 27312

Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.

A. B. Koch,
Kohlen-Groß-Handlung
Berlin O. 34, Brombergerstr. 15.
Preise für nur Ia Marken ab Platz von 10 Ztr. an: (23302*
Prima Ia Halbsteine (bekannte Marken) . . pr. Ztr. 85 Pf.
„ Ia Diamant (110 bis 120 Stck.) . . . . 90 Pf.
„ Ia Ilse u. Rkw. . . 95 Pf.
„ Ia Anthrazit Cadé . 2,10 M.
Koks, Steinkohlen usw. zu den billigsten Tagespreisen. Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Ztr. 10—15 Pf. mehr. — Bei Original-Waggons und größeren Abschlüssen verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

Nach beendeter Engros-Saison
Einzel-Verkauf in
Pelz-Waren
zu Engros-Preisen in nur frischer garantiert fehlerfreier Ware in jeder Preislage im Engros-Geschäft
Gegründet 1864.
Prenzlauerstr. 49
parterre.

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradehaltern, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Liefer. f. Orts- u. Hilfs-Krankenkassen
Berlin C., 24552*
30. Linien-Straße 30.
Alle Bruchbänder mit elastischen Pelotten, angenehm u. weich am Körper

---

Spezial-Möbel-Halle Harry Goldschmidt
59 Moritzplatz 59
Ecke Stallschreiberstraße.
Nicht zu vergleichen mit Abzahlungs-Geschäften, welche Garderobe usw. führen.
Extra-Abteilung
verliehen gewesener Möbel.
Wöchentliche oder monatliche
Teilzahlung gestattet!

Englischen Unterricht (Uebersetzungen), französischen, deutschen Unterricht erteilt
G. Swienty-Liebknecht.
Schöneberg, Sedanstr. 57 III.

Steppdecken
billigst direkt in der Fabrik
72. Wallstr. 72
wo auch alte Steppdecken aufgearbeitet werden. Bernhard Strohmandel, Berlin Ks. Illustr. Katalog gratis.

Oswald Scholz, Rixdorf, Bergstraße 141.
Krawatten, Handschuhe, Wäsche, Regenschirme, Spazierstöcke.
Schirmreparaturen und Bezüge.

Künstl. Zähne
Plombieren, Nervtöten u. schmerzloses Zahnziehen.
W. Kallmann, amerik. Dentist.
Berlin O., Rosenthalerstr. 4 I, a. Tor.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Zimmer 34, Amt 4, 3353. Verwaltungsstelle Berlin Engel-Ufer 15. Hauptbureau: Zimmer 1—5, Amt 4, 9679.

Mittwoch, den 24. Oktober 1906, abends 8 Uhr, im großen Saale von **Buggenhagen**, Moritzplatz, Oranienstr. 147:

Versammlung

aller in der **Gold- und Silberwaren-Industrie** beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung: 1. **Bericht über die Verhandlung mit den Arbeitgebern.** 2. Diskussion. 154/19

Kollegen und Kolleginnen! Da in dieser Versammlung die Antwort der Arbeitgeber mitgeteilt wird und Sie dazu Stellung nehmen sollen, so ist es Pflicht eines jeden von Ihnen, in die Versammlung zu kommen.

Donnerstag, den 25. Oktober, abends 8 Uhr:

Allgemeine Versammlung

der

Metallarbeiter und -Arbeiterinnen Spandaus und Umgegend

im Saale von Köpnick, Pichelsdorferstraße 39.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Grunwald** über: „Kapital und Arbeit". 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Parteigenossen! Achtung!

Der deutsche Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Berlin, macht hierdurch bekannt, daß seine arbeitslosen Mitglieder an dem Zahlabend ihre Mitgliedschaft dadurch ausweisen, indem sie ihre Arbeitslosenkarte vorzeigen. Auf dieser Karte ist die Abstempelung durch Datum ersichtlich.

154/20 **Die Ortsverwaltung.**

Fachverein der Tischler

Berlins und Umgegend.

Donnerstag, den 25. Oktober, abends 8 Uhr, bei Jölz, Köpenickerstraße 137—138:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht sämtlicher Funktionäre. 2. Diskussion über den Mannheimer Parteitag. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. 186/13*

Mitgliedsbuch legitimiert.

Pünktlichen und zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Zahnärztliche Klinik
Belle-Alliancestr. 106 I.
Schmerzl. Zahnziehen unentgeltlich.
Bei künstl. Zähnen, Plomben etc. werden nur die **Anslagen vergütet.** Geöffnet v. 9—6 Uhr. **Sonntags 10—12 Uhr.** *

Zentral-Pfandleihe
Heinrichsplatz 1
Ecke Oranien-Straße.
Täglicher Verkauf
verfallener Pfänder, bestehend in:
Betten, Teppichen, Uhren, Ketten, Ringen, Herren- und Damen-Garderoben.
Spezialität:
Gute getrag. Herren-Garderoben
in jeder Weite. [26102*
Verdienst nur Zinsenberechnung.

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung liefere elegante fertige [2466L*
Herren-Garderobe
— Ersatz für Maß. —
Anfertigung nach Maß. Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
Schneidermeister,
Große Frankfurterstraße 97, II,
Eingang Straußberger Platz. *

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon **Anzug** *od.* **Paletot** *nach* **Maß,** *schick, dauerh. Zutaten, von* **20 Mark** *an.* **Moritz Laband,** *Oranienburger Strasse 4, I.*

Sozialdemokrat. Wahlverein Berlin VI
5., 6. u. 7. Abt. d. Wahlvereins Berlin V

III. Landtags-Wahlkreis.

Donnerstag, den 25. Oktober cr., abends 8½ Uhr:

Geschlossene Mitglieder-Versammlung

in den „Germania-Prachtsälen" (unterer Saal), Chausseestr. 103.

Tages-Ordnung:

1. **Die Nachwahl zum preußischen Landtage.**

Referent: Reichstags-Abgeordneter Genosse **Georg Ledebour.**

2. Diskussion. 3. Aufstellung eines Kandidaten für die Wahl zum Haus der Abgeordneten. 264/11*

Eintritt nur nach Vorzeigung der Mitgliedsbuches. **Die Vorstände.**

Ortskrankenkasse der Strumpfwirker.

Donnerstag, den 1. November, abends 8½ Uhr, bei Feind, Weinstraße 11:

Außerordentliche

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Beschlußfassung über die Auflösung der Kasse und Uebertritt zur Ortskrankenkasse der Weber und verwandten Gewerbe. 277/1

Um pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersucht **Der Vorstand.**

Zentral-Verband der Glasarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Mittwoch, den 24. Oktober 1906, abends 8 Uhr, bei Boeker, Weberstraße 17:

Mitglieder-Versammlung

sämtlicher Branchen.

Tages-Ordnung:
1. Aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Referent: Arbeitersekretär Genosse **E. Brückner.** 2. Vorstands- und Kassenbericht. 3. Verschiedenes. 74/8 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Portefeuiller! Achtung!

und Ledergalanterie-Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. — Zahlstelle Berlin.

Mittwoch, den 24. Oktober, abends 8½ Uhr, im Lokale von Graumann, Naunynstr. 27:

Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Ortsverwaltung, des Kassierers und der Agitationskommission. 2. Antrag der Kollegen **Koniarsky** und **Jaßlauck:** Erhebung eines Lokalbeitrages für die Zahlstelle Berlin. 3. Ersatzwahl der Ortsverwaltung und Agitationskommission. Bericht der Fünferkommission. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Der hochwichtigen Tagesordnung wegen werden die Kollegen ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Vereine! Maßregelung. Achtung! Gewerkschaften!

Der Gastwirt Peters, Wiclefstr. 24, hat ohne Grund Mitglieder aus dem **Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands** (Ortsverw. Berlin) ausgesperrt. Peters hat sich sogar die Aeußerung erlaubt, der Leiter der Kapelle solle aus dem Verbande austreten, dann könne er bleiben.

Wir bitten die Genossen beim Abschluß von Musikgeschäften sich an den **Arbeitsnachweis Wilke, Brunnenstr. 188** zu wenden.

50/3* **Der Vorstand.**

Der Kenner
der sich den Genuß von frischem Speise-Leinöl verschaffen will, sollte niemals versäumen, bei Einkauf desselben ausdrücklich zu verlangen
M. Krügers Speise-Leinöl
und auf nebenstehend abgebildete, gesetzlich geschützte
Leinöl-Flaschen mit Etikett „Spreewälderin"
zu achten; denn
M. Krügers Speise-Leinöl ist das beste
täglich frisch und garantiert rein.
Dasselbe ist in allen besseren Kolonialwaren- und Vorkost-Geschäften zu haben.
Engros-Lager: Berlin SO., Skalitzerstraße 105.

Freie Vereinigung der Maurer Deutschlands.

Ortsverein Berlin.

Bureau: C. 54, Steinstr. 38, 1. Etage. — Fernsprecher: Amt III, 3100.

Mittwoch, den 24. Oktober 1906, abends 8½ Uhr, im **Gesellschaftshaus Berliner Musiker,** Kaiser Wilhelmstr. 18a:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung des Kassierers vom 3. Quartal 1906 und Revisionsbericht. 2. Wahl eines zweiten Vorsitzenden und eines Revisors. 3. Wichtige Vereinsangelegenheiten. 130/11*

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Vollzähliges Erscheinen erwartet **Der Vorstand.**

Arbeitervertreter-Verein Berlin.

Einladung zur Versammlung

am Donnerstag, den 25. Oktober, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal III).

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. **Leibholz: Traumatische Neurose als Folge bei Unfallverletzten.**
2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 53/12

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung werden die Schiedsgerichts-Beisitzer ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Die Versammlungen finden jeden 4. Donnerstag im Monat statt.

Der Vorstand.

J. A.: **Bernh. Jost,** Vorsitzender, Fürstenwalderstr. 8. **Ad. Stumpe,** Kassierer.

Reichel's echt ungarischer Wacholder-Extrakt Marke **„Medico"**
ein rein natürliches u. heilkräftiges, seit Jahrhunderten glänzend bewährtes Hausmittel, mit **wunderbarem Erfolge** wirkend, speziell gegen **Rheumatismus, Gicht, Hämorrhoiden, Magenschwäche, Beschwerden der Wechseljahre, Frauenleiden, Asthma,** ist schleimlösend auf Brust u. Lunge und **reinigt das Blut in der vollkommensten Weise.** Beruhigt seiner ableitenden, die Hautausdünstung fördernden, harntreibenden u. Unreinigkeiten ausscheidenden Eigenschaften leistet er bei Blasen- u. Nierenleiden bekanntlich unschätzbare Dienste und wirkt, die Natur unterstützend, **auf alle Teile des Organismus in wohltätiger Weise ein. Niemals lose, garantiert rein u. unverfälscht nur in Flaschen mit Marke „Medico" à 75 Pf., M. 1.50, u. 2.50** zu beziehen durch
Otto Reichel, Berlin SO. 43, Eisenbahnstr. 4. F.-Anschlüsse IV. 4751, 4752, 4753.
Wo in den Drogerien u. Apotheken nicht erhältl., Zusdg. hier frei Haus.
Man verlange ausdrücklich Marke „Medico" und nehme keinesfalls andere Füllungen.

Eine Mark
wöchentliche **Teilzahlung** liefere
elegante fertige Herrenmoden
Bestellungen nach **Maß,** tadellose Ausführung **i. eigener Werkstatt.**
Spezial-Geschäft für
Herren-Bekleidung.
Kein Waren-Kredithaus.
J. Kurzberg
An der Jannowitzbrücke 1, I.
Bahnhof Jannowitzbrücke.

Räume
passend f. Burreauzwecke, billig z. verm.
Dragonerstr. 15.

2307L*
Sofastoffe
Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle-Plüsch-**Reste!** **Mocquetts.** Satteltaschen.
Muster b. näh. Angabe franko.
Emil Lefèvre, **Berlin,** Oranienstr. 158.

Achtung! Zentralverband der Maurer Deutschlands Achtung!

Zweigverein Berlin.

Mittwoch, den 24. Oktober, abends 8½ Uhr, finden

Sechs außerordentliche General-Versammlungen

aller zum Zweigverein Berlin gehörigen Zahlstellen und Sektionen statt, und zwar in folgenden Lokalen:

Für **Westen, Schöneberg, Wilmersdorf, Schmargendorf, Friedenau, Steglitz, Groß-Lichterfelde** und **Zehlendorf**
bei Obst, Schöneberg, Meiningerstr. 8.

Für **Südwesten, Süden, Südosten, Rixdorf, Tempelhof, Mariendorf** und **Marienfelde**
in Fausfouri, Kottbuserstraße 4a.

Für **Osten** I und II, **Friedrichsberg, Friedrichsfelde, Johannisthal** und **Ober-Schöneweide**
in den Prachtsälen des Ostens, Frankfurter Allee 151/152.

Für **Nordosten, Norden I, Weißensee** und **Pankow**
in den Berolina-Festsälen, Schönhauser Allee 28.

Für **Norden II, Oranienburger Vorstadt, Wedding, Moabit, Tegel** und **Reinickendorf**
in den Germania-Sälen, Chausseestraße 103.

Für **Charlottenburg**
im Volkshaus, großer Saal, Rosinenstraße 3.

Die Tagesordnung dieser Versammlungen ist eine einheitliche und lautet:

1. **Die kulturelle Bedeutung der Verkürzung der Arbeitszeit.** 2. **Die auf große Aussperrungen gerichteten Pläne der Unternehmerverbände.** Referenten sind die Kollegen: **Effänge, Korter, Küttmann, Merkel, Muta** und **K. Silberschmidt.**

Werte Kollegen! Obige Tagesordnung ist derartig wichtiger Natur, daß keiner der Versammlung fern bleiben darf. Denn gerade der zweite Punkt der Tagesordnung — **wo die Taktik der Unternehmerverbände besprochen wird** — sollte es schon jedem Kollegen zur Pflicht machen, in diesen hochwichtigen Versammlungen zu erscheinen. Wir erwarten daher vollzähliges und pünktliches Erscheinen und weisen besonders darauf hin, daß die Versammlungen durchaus **pünktlich** eröffnet werden.

Also, Kollegen, alle Mann auf dem Posten!

Auf allen **Bauten** Berlins und der Umgegend muß am Mittwoch, den 24. Oktober, die Parole ausgegeben werden:

147/10* **Verbandskollegen, auf zur Versammlung!** Der Zweigvereinsvorstand. J. A.: Emil Thöns.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Auf zur Stadtverordnetenwahl!

Die Stadtverordnetenwahl im 8. Wahlbezirk findet heute — Dienstag, 23. Oktober — statt. Wahlkandidat der Sozialdemokratie ist

Bildhauer Paul Dupont, Solmsstraße 33.

Der 8. Kommunalwahlbezirk gehört zum zweiten Reichstagswahlkreis, bildet einen Teil der Tempelhofer Vorstadt und umfaßt die Stadtbezirke 67—74. Er ist wegen seiner Größe in drei Teile (Abstimmungsbezirke) zerlegt worden, die jeder ihr besonderes Wahllokal haben.

Der 1. Teil enthält die Stadtbezirke 67 und 70, nämlich: Gneisenaustraße 22—34 und 81—92, Mariendorferstraße ganz, Mittenwalderstraße 13—22 und 41—49, Nostizstraße 12—25 und 37 bis 49, Solmsstraße 17—27 und 30—40, Zossenerstraße 7—15, 20 bis 21, 37—45. Wahllokal des 1. Teils: Mittenwalderstraße 15 bei König.

Der 2. Teil enthält die Stadtbezirke 68, 69, 71, nämlich: Barutherstraße 1—22, Fürbringerstraße 1—17 und 20—36, Gneisenaustraße 2—21 und 93—115, Mittenwalderstraße 1—12 und 50—62, Nostizstraße 1—11 und 50—63, Solmsstraße 1—16 und 41—52, Zossenerstraße 1—6 und 46—55. Wahllokal des 2. Teils: Solmsstraße 48 bei Schubert.

Der 3. Teil enthält die Stadtbezirke 72, 73, 74, nämlich: Alexandrinenstraße von Waterloobrücke bis Planufer, Blücherplatz 3, Blücherstraße 1—24 und 61—69, Bärwaldstraße 1—11 und 63—69, Geibelstraße ganz, Johannistisch ganz, Johanniterstraße 1 bis 20, Planufer 1—74, Straße 14B, Tempelherrenstraße 1—12 und 15—24, Urbanhafen, Urbanstraße 185—188, Waterlooufer ganz, Wilmsstraße ganz, Zossenerstraße 56—60. Wahllokal des 3. Teils: Blücherstraße 61 bei Thiem.

Wahlberechtigt

ist jeder, der in der Wählerliste steht. Die Wählerliste ist aufgestellt worden in der ersten Hälfte des Juli 1906. In der Wählerliste steht jeder, der zu diesem Zeitpunkt mindestens 24 Jahre alt war, die Staatsangehörigkeit in Preußen hatte, seit mindestens einem Jahr in Berlin wohnte, eine eigene Wohnung hatte oder als Chambregarnist galt, im letzten Jahre nicht aus öffentlichen Mitteln unterstützt worden war. Wer nur zu einem Einkommen von 660 bis 900 Mark eingeschätzt und demgemäß zu 4 Mark Steuer veranlagt ist, ist wahlberechtigt, obwohl diese Steuer nicht von ihm bezahlt wird.

An der Wahl nehmen diejenigen Wähler noch teil, die bis Juli 1906 im 8. Wahlbezirk gewohnt haben, aber dann aus ihm weggezogen sind. Auch diese Wähler dürfen es nicht unterlassen, heute von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen, und zwar ungemahnt. Es ist schwer, am Wahltage auch sie noch aufzusuchen und sie an ihre Pflicht zu erinnern. Regelmäßig fügt es sich so, daß zwischen der Aufstellung der Wählerliste und dem vom Magistrat festgesetzten Wahltermin ein großer Umzug liegt. Da sind es dann besonders Wähler der Arbeiterklasse, die durch Wohnungswechsel ihrem Wahlbezirk entzogen werden. Auf die Säumigkeit der weggezogenen Wähler der Arbeiterklasse setzt der Freisinn bei allen Wahlen seine Hoffnung. Möge sie ihm diesmal gründlich vereitelt werden.

Den Wählern hat der Magistrat die üblichen Legitimationskarten übersandt. Gültig sind auch andere Legitimationen, z. B. Steuerquittung, Militärpapiere, Mietskontrakt; doch wird durch Vorweisung der amtlichen Legitimation eine raschere Erledigung des Wahlaktes erreicht. Es ist möglich, daß nicht alle Wähler die amtliche Legitimation erhalten haben; namentlich solchen Wählern, die inzwischen aus dem Wahlbezirk weggezogen sind, wird sie nicht immer zugestellt worden sein. Da muß dann natürlich für eigene Legitimationspapiere, wie oben angeführt, Sorge getragen werden.

Die Wahlzeit

ist die übliche, von morgens 10 Uhr bis 8 Uhr abends. Doch empfiehlt es sich, den Gang zum Wahllokal nicht bis zum letzten Augenblick hinauszuschieben. Jeder gehe so zeitig wie möglich. Unseren im Wahlbezirk tätigen Genossen wird es dadurch erspart, in letzter Stunde noch hunderte säumiger Wähler heranzuholen. Das Wahllokal wird übrigens Punkt 8 Uhr geschlossen. Wählen darf dann nur noch, wer bereits im Lokal ist.

Wie unsere Gegner arbeiten.

Dem Wahlkandidaten der Sozialdemokratie, unserem Genossen Bildhauer Paul Dupont, hat der Freisinn den Herrn Emil Huff entgegengestellt. Der Mann ist Fabrikant und Kaufmann, glücklicher Besitzer dreier Häuser, bewährtes Mitglied zweier Hausbesitzervereine. Die Hausbesitzer, die ja die Kerntruppe des Berliner Stadtfreisinns sind, haben für ihn still und unauffällig, aber mit Eifer agitiert. Sie glauben, in der Stadtverordnetenversammlung noch immer nicht genug ihrer Sorte zu haben.

Das „liberale Wahlkomitee“ hat es erst am Vorabend der Wahl, am Montagabend, gewagt, den von einem ganz kleinen Konventikel aufgestellten Herrn Emil Huff einer öffentlichen Versammlung vorzustellen. Was der Liberalismus den Wählern vorzuerzählen für gut hält, das hat das Wahlkomitee einem Flugblatt anvertraut. Da wird geredet — wir lasen's mit Staunen — von „sozialen Aufgaben“, von „sozialer und liberaler Anschauung und Gesinnung“. Wie wenn der Berliner Kommunalliberalismus je eine „soziale Anschauung“ betätigt hätte, je „soziale Aufgaben“ anerkannt hätte! „Großes und Herrliches ist,“ so prahlt das Flugblatt, „durch das Berliner Bürgertum geschaffen. Größeres und Herrlicheres soll geschaffen werden! Die Einrichtungen Berlins für die Armen-, Kranken- und Irrenpflege stehen einzig da und erregen selbst die Aufmerksamkeit fremder Staaten. Gemeindeschulen, Fortbildungsschulen, Handwerkerschulen, technische Bildungsinstitute der vielfältigsten Art bezeugen die große Fürsorge des Bürgertums für die Jugend, die werdenden Arbeiter und Bürger.“ So bramarbasiert der Berliner Freisinn. „Einzig steht da“ die Dreistigkeit, mit der hier der Liberalismus die Leistungen Berlins als musterhaft preist, wiewohl alle Welt weiß, daß unsere Kommune leider auf keinem Gebiete eine führende Stellung einnimmt.

Das Flugblatt erzählt weiter, trotz „solcher Taten“ verschließe das liberale Bürgertum Berlins sich doch nicht „den Forderungen der Zeit“: Hebung und Besserung der Arbeitsverhältnisse, der Löhne und Gehälter der städtischen Arbeiter, Beamten und Lehrer; Verbesserung der Fürsorge in den Kranken- und Genesungsheimen, Schaffung eines städtischen Gesundheitsamtes; Ueberführung der Straßenbahnen und Elektrizitätswerke in die städtische Verwaltung; eine gerechte und gesunde städtische Steuerpolitik. Aber wie stimmt denn zu diesen faustdick aufgetragenen Versprechungen die Haltung, die der Liberalismus gegenüber all diesen „Forderungen der Zeit“ im Stadtparlament eingenommen hat? Uebrigens lassen selbst im Flugblatt die viel versprechenden Liberalen sogleich den Pferdefuß herausgucken, indem sie zetern: „Die Sozialdemokraten haben es leicht, immer neue Forderungen an die Stadt zu erheben. Die Liberalen denken also auch an diejenigen, welche für alle jene uferlosen Forderungen mit erhöhten Steuern in Anspruch genommen werden. Die Liberalen wollen Sparsamkeit in der Stadt und Schonung derjenigen, die Steuern bezahlen, im Gegensatz zu denjenigen, die keine Steuern zahlen.“ Ei gewiß, die Sozialdemokraten „zahlen keine Steuern“, darum erheben sie „uferlose Forderungen“. Gegen sie muß der Liberalismus die Geldsäcke der gutsituierten Bürger, vornehmlich der Hausbesitzer, schützen und beschirmen, indem er im Rathause die „Forderungen der Zeit“ — ablehnt.

Für den freisinnig-hausagrarischen Kandidaten Huff hat, wie wir schon meldeten, auch der „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“ kräftig gearbeitet. Die eine Zuschrift, die wir am Sonntag veröffentlichten, hat dem „Reichsverband“ noch nicht genügt. In einer zweiten Zuschrift ruft er aufs neue alle bürgerlichen Wähler zur einmütigen Unterstützung des liberalen Kandidaten auf. Er mahnt: „Gegenüber der stetig wachsenden sozialdemokratischen Gefahr müssen in der Stunde der Entscheidung alle trennenden Momente bei den Angehörigen der verschiedenen bürgerlichen Parteien zurücktreten; nur die Uneinigkeit des Bürgertums hat es zuwege gebracht, daß die Sozialdemokratie eine derartig bedrohliche Bedeutung gewinnen konnte. Ein Sieg des liberalen Kandidaten in unserem Wahlbezirk am 23. Oktober würde geeignet sein, das Bürgertum zu neuen Erfolgen im Kampfe gegen die Sozialdemokratie anzuspornen, nicht nur bei den Gemeindewahlen, sondern auch bei den allgemeinen Wahlen zum Reichstage“. Die sozialdemokratischen Wähler des 8. Wahlbezirks sollten sich den letzten Satz genau überdenken; die Bedeutung dieser Ersatzwahl reicht in der Tat weit hinaus über die engen Grenzen des einen Bezirks. Uebrigens war diesem zweiten Schreiben des Reichsverbandes ein Flugblatt beigelegt, das in bekannter Manier warnt: „Wählt keinen Sozialdemokraten“. Da wird erzählt, die Sozialdemokratie wolle das Eigentum rauben, Ehe und Familie beseitigen, die Religion ausrotten, das Königtum abschaffen usw. usw. Alles Mögliche und Unmögliche steht in dem Wisch — und kein einziges Wort über Stadtverwaltung und Stadtverordnetenwahl.

Dem Freisinn, der aus eigener Kraft in den Wahlbezirken dritter Abteilung nichts mehr zu erreichen vermag, ist die anrüchige Bundesgenossenschaft des „Reichsverbandes“ sehr willkommen. Auch diesem zweiten Schreiben war wieder ein Stimmzettel beigelegt, der vom liberalen Wahlkomitee (i. A.: Matthes und Perls) unterzeichnet war. Vom „Reichsverband“ will der Freisinn sich alle nichtsozialdemokratischen Wähler zuführen lassen, die Mittelstandsleute, die Beamtenschaft, die Reste der konservativ-antisemitischen Bürgerpartei, die ihm übrigens schon früher bei Stadtverordnetenwahlen Handlangerdienste geleistet hat. Wenn keine Wahlen in Aussicht sind, schimpfen die freisinnigen Maulhelden vom Schlage des Herrn Perls auf diese Bevölkerungsschicht. Wenn Wahlen kommen, ist sie immer noch gut genug dazu, ihnen den Karren aus dem Dreck ziehen zu helfen.

Genossen! Seid heute auf der Hut!

Die Wählerschaft aus der werktätigen Bevölkerung, die allein von der Sozialdemokratie eine Besserung der kommunalen Zustände Berlins erwartet, wird heute auf dem Posten sein müssen, wenn der Wahlbezirk im Besitz der Sozialdemokratie bleiben und Bildhauer Paul Dupont gewählt werden soll. Für den Wahlkandidaten der Sozialdemokratie,

Bildhauer Paul Dupont, Solmsstraße 33,

muß jeder Wähler stimmen, der Einspruch erheben will gegen die Mißwirtschaft des Berliner Kommunalfreisinns.

* * *

Alle Parteigenossen, die am heutigen Wahltage Hülfe leisten wollen, auch diejenigen, welche sich bereits gemeldet haben, werden ersucht, sich um 9 Uhr in dem Zentralbureau einzufinden.

Seidel, Mittenwalderstr. 16 (Zentrale).
Scholz, Zossenerstr. 1.
Hilgert, Urbanstr. 7.

Das Wahlresultat wird in den heutigen Zahlabenden des 2. Wahlkreises bekannt gegeben.

Der Vorstand.

Partei-Angelegenheiten.

Zum heutigen Extra-Zahlabend

sei darauf aufmerksam gemacht, daß vollzähliges Erscheinen der Wahlvereinsmitglieder dringendes Erfordernis ist, soll die aufzunehmende Statistik über die gewerkschaftliche Zugehörigkeit der Mitglieder und über andere wichtige Fragen Anspruch auf Zuverlässigkeit haben. Alle Mitglieder müssen zum guten Gelingen dieser mühevollen aber verdienstlichen Arbeit beitragen. Insbesondere wollen die Mitglieder, die beim letzten Umzug aus ihrem Bezirk verzogen sind, aber im neuen Bezirk noch keine Einladung zum Zahlabend erhalten haben, sich auch ohne Einladung im neuen Bezirkslokale heute abend einfinden. Wem dies neue Lokal nicht bekannt sein dürfte und wem es durchaus nicht gelingt, dies durch Erfragen im Bezirk zu erfahren, der tut gut, sich noch im alten Bezirk zur Aufnahme in die Statistik zu melden.

Wiederholt sei darauf hingewiesen, daß der Extrazahlabend auch in den Vororten abgehalten wird.

Das Protokoll vom Parteitage zu Mannheim gelangt heute abend zum Preise von 10 Pf. zur Ausgabe.

Der Aktionsausschuß.

Zur Lokalliste! Folgende Lokale stehen uns zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung: In Zehlendorf, Kreis Teltow-Beeskow: Wilh. Miecks Gesellschaftshaus, Karlstr. 12; in Neu-Zittau: Waldschlößchen, Inh. C. Schulz, Gosenerstraße. Bitte auszuschneiden und der Lokalliste beizufügen.

Am Freitag, den 26. d. M. veranstaltet der Ausschuß zur Veranstaltung von Volksaufführungen in der Philharmonie ein Konzert. Da man bei derartigen Veranstaltungen hauptsächlich mit dem Vertrieb der Billetts in Arbeiterkreisen rechnet, verweisen wir auf den Beschluß der Parteigenossen Groß-Berlins, wonach die Philharmonie für die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Arbeiterschaft auch für den persönlichen Verkehr gesperrt ist.

Auf Ersuchen des Arbeiter-Raucherbundes teilen wir mit, daß der in Nummer 220 genannte Rauchklub „Zur goldenen Sonne“, welcher in dem gesperrten Lokal „Charlottenburger Kasino“ am 22. September sein Stiftungsfest abgehalten hat, auf Grund dieser Tatsache aus dem Arbeiter-Raucherbund ausgeschlossen worden ist.

Die Lokalkommission.

3. Landtagswahlkreis

bestehend aus dem 6. Reichstagswahlkreis und der 5., 6. und 7. Abteilung des 5. Kreises. Am Donnerstag, den 25. d. M., geschlossene Mitgliederversammlung in den Germaniasälen, Chausseestraße 103: Aufstellung eines Kandidaten zur bevorstehenden Nachwahl zum preußischen Abgeordnetenhaus. Vorher: Vortrag des Genossen Ledebour. Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches. Die Vorstände.

Treptow-Baumschulenweg. Heute abend 8½ Uhr findet eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse F. Zubeil über „Deutschlands äußere und innere Politik und sein Panama“ sprechen wird. Die Parteigenossen sind verpflichtet, in dieser Versammlung zu erscheinen und etwaige Bekannte und Nachbarn mitzubringen. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Der Vorstand.

Johannisthal. Den Genossen zur Kenntnis, daß am 23. Oktober im „Lindenhof“ die Generalversammlung des Wahlvereins stattfindet. Es ist Pflicht der Genossen anwesend zu sein und die Mitgliedsbücher der Gewerkschaft, ebenso die Quittungen des „Vorwärts“ mitzubringen. Der Vorstand.

Friedenau. Heute abend ½9 Uhr: Mitgliederversammlung bei Grube, Kaiser-Allee 85. Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Bericht vom Parteitag. 3. Aufnahme der Statistik. Die Parteigenossen werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen und die Mitgliedsbücher der politischen und gewerkschaftlichen Organisation, sowie die „Vorwärts“- resp. Zeitungsquittung mitzubringen. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Der Vorstand.

Zehlendorf. Heute findet der Extra-Zahlabend behufs Aufnahme der Statistik für den I., II. und III. Bezirk im Lokal von Benno Mickley, Potsdamerstr. 25, für den IV. Bezirk (Schlachtensee) im Lokal von Aug. Rüter, Schlachtensee, Eitel Fritzstr. 12, statt. Parteigenossen! Seid alle zur Stelle und helft durch vollzähliges Erscheinen die so notwendige Arbeit der Aufnahme der Statistik glatt und lückenlos durchführen! Kein Genosse darf fehlen! Als Ausweise sind mitzubringen Wahlvereinsbuch, Mitgliedsbuch der gewerkschaftlichen Organisation, sowie die letzte Monatsquittung vom „Vorwärts“. Der Vorstand.

Tempelhof. Heute Dienstag, den 23. Oktober, abends 8½ Uhr, findet die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Tempelhof bei M. Müller, Berlinerstr. 41/42, statt. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag. Referent: Genosse Wollermann. 2. Diskussion. 3. Bericht des Vorstandes. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 5. Vereinsangelegenheiten.

Nach der Versammlung findet die Aufnahme der Statistik statt und haben hierzu die Mitglieder ihre Verbandsbücher mitzubringen. In Anbetracht der Wichtigkeit dieser Aufnahme ist es Ehrenpflicht aller Mitglieder zu erscheinen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Ueber die Elektrisierung der Stadtbahn hat sich der Minister der öffentlichen Arbeiten einem Mitarbeiter des „Berl. Tageblatt“ gegenüber sehr ausweichend geäußert. Wohl bedürften die jetzigen Zustände auf der Stadtbahn dringend einer Nachhülfe und Aenderung, ob diese Besserung aber durch die elektrische Umgestaltung der Berliner Stadtbahn in hohem Maße erreicht würde, sei sehr zu prüfen. Um die hohen Kosten — mehr als 100 Millionen Mark — außerdem die lange Zeit, die die Umwandlung bedürfe, wobei nicht zu vergessen sei, daß die elektrisch betriebene Stadtbahn von etwas Neuem überholt sein könne und endlich der Umstand, daß bei einer solchen Umwandlung der Verkehr um nur höchstens 30 Prozent gesteigert werden könne, alles das gäbe doch sehr zu denken. Er gebe zu, daß Berlin als Dreimillionenstadt eine Ausnahme darstelle und als Ausnahme auch behandelt werden müsse. Gerade darum lasse er sich auch die Förderung seines Vorortverkehrs besonders angelegen sein. Ein Schritt auf diesem Wege ist der neue Winterfahrplan, der eine große Reihe neuer Vorortzüge aufweist. Er habe sich dabei bemüht, möglichst auf die Bedürfnisse des Verkehrs zu den verschiedensten Tagesstunden einzugehen. Dadurch sei den Bewohnern der Vororte mehr gedient, als durch Ermäßigung der Tarife.(!)“

Ueber seine bekannte ablehnende Stellung gegenüber dem Bestreben einer großen Anzahl von preußischen Vorortgemeinden auf Einrichtung des Vorortverkehrs erklärte der Minister:

„Ich bin deswegen viel angegriffen worden. Es ist aber der Weg, den ich allein gehen kann. Die kleinen Vorortgemeinden in den verschiedenen Teilen des Staates können nicht das verlangen, was ich aus den vorhin geschilderten Gründen Berlin gewähren muß und will. Meine Antwort sollte nicht etwa als ein indirekter Wink an den Berliner Magistrat aufgefaßt werden. Ich bin lediglich der Ueberzeugung, daß die Aufgaben des Vorort- und Lokalverkehrs im allgemeinen von der Privatinitiative rascher und glücklicher gelöst werden können als von der Staatsbahnverwaltung, die sich den Weg für die allgemeineren Fragen des Verkehrs offen halten muß. Ich habe früher vier Jahre in der Nähe Berlins gewirkt und weiß, daß hier, wie schon erwähnt, besondere Umstände mitsprechen. Ich habe aber auch in preußischen mittleren Großstädten gelebt und durch die Praxis erfahren, daß gerade Straßenbahnen in städtischer Verwaltung dem Vorortverkehr sehr günstig dienen! Mehr kann ich leider nicht sagen. Ich versichere, daß ich nicht nur die Frage der Stadtbahnelektrisierung, sondern alle Berliner Verkehrsfragen mit größtem Interesse verfolge.“

Diese Auslassungen bestätigen von neuem, daß der Eisenbahnminister ein Gegner der Tarifherabsetzungen im Berliner Vorortverkehr ist, obwohl gerade diese Frage eine eminente Wichtigkeit beanspruchen darf. Die Entwickelung der Vororte hat dahin geführt, daß sie, wenn auch kommunalpolitisch selbständig, mit Berlin doch eine wirtschaftliche Einheit bilden. Dem muß auch der Staat Rechnung tragen. Schon allein im Hinblick auf die Wohnungsfrage, die in Berlin für die minder- und unbemittelte Bevölkerung immer ungünstiger wird, ist eine Tarifreform dringend erforderlich. Der Hinweis auf Privatinitiative auf diesem Gebiete ist gänzlich verfehlt. Der Staat darf die Lösung dieser wichtigen Verkehrsfragen nicht dem Privatkapital überlassen, sondern muß selbst tatkräftig eingreifen.

Die Berliner Straßenreinigung. Aus Kreisen der Gemeindearbeiter wird uns geschrieben: Dieser Tage ist ein Verwaltungsbericht des Magistrats zu Berlin für das Etatsjahr 1905 über das Straßenreinigungswesen erschienen. Da sich kürzlich die Deputation für das Straßenreinigungswesen mit der Reorganisation dieses großen kommunalen Betriebes beschäftigte und unter anderem auch die Lohnfrage in einer den städtischen Arbeitern recht wenig zusagenden Weise „regelte“, so wollen wir uns diesen Verwaltungsbericht etwas genauer ansehen. Im allgemeinen Teil wird gesagt, daß die Deputation für das Straßenreinigungswesen aus vier Stadträten und acht Stadtverordneten besteht; von diesen acht Stadtverordneten hat es am Dienstag nur einer verstanden, für eine Lohnerhöhung der betreffenden Arbeiter zu stimmen. Das freundliche Wohlwollen der anderen sieben, das sich hier und da dem Zuckerwasserverein der Straßenreiniger gegenüber kundgibt, reichte nicht aus, um für eine materielle Verbesserung der Straßenreiniger zu wirken. Dieser hurrapatriotische Lokalverein der Straßenreiniger hat unseres Wissens, um den im Gemeindearbeiterverband organisierten Kollegen um eine Nasenlänge zu schlagen, eine Eingabe um Erhöhung des Anfangslohnes auf 4 M. eingereicht, einer Antwort wurde dieser gehätschelte Klub der harmlosen Straßenreiniger aber nicht gewürdigt. Wie aus dem Bericht des „Vorwärts“ zu ersehen, wird die Deputation den Etat in einer später stattfindenden Sitzung endgültig feststellen, nachdem die Direktion der Straßenreinigung ihre Reformpläne ausreichend finanziert habe. Wir wollen sehen, ob die Mehrheit der Verwaltungsdeputation und späterhin der Magistrat wirklich den Mut haben, über die geradezu bescheidenen Forderungen — Herr Kirschner wird gütigst gestatten — zur Tagesordnung überzugehen. An dem Verwaltungsbericht ist ferner noch die Mitteilung interessant, daß an Löhnung für das Personal 1905 2 457 624 M. zur Verfügung standen, aber nur 2 402 585,10 M. ausgegeben, somit auf Kosten der Arbeiter 55 038,90 Mark gespart wurden. Wir sagen auf Kosten der Arbeiter. Diese Behauptung wird beweiskräftig dargetan, wenn wir weiter bemerken, daß sich die Zahl der Erkrankungen um 124 vermehrt haben, somit auf 1225 stiegen, und an Stelle der erkrankten Arbeiter erst nach einiger Zeit gesunde Kräfte zur Aushülfe eingestellt werden, die arbeitenden Mannschaften also ein größeres Arbeitspensum bewältigen müssen. Dann kommt noch hinzu, daß im Berichtsjahre sich das Arbeitsgebiet um rund 245 000 Quadratmeter vergrößert hat. Die erfolgten Neueinstellungen sind ungenügend; die an-

bewiesenen Ersparnisse sind also auf Kosten der menschlichen Arbeitskraft erzielt worden. Es bleibt immer noch als eine bedauerliche Tatsache bestehen, daß die Stadt zirka 500 Arbeitsburschen im Alter von 15 bis 18 Jahren beschäftigt. Diese jungen Leute müssen tatsächlich dieselbe physische Arbeit wie die erwachsenen Arbeiter verrichten und erhalten trotzdem einen weit geringeren Lohn wie diese. Man kann es oft genug beobachten, wie sich diese jungen Burschen mit den 10 bis 15 Pfund schweren Besen abplagen müssen. Im übrigen glauben wir, daß die von der Direktion geplante Reform der Straßenreinigung in den Kreisen der „zufriedenen", besser bezahlten Elemente mit gemischten Gefühlen aufgenommen werden wird. Zu wünschen wäre noch, daß den Aufsehern seitens der Verwaltung der Spielraum etwas eingeengt wird. Denn was in einer kürzlich abgehaltenen und stark besuchten Versammlung der Straßenreiniger bezüglich der Handlungsweise dieser Beamten mitgeteilt wurde, müßte den Magistrat veranlassen, einmal nach dem Rechten zu sehen. Den Beamten müßte streng verboten werden, Arbeiter für Privatarbeiten und eventuell in städtische Dienste stehende Fuhrwerke für Zwecke zu benutzen, die von der Deputation nicht vorgesehen sind.

Verlegung von sechs Straßenbahnlinien. Die Straßenbahn ist wegen Bauarbeiten genötigt, sechs ihrer Linien zum Teil abzulenken. Die Oberleitungsanlage in der Turmstraße an der Ecke der Stromstraße wird ausgewechselt und der geänderten Kreuzungsanlage entsprechend verändert. In den Nächten zwischen Dienstag, den 23. und Freitag, den 26. Oktober, finden deshalb folgende Ablenkungen statt: Linie 6 von 1.14 Uhr ab Gotzkowskystraße, von 12.20 Uhr ab Küstriner Platz und 12.30 Uhr ab Spittelmarkt in beiden Richtungen nicht durch die Rathenower- und Turmstraße, sondern durch Alt-Moabit, die Beussel- und Turmstraße nach der Gotzkowskystraße; Linie 7, von 12.08 Uhr ab, Herthastraße, fahren die Wagen nicht mehr bis zur Bremerstraße, sondern durch die Straße Alt-Moabit bis zur Beusselstraße; Linie 9, der letzte Wagen 12.45 Uhr, ab Schlesischer Bahnhof, fährt nicht durch die Rathenower- und Thurmstraße, sondern durch Alt-Moabit bis zur Gotzkowskystraße. Linie 11, von 1.07 Uhr ab Wiebestraße, und von 12.30 Uhr ab Görlitzer Bahnhof, in beiden Richtungen nicht durch die Rathenower- und Turmstraße, sondern durch die Straße Alt-Moabit, die Beusselstraße bis zur Huttenstraße; Linie 15, der letzte Wagen 12.05 Uhr ab Rixdorf Ringbahnhof, fährt nicht bis zur Birkenstraße, sondern durch die Straße Alt-Moabit und die Beusselstraße bis zur Huttenstraße; Linie 19, der letzte Wagen 12.16 Uhr ab Schlesisches Tor, fährt nicht durch die Rathenower-, Birken- und Stromstraße, sondern durch Alt-Moabit und Beusselstraße bis zur Huttenstraße.

Schlafzustand. Ein jetzt fast 45jähriger Magistratsbeamter A. in Wilmersdorf fiel am 10. Juni 1904 beim Aussteigen aus der Straßenbahn auf den Hinterkopf. Seit dem 20. Juni 1904 schläft der Mann ununterbrochen. Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Eulenburg macht in der „Med. Klinik" jetzt über den Fall folgende Mitteilungen: A., der aus einer zu Nervenkrankheiten veranlagten Familie stammt, war in den letzten Jahren vor dem Unfall körperlich und seelisch stark heruntergekommen. Der Unfall hatte nur eine geringe Anschwellung am Hinterkopf, aber deutliche Erscheinungen einer Gehirnerschütterung und bald darauf Schlafzustand zur Folge. Als A. drei Stunden nach dem Unfall den Besuch seines Hausarztes erhielt, war er noch bei Bewußtsein; später aber schlief er, während der Arzt noch mit ihm sprach, fortwährend ein, und seit dem 20. Juni 1904 befindet er sich dauernd in dem seltsamen Zustande. — „Der Patient liegt auf dem Rücken in seinem Bett, den Kopf leicht nach der rechten Seite gedreht, die Stirn wie bei einem finster Grübelnden in Falten gezogen. Die Gliedmaßen gehorchen willenlos jeder Einwirkung von außen. Die Hautempfindlichkeit erscheint an der ganzen Körperoberfläche vollständig erloschen; tiefe Nadelstiche lösen nicht die geringste Empfindlichkeit aus. Das gleiche, wie für schmerzerweckende Hautreize, gilt dem Anschein nach auch für jede Reizung der Sinnesorgane durch intensive Schallreize, grelles Licht, starke unangenehme und stechende Gerüche. Der Kranke kommt keiner Aufforderung nach, gibt kein Bedürfnis irgendwelcher Art zu erkennen, auch kein Verlangen nach Speise oder Trank. Er wird in regelmäßigen Abständen gefüttert; er kaut die verabreichten Speisen langsam, nachdem er sie gleichsam tastend mit den Lippen ergriffen hat, und schluckt sie, ohne sich zu verschlucken. Nicht einmal hat A. während dieser ganzen Zeit die Augen aufgeschlagen, nicht eine Silbe gesprochen, nicht die leiseste Reaktion auf äußere Eindrücke von sich gegeben." — Anscheinend handelt es sich um eine in eigenartiger Weise beschränkte und krankhaft veränderte Tätigkeit gewisser Hirnteile, um eine „zentrale Willenshemmung", die unter dem Einflusse der seelischen Verstimmung und des Unfalls zugleich entstanden ist. Professor Eulenburg hält die Möglichkeit eines plötzlichen „Erwachens" nicht für ausgeschlossen.

Die Tragödie eines Brautpaares ruft in dem Oranienburger Stadtviertel allgemeines Aufsehen hervor. Schon seit längerer Zeit war die 23jährige Buchhalterin Paula Lindow aus der Schlegelstraße 12 mit einem Techniker verlobt. In wenigen Tagen sollte die Hochzeit gefeiert werden, und das Heim für das junge Paar war bereits eingerichtet. Da erkrankte kürzlich der Bräutigam an einem Herzleiden und starb nach 14 Tagen. Aufopfernd hatte die Braut den Geliebten gepflegt und sie war nicht von seinem Krankenlager gewichen. Ueber den Tod des Verlobten war das junge Mädchen untröstlich. Wenn es der Unglücklichen nicht vergönnt sein sollte, an der Seite des Geliebten zu leben, so wollte sie wenigstens im Tode mit ihm vereint sein. Am Sonnabend früh verschwand sie plötzlich aus der elterlichen Wohnung und stürzte sich am Holsteinischen Ufer in die Spree. Gestern wurde ihre Leiche aus dem Wasser gelandet. Die Tote wird nun neben dem Grabe ihres Bräutigams die letzte Ruhestätte finden.

Zu dem Unfall in der Bergmannschen Fabrik, über den wir in der Freitagsnummer unseres Blattes berichteten, werden uns nachträglich noch folgende Mitteilungen gemacht: Der Unfall ereignete sich in der Schleiferei, einem kleinen, engen Raume. Die Schleiferei besitzt keinen eigenen Antrieb und auch keine eigene Ausrückvorrichtung, so daß die Stillsetzung der Maschine erst von einem andern Saal aus geschehen kann. Von den Arbeitern dieser Abteilung ist schon öfters auf die mangelhafte Einrichtung dieser Abteilung hingewiesen worden, leider vergebens. Es ist auch gar nicht zu verwundern, daß keine Abhülfe geschah. Die Leitung dieser Abteilung gehört nämlich zum Machtbereich des Obermeisters Ehrke, der mit tödlicher Sicherheit jeden ermittelt, der es wagt, an den hier herrschenden Zuständen Kritik zu üben, und der „verdienten" Strafe der Entlassung aus dem Betriebe anheimfallen läßt. Wie kann sich auch jemand erfrechen, wider die Herrschaft dieses Allgewaltigen, „des Tüchtigsten des Werkes" zu löcken! Bei einem solchen Auftreten ist es nur natürlich, daß diese Abteilung zu einem Taubenschlag geworden ist, und kein Arbeiter, der auf Menschenwürde hält, hält es in dieser Abteilung lange aus. Es ist daher bei den mangelhaften Einrichtungen und dem großen Wechsel im Betriebe gar kein Wunder, wenn täglich eine größere Anzahl Arbeiter anfangen und wieder aufhören. Aber die Firma Bergmann muß ja am besten wissen, welche Stütze sie an Herrn Ehrke hat.

Aus dem Polizeiarrest. In vergangener Nacht, so schreibt man der „Germania", wurden die Beamten des in der Fröbelstraße belegenen Polizeiarrests in nicht geringe Aufregung versetzt. In der ersten Mitternachtsstunde waren aus dem Verwahrsam von den daselbst internierten Arrestanten sechs ausgebrochen und durch den Klosettkanal gegangen, dessen Vernagelung sie mit Gewalt erbrochen hatten; zwei waren in dem Kanal stecken geblieben und mußten erst mit Hülfe von Hausdienern befreit werden. — Gegen 3 Uhr morgens fanden dann die Nachtaufseher einen Arrestanten beim Absuchen des Gebäudes im Klosett IV der 2. Abteilung tot vor dem Kloakeneingange vor. Er war, wie sich später herausstellte, erstickt, und der herbeigerufene Arzt konnte nur noch den Tod des betreffenden, der übrigens heute dem Richter vorgeführt werden sollte, konstatieren. Von den übrigen Entsprungenen fehlt jede Spur.

Durch drei Revolverschüsse versuchte sich ein unbekannter Selbstmordkandidat in der Jungfernheide zu töten. Spaziergänger fanden gestern im Jagen 19 den Lebensmüden mit durchschossener Schläfe bewußtlos auf. Der Unbekannte ist etwa 50 Jahre alt, zirka 1,75 Meter groß, hat dunkelblondes Haar, ebensolchen Schnurrbart und Vorderglatze. Bekleidet war er mit karriertem Rockanzug, Chemisett ohne Schlips, großem Schlapphut und Schnürstiefeln. In dem Portemonnaie befanden sich 31,80 Mark. In hoffnungslosem Zustande wurde der Lebensmüde nach der Charité gebracht.

In der Schönholzer Heide hat ein unbekannter jugendlicher Selbstmörder seinem Leben ein Ende bereitet. Er erhängte sich mit dem Taschentuch an einem Baume. Der Lebensmüde dürfte etwa 23 Jahre alt gewesen sein und hat seiner Kleidung nach den besseren Ständen angehört.

Unter den Rädern eines Mörtelwagens zermalmt. Große Entrüstung rief am Sonnabendabend in der Kaiser Allee ein Unglücksfall hervor, bei dem ein Knabe sein junges Leben einbüßte. An der Ecke der Meierottostraße wollte der 9jährige Sohn Fritz des Kaufmanns Neumann, Meierottostr. 6 wohnhaft, den Fahrdamm überschreiten und wurde dabei von einem in rasender Fahrt befindlichen Mörtelwagen umgerissen und überfahren. Der bedauernswerte Knabe wurde fast völlig zermalmt und starb kurz darauf. Als der Kutscher sah, welches Unheil er durch sein tolles Fahren angerichtet hatte, schlug er wild auf die Pferde los und suchte sein Heil in der Flucht. Er wurde jedoch durch ein vorüberkommendes Automobil verfolgt und schließlich auch gestellt.

In das Walzwerk geraten. Ein schrecklicher Unglücksfall hat sich am Sonntagabend auf dem Rummelplatz an der Koloniestraße zugetragen. Auf einem dortigen Karussel hatte der Arbeitsbursche Heinrich Leßmann, Koloniestr. 38 wohnhaft, an dem Walzwerk, durch das die Rundbewegung herbeigeführt wird, mitgeholfen. Während sich nun das Karussel in vollster Fahrt befand, geriet L. mit dem rechten Arm plötzlich in die Walzen hinein und wurde mit dem ganzen Körper nachgezogen. Mit zerbrochenen Gliedern wurde der Unglückliche aus seiner furchtbaren Lage hervorgeholt und nach dem Lazarus-Krankenhause gebracht.

Einbruch im Kampffmeyerschen Verlag. In den Bureauräumen der beiden Zeitungen „Schuh und Leder" und „Häute und Leder", die sich in dem Hause Rathausstr. 1, Berlin C., befinden, wurde gestern früh ein Einbruch entdeckt. Eine Reihe von Pulten war aufgebrochen und durchwühlt, anscheinend um Reserveschlüssel zum Geldschrank zu suchen. Als das vergeblich war, hatte man versucht, den Tresor aufzubrechen. Der äußere Mantel der Stirnwand war aufgestemmt, die Schlösser freigelegt und die Knebel abgebrochen. An den Scharnieren hatte man Stichflammen zum Schmelzen angewandt. Aber der Arnheim war stärker als die Kunst der Diebe. Als Abschiedsgruß hatte der Besuch, wahrscheinlich zur Demonstrierung der vergeblichen Arbeit, einen Topf mit Kleeblatt und Glückspilz oben auf den Geldschrank gestellt. Zerbrochenes Handwerkszeug, das der Einbrecher hinterließ, nahm die Kriminalpolizei an sich.

Beim Wasserschöpfen in die Spree gestürzt ist die Schiffersfrau Zenker, deren Mann mit seinem Fahrzeuge zur Aufnahme von Fracht auf der Spree bei Spandau angelegt hatte. Frau Z. wollte zur Reinigung der Kabine Wasser aus der Spree schöpfen, befestigte zu diesem Zwecke den Eimer an einem Strick und warf das Gefäß, indem sie sich mit dem Oberkörper über Bord beugte, in das Wasser. Hierbei verlor die Frau das Gleichgewicht und stürzte kopfüber in die Fluten. Unglücklicherweise war die etwa 40jährige Schiffersfrau unter dieIlle geraten, wodurch die von ihrem Manne und dem Personal sofort unternommenen Rettungsversuche wesentlich erschwert wurden. Erst nach längerem Bemühen konnte der Körper der Z. gelandet werden, doch erwiesen sich die sofort unternommenen Wiederbelebungsversuche erfolglos.

Zwei größere Betriebsstörungen sind am Sonntag in dem Unterleitungsverkehr der Großen Berliner Straßenbahn entstanden. Gegen 3/4 7 Uhr abends war am Schloßplatz bei einem Wagen der Linie 17 der Stromabnehmer von der Führungsschiene heruntergefallen und klemmte sich derartig in der Rille fest, daß er nicht wieder hochgehoben werden konnte. Es mußten Schlosser herbeibeordert werden, die den Pflug entfernten. Hierdurch wurde der Straßenbahnverkehr für die Dauer von zwei Stunden in der Richtung nach dem Alexanderplatz gesperrt und mußten die Wagen durch die Breitestraße über den Molkenmarkt abgeleitet werden. — Die zweite Störung entstand zu derselben Zeit am Potsdamer Platz, woselbst sich der Stromabnehmer eines Wagens der Linie 14 festgeklemmt hatte. Für die Dauer der zirka eine viertelstunde währenden Störung mußten die Wagen der Linien 1, 7, 14, 15, 23, 51, 52, 56 und 57 durch die Leipziger-, Charlotten-, Zimmer- und Prinz Albrechtstraße abgeleitet werden.

Zum Kassenraub in Köpenick ist heute zu melden, daß trotz aller vermeintlichen Spuren, die auf den falschen Hauptmann deuten, noch keine bis zur Stunde sich als richtig erwiesen hat. Aus Köpenick selbst kommt die Meldung, daß Bürgermeister Langerhans seine Amtsniederlegung rückgängig macht. Nachdem am Sonnabend die außerordentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, wie wir meldeten, einmütig ein Vertrauensvotum für den Bürgermeister beschlossen hatte, fuhr der Stadtv.-Vorsteher Anderson noch in später Abendstunde nach Berlin, um Dr. Langerhans, der bei seinem Bruder, dem Landgerichtsrat Wilhelm Langerhans, Parisersstr. 1, weilte, den Beschluß mitzuteilen. Auf die Frage des Vorstehers erklärte sich Dr. Langerhans bereit, bei einer Wiederwahl sein Amt wieder anzunehmen. Die Wiederwahl wird zweifellos in der Stadtverordnetenversammlung am nächsten Dienstag erfolgen. — Eine Kundgebung der Bürgerschaft Köpenicks für den Bürgermeister fand am Sonntagnachmittag in den überfüllten Räumen des Stadttheaters statt. Folgende Erklärung fand einstimmige Annahme: Die in den Gesamträumen des Stadttheaters versammelten Bürger der Stadt Köpenick haben mit tiefem Bedauern von der Amtsniederlegung ihres hochverehrten Bürgermeisters Dr. Langerhans Kenntnis genommen und sprechen Herrn Dr. Langerhans, der sich in seiner bisherigen Amtstätigkeit das vollste Vertrauen und die weiteste Achtung und Anerkennung seiner Bürgerschaft erworben hat, die herzliche Bitte aus, trotz der bedauernswerten Vorgänge und trotz aller Anfeindungen der letzten Tage treu zu seiner Stadt zu stehen und seines Amtes nach wie vor zu walten. Die Bürgerschaft ist der Meinung, daß nur bei einem ferneren Zusammenarbeiten der Kommune mit ihrem bisherigen Bürgermeister eine weitere segensreiche Entwickelung ihrer Stadt zu erwarten ist und gibt Herrn Bürgermeister Dr. Langerhans die feste Versicherung, auch in Zukunft wie bisher fest und treu und unentwegt zu ihm zu stehen."

Außerdem wollen die Köpenicker ihrem Bürgermeister sogar einen Fackelzug bringen. Das scheint uns denn doch ein lächerliches Beginnen. Man mag über die Haltung des Bürgermeisters in der Affäre denken wie man will, ihm aber noch einen Fackelzug zu bringen und so das Vorgefallene noch zu verherrlichen, dazu liegt denn doch gewiß kein Anlaß vor.

Bis Schluß unseres Blattes läuft der falsche Hauptmann noch frei umher. Die Polizei sucht!

Schwere Brandwunden erlitt Sonntagabend um 7 Uhr der Arbeiter Karl Hohmann bei einem Brande, der im vierten Stock des Quergebäudes Junkerstr. 15 ausgekommen war. Hausbewohner bemerkten die Flammen und den Rauch. Sie benachrichtigten die Polizei und die Feuerwehr. Letztere drang sofort bis an den Brandherd vor und fand Hohmann bewußtlos im Bett liegend. Mit Sauerstoff wurde er wieder ins Bewußtsein zurückgerufen. Samariter legten ihm Verbände an. Auf Veranlassung des Brandmeisters Dümer wurde Hohmann nach dem Krankenhause am Urban geschafft. Er hatte Brandwunden im Gesicht und an den Händen erlitten und wäre sicher verbrannt worden, wenn die Feuerwehr etwas später eingetroffen wäre. Die Flammen hatten schon die Betten, Möbel, Kleider, Tür u. a. ergriffen, wodurch Polizei und Hausbewohner abgehalten wurden, in das Zimmer einzudringen.

Gleichzeitig brannten Hornstr. 13 Kisten, Brennholz u. a. Heute früh hatte der 8. Zug längere Zeit auf dem Görlitzer Bahnhof zu tun, wo Preßkohlen brannten. Um den Brand zu löschen, mußte tüchtig Wasser gegeben werden. Ferner mußten noch Brände in der Schönhauser Allee 112, Anhalter Bahnhof, Pallasstr. 17, Elsasserstr. 26, Mirbachstr. 64 und an anderen Stellen gelöscht werden.

Von ihrem tobsüchtigen Manne angeschossen wurde gestern nacht die Frau des Grünkramhändlers Georg Gringer aus der Putbuserstraße 42. Der 31 Jahre alte Mann hatte bereits in seinem Bette gelegen. Plötzlich sprang er, von einem Wutanfall gepackt, auf, rannte wie ein Tobsüchtiger im Zimmer umher und hielt schließlich seinen geladenen Revolver der Frau gegen das Gesicht. Als sie Hilfe rief, drückte er ab. Die Kugel drang der Unglücklichen in den rechten Oberarm, den sie zum Schutz vor das Gesicht gehalten hatte. Wohnungsnachbarn gelang es dann, die Frau zu befreien und den Wüterich der Polizei zu übergeben, der nach einer Irrenanstalt gebracht wurde. Er hat schon mehrfach Tobsuchtsanfälle gehabt.

Sportpark Steglitz. Die Rennen am letzten Sonntag brachten der Bahn wieder einmal einen Massenbesuch und kam die Direktion wohl auf ihre Kosten; nicht so die Fahrer, die unter allerlei Ungemach zu leiden hatten, so daß die ganze so viel verheißende Veranstaltung stark an Interesse eingebüßt hat. Am bedauerlichsten ist der Unfall des Franzosen Guignard, der ein Renntempo vorlegte, wie es bisher noch nicht in Steglitz gefahren wurde und der die Rekorde von 5, 10 und 20 Kilometer um ein erhebliches verbesserte. Als er nun gegen seinen gefährlichsten Gegner, Robl, zum Angriff vorging und diesem nach fast fünf Kilometer andauerndem Kampfe in bedrohlicher Weise zu nahe kam, ereignete sich ein Sturz, der den Franzosen kampfunfähig machte. Durch Anfahren an seinen Motor rutschte der Fahrer den Zement hinunter und erlitt schmerzhafte Hautabschürfungen des ganzen Beines, so daß er mit der Bahre fortgetragen werden mußte. Der Sieg schien nun an Robl zu fallen, der bis dahin Zweiter gewesen. Demke hatte schon zu Beginn des Rennens Motorschaden und kam nie recht in Frage, somit lag das ganze Rennen zwischen Dickentmann und Robl. Auch der Holländer hatte anfänglich schon stark an Boden eingebüßt, kam aber später schön in Schwung und als zum Ueberfluß Robl das Rad und dann auch die Führung wechselt, nimmt er beim 50. Kilometer die Spitze. — Aber auch Dickentmann kann sich nicht lange behaupten, sein Motor setzt aus und ehe Ersatz zur Stelle und er wieder im Rennen ist, hat er seinen Vorsprung eingebüßt und Robl ist Erster. So geht das Rennen durch mehrere Kilometer weiter; der Holländer holt langsam auf und kann Robl passieren. Das Stundenergebnis ist: Robl 83,890, Dickentmann 83,460, Demke 66,110 Kilometer. Letzterer gibt nun auf, nachdem er des öfteren ohne Führung gewesen. — Da richtet sich zum allgemeinen Erstaunen auch Robl auf und verläßt seine Führung; die Menge pfeift und johlt — der Liebling von gestern wird heute ausgepfiffen —, als ob die Fahrer keine Menschen wären! Dickentmann gelangt aufs neue an die Spitze und das Ergebnis des 100 Kilometer-Herausforderungs-Rennens ist: 1. Dickentmann in 1 Std. 11 Min. 46 1/5 Sek.; 2. Robl, 2100 Meter zurück. — Diesem Rennen vorauf ging ein Halbstundenrennen, das in schöner Fahrweise von Schipke mit 41,950 Kilometer gegen Mauß (38,790) und Rosenlöcher (38,880) gewonnen wurde.

Sportpark Treptow. Auch die kleine Bahn im Südosten hatte sich eines guten Besuches zu erfreuen, standen sich doch hier die drei besten Treptower Fahrer: Przyrembel, Schulze und Stellbrink gegenüber, von denen der erstere das 50 Kilometer-Fahren in 41 Minuten 11 2/5 Sekunden gewann. Schulze 1560 Meter und Stellbrink 2480 Meter zurück. Letzterer hatte bis zum 11. Kilometer die Spitze, blieb aber durch den Bruch der Lenkstange und mehrmaligen Radwechsel über 9 Runden zurück, von denen er bis zum Schluß zwei wieder aufholen konnte. — Einige Fliegerrennen vervollständigten das Programm. Im Hauptfahren für Klasse III siegte Commans vor Pawke, Witzleb und Mühlbach. Das Vorgabefahren über 600 Meter brachte Vierck an sich, gefolgt von Rottnick, Hoffmann und Horch.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Aeußerst stürmisch verlief eine am Donnerstagabend von der Deutschen Mittelstandsvereinigung, Ortsgruppe Schöneberg, nach dem „Lindenpark" einberufene öffentliche Versammlung. Eine Anzahl unserer Genossen waren erschienen, um die Referate des konservativen Landtagsabgeordneten Hammer und des Herrn Dr. Böhm anzuhören. Beide Redner erblickten ihre Hauptaufgabe darin, die Sozialdemokratie nach besten Kräften zu bekämpfen. Herr Dr. Böhm behauptete unter anderem, daß die Teuerung vom Arbeiter viel weniger empfunden werde als vom Mittelstande. Unser Genosse Küter ging in einhalbstündiger Rede auf die Ausführungen der Referenten ein und brachte scharf den Standpunkt der Sozialdemokratie zur Geltung. Die Aeußerung Hammers, der die Aenderung der Geschäftsordnung des Reichstages fast als etwas Selbstverständliches betrachtet, da „die Sozialdemokraten zuviel reden", nagelte Küter gebührend fest. Auch die weitere Diskussion, an der sich hervorragend die Liberalen beteiligten, verlief höchst spannend und für die „Mittelständler" wenig glücklich. Zum Schluß wurde gegen den Willen der Versammlungsleitung eine vom liberalen Stadtv. Zobel eingebrachte Resolution unter großem Jubel der Liberalen angenommen, in welcher unter anderem verlangt wird, daß der Stadtv. Kunze zur Niederlegung seines Mandats veranlaßt werde. — Die Versammlungsleitung war ihrer Aufgabe absolut nicht gewachsen, es ging infolgedessen oftmals sehr stürmisch her. Man setzte willkürlich die Redezeit fest und hinderte sogar in einem Falle unseren Genossen Böhm, der das Wort erhalten hatte und schon sprach, am Weiterreden, weil der Vorsitzende „etwas vergessen hatte". Alles in allem: Die Mittelstandsvereinler werden nach derartigen „Erfolgen" nicht mehr allzuviel Sehnsucht haben!

Eine Umgestaltung der Bahnanlagen am Schöneberger Ringbahnhof wird gegenwärtig vorgenommen. Zu beiden Seiten des Bahnhofes werden hohe Mauern aufgeführt, um einerseits eine Verbreiterung des Gleiskörpers und andererseits eine Verbesserung des Bahnsteiges zu ermöglichen. Nach Fertigstellung dieser Arbeiten wird mit der Verbreiterung der Sedanbrücke begonnen werden.

Die Neuwahlen der Delegierten der Schöneberger Ortskrankenkasse sind noch in diesem Monat vorzunehmen und zwar für die Arbeitnehmer am Freitag, den 26. Oktober, von 5—9 Uhr nachmittags und für die Arbeitgeber am Montag, den 29. Oktober, von 5—8 Uhr nachmittags. Das Wahllokal befindet sich im Bureau der Ortskrankenkasse, Grunewaldstr. 42. — Die Mitgliederzahl der Kasse betrug am 1. Oktober d. J. 19 931; es sind daher zu wählen seitens der Arbeitnehmer 100 Delegierte und 50 Stellvertreter und seitens der Arbeitgeber 48 Delegierte und 24 Stellvertreter. Die Wahlperiode der neugewählten Vertreter beginnt am 1. Januar 1907.

Zehlendorf.

Schon wieder einmal hatten sich in der Sache „Fürstenhof-Boykott" fünf Genossen vor dem Groß-Lichterfelder Schöffengericht zu verantworten. Die Anklage lautete ursprünglich auf Belästigung, Verkehrsstörung usw. Durch die ungünstigen Erfahrungen in letzter Zeit ist die Anklage aber — nachdem der Termin im letzten Augenblick vertagt wurde — auf „Verübung groben Unfugs" umgewandelt worden. Belastungszeugen waren acht Mann, darunter zwei Gendarmen und der Pächter des Fürstenhof. Der Amtsanwalt beantragte gegen zwei Angeklagte Haftstrafen von 8—14 Tagen, gegen zwei je 9 M. Geldstrafe und für einen Freispruch. Dem Gericht erschienen die beantragten Strafen jedoch noch zu niedrig und es verhängte Freiheitsstrafen von 3 Tagen bis 4 Wochen. Ein Angeklagter wurde freigesprochen. In der Urteilsbegründung sprach der Vorsitzende Assessor Jakobi von „gewissen Elementen, die unter allen Umständen den Fürstenhofpächter schädigen wollen". Von Geldstrafen glaubte er Abstand nehmen zu müssen, da dieselben von den Betroffenen nicht bezahlt würden. Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt.

Britz.

Die Volksversammlung, die hier am 15. Oktober stattfand und Stellung nahm gegen eine von den Innungen von Britz und Umgegend zu gründende freie Hülfskasse, war, wie uns nachträglich mitgeteilt wird, was aber aus dem uns zugesandten Berich nicht hervorging, nicht von den Innungen, sondern vom Gewerkschaftskartell Rixdorf einberufen.

Treptow-Baumschulenweg.

Aus der Gemeindevertretung. Als Schiedsmann für den Bezirk II (Baumschulenweg) wurde Oberpostsekretär Engelmann und als dessen Stellvertreter Oberlehrer Künast gewählt. — Ein in der Gemeindevertretung vor längerer Zeit von unseren Genossen geäußerter Wunsch, den Mitgliedern der freiwilligen Feuerwehr Schadenersatz aus Gemeindemitteln zu leisten, ist dahin geregelt, daß die Wehr aus ihren Mitteln denselben bestreiten will, damit die Freiwilligkeit der Wehr erhalten bleibt. Die Anschaffung von 40 Feuerwehrmänteln wurde beschlossen. Die Errichtung eines Meldeamtes und einer Arrestzelle im Ortsteile Baumschulenweg wurde als dringend anerkannt und beschlossen, dieselbe am 1. April 1907 zu eröffnen. Einem von unseren Genossen geäußerten Wunsche, dasselbe schon früher möglich zu machen, kann, nach Aussage des Gemeindevorstehers, noch nicht entsprochen werden, weil bis zu diesem Zeitpunkte das Meldeamt reformiert werden soll, indem das alte Hausbücherfystem durch das Kartenfystem ersetzt wird. — Die mechanische Dreh- und Schiebeleiter wird dagegen ihren Stand sobald als tunlich in Baumschulenweg erhalten, weil dieser Ortsteil die größere Anzahl Bewohnerzahl hat, und in Treptow die Berliner Wehr zur Hülfeleistung gerufen werden kann. Zur besseren Beleuchtung verschiedener Straßen werden elf halbnächtliche und sieben ganznächtliche Laternen aufgestellt. Hierbei kritisierte Genosse Gramenz die ungepflasterte Matthesstraße, in welcher keine einzige Laterne vorhanden ist. Nach Aussage des Gemeindevorstehers kann daselbst nichts unternommen werden, weil die Verhandlungen mit dem Eisenbahnfiskus noch nicht beendet sind, jedoch dürfte dies bis zum Frühjahr zu erwarten sein.

Für die Erhebung einer Gemeindesteuer bei Erwerb von Grundstücken die seit dem 9. Juni 1905 bei bebauten ein Prozent und bei unbebauten $1^1/_2$ Proz. beträgt, wurde die ministerielle Mustersteuerordnung angenommen, welche im wesentlichen das am 1. Juli d. J. in Kraft getretene Reichserbschaftssteuergesetz und auch die im Laufe der Jahre ergangenen Gerichtsentscheidungen und Verwaltungsverfügungen berücksichtigt. Die Straße 4, welche die Verlängerung der Wienerstraße darstellt, wurde beschlossen Lisztstraße, die Straßen 22a, 23a, 7 und 16, zu Baumschulenweg gehörig, Storm-, Eschenbach-, Frauenlob- und Trojanstraße zu benennen. Die Neumessung Treptows nimmt drei Jahre in Anspruch und verursacht einen Kostenpunkt von 36 000 M., davon zahlt Berlin, dem zwei Drittel des ganzen Geländes gehören, 20 000 M. In langer nichtöffentlicher Sitzung wurde unter anderem die Festsetzung der Mietsentschädigung der Lehrer und die Gehaltsbezüge der Beamten geregelt. Es wurde nach dem Kommissionsantrage den Lehrern eine Zulage von 85 M. = 660 M. und den Rektoren eine Zulage von 150 M. = 800 M. bewilligt. Der Antrag unserer Genossen, den Lehrern die verlangten 700 M. zu bewilligen, wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. An Beamtengehältern wurden bewilligt: Den Sekretären + 300 = 2500 M., den Assistenten + 200 = 2000 M., den Gemeindedienern + 150 = 1650 M. Anfangsgehalt pro Jahr, fällig vom 1. Oktober 1906 an. Eine Anfrage des Genossen Karow, ob auch die nichtangestellten Bureaubeamten angemessen besoldet werden, da dies aus dem Etat nicht ersichtlich, wurde dahin beantwortet, daß diejenigen, welche sich zur Anstellung eignen und die entsprechende Arbeit leisten, sich mit ihrem Gehalt allmählich den angestellten Beamten nähern.

Ein von den sozialdemokratischen Gemeindeverordneten gestellter Antrag, welcher in achtzehn Punkten die Lage von zwölf Wege- und neun Kanalisationsarbeitern zu verbessern sucht, wurde der Gehaltsregulierungskommission, welcher auch Genosse Gramenz angehört, überwiesen. Wir werden hierüber später berichten.

Friedrichsfelde.

Die Frau M., deren Mann im Straußberger Krankenhause im Mai d. J. verstarb und, wie wir berichteten, erst nach langer Zeit auf Umwegen von dem Ableben ihres Mannes Kenntnis erhielt, ist jetzt amtlich ersucht worden, die Beerdigungskosten für ihren verstorbenen Mann der Gemeindekasse zurück zu erstatten.

Nowawes.

Die unhaltbaren Zustände in den Neuendorfer Volksschulen, über die wir bereits verschiedentlich berichtet haben, haben jetzt eine derartige Entwickelung erreicht, daß sich auch die Regierung genötigt gesehen hat, mit Zwangsmaßregeln gegen die Gemeinde Neuendorf vorzugehen. So lag der am Mittwoch stattgefundenen Gemeindevertretersitzung in Nowawes ein Antrag der Neuendorfer Gemeindevertretung auf Zustimmung zu dem dort gefaßten Beschlusse auf sofortige Errichtung einer neuen Lehrerin- und dreier Lehrerstellen vor, da Neuendorf vor der Vereinigung mit Nowawes zu außerordentlichen Ausgaben nach dem beschlossenen Vereinigungsvertrage erst die Zustimmung letzterer Gemeinde einholen muß. Genosse Gruhl führte hierzu aus, daß er erstaunt sei, daß sich die Vertretung mit einem derartigen Antrage beschäftigen müsse; während sich die Neuendorfer Gemeindeverwaltung sonst nicht genug tun könne in der Hervorhebung ihrer guten finanziellen Lage und neuzeitlichen Einrichtungen, stelle sich jetzt heraus, daß die preußische Regierung (!) die dortige Verwaltung erst zwingen müsse, damit dieselbe ihren elementarsten Verpflichtungen gegenüber der Volksschule nachkomme; seien doch jetzt in manchen Klassen zirka 80 Kinder untergebracht, und trotzdem habe man noch fliegende Klassen einrichten müssen, da die jetzigen Schulräume nicht entfernt zur Unterbringung der Kinder ausreichen; anstatt die Volksschule erst gründlich auszubauen, habe man kostspielige Vorschulen, Realgymnasium und Höhere Töchterschule für die Kinder der Besitzenden eingerichtet, welche nur eine äußerst geringe Frequenz aufweisen; unbedingt notwendig wäre es gewesen, die Räume dieser Schulen bis zur Fertigstellung des neuen Volksschulhauses für die Unterbringung der Gemeindeschulkinder zu benutzen; jetzt müssen wahrscheinlich wieder neue Räume gemietet werden, um die zu errichtenden vier Klassen unterzubringen; Redner empfahl die einstimmige Annahme des vorliegenden Antrages, und wurde von der Versammlung demgemäß beschlossen. Der Amtsvorsteher gab der Vertretung davon Kenntnis, daß die diesmalige Jahresrechnung eine Einnahme von 194 719 M. und eine Ausgabe von 182 962 M. aufweist. — Die Verwaltung des Männer-Altersheims hatte einen Antrag eingereicht auf Erhöhung des täglichen Pflegegeldes von 1 M. auf 1,25 M. pro Kopf; begründet wurde der Antrag mit den allgemeinen Teuerungsverhältnissen; die Versammlung bewilligte diesen höheren Pflegesatz. — Ebenfalls gab die Vertretung einem Antrage auf Ergänzung des Baumbestandes in der Turmstraße und Marienstraße, welche 350 M. Kosten verursacht, ihre Zustimmung. — Mit der Bewilligung von 30 M. zur Beschaffung von Medaillen für eine demnächst hier stattfindende Geflügelausstellung wurde der öffentliche Teil der Sitzung geschlossen.

Die letzte Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins nahm den Bericht vom Mannheimer Parteitag entgegen, welchen Genosse Heinrichs-Rixdorf erstattete. Redner gab eingangs seiner Ausführungen seiner Freude über den ruhigen Verlauf des Parteitags Ausdruck, zu dem auch besonders die Genossen beigetragen haben, die infolge verschiedener Vorkommnisse im vergangenen Jahre persönlich an den Verhandlungen in Mannheim interessiert waren. Redner beleuchtete dann die einzelnen Punkte der Mannheimer Verhandlungen und erklärte, daß die Delegierten unseres Kreises bei dem Punkte Massenstreik nicht für das Amendement Legiens gestimmt hätten, da sie sich von der Uebereinstimmung der Kölner mit der Jenaer Resolution nicht überzeugt hätten. In bezug auf die Lokalorganisierten hätte Redner gewünscht, daß man in Mannheim eine schärfere Resolution gefaßt hätte, doch sei zu hoffen, daß jetzt der letzte Mahnruf an diese Sonderbündler ergangen sei und der nächste Parteitag, falls letztere sich bis dahin nicht eines Besseren besonnen hätten, energische Maßregeln gegen diese Arbeiterzersplitterer treffen werde. Referent resumierte sich zum Schluß seines beifällig aufgenommenen Vortrages dahin, daß wohl alle Parteigenossen mit den Verhandlungen dieses Parteitages zufrieden sein könnten, und sei zu wünschen, daß auch in Zukunft in unseren Versammlungen in ebenso sachlicher Weise diskutiert werde wie in Mannheim, dann werden auch diese der Partei zum Segen gereichen. Die hierauf folgende kurze Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats, indem alle Redner ihre volle Befriedigung über den Verlauf des Parteitages aussprachen. Im Anschluß hieran ermahnte der Vorsitzende Gomoll die Versammelten, für eine weitere Erstarkung der Organisation und Ausbreitung der Presse zu agitieren, um unserer Bewegung einen kräftigen Rückhalt zu verleihen. Unter „Verschiedenem" fand noch eine Aussprache über die bevorstehende Gemeindewahl statt, in welcher alle Redner der Ansicht Ausdruck gaben, daß diesmal mit aller Kraft gearbeitet werden müsse, um unser Ziel, die volle Besetzung der dritten Abteilung, zu erreichen.

Aus der Frauenbewegung.

Bürgerliche und sozialdemokratische Frauenkongresse.

Die 7. Generalversammlung des Bundes deutscher Frauenvereine tagte vom 3.—6. Oktober in Nürnberg. Ein ganz anderes Bild wie die Konferenz sozialdemokratischer Frauen bietet dieser Kongreß. Schon die Begrüßung durch den Bürgermeister der Stadt Nürnberg zeigt deutlich, wie unbefangen die Behörden den Zusammenkünften der bürgerlichen Frauen gegenüberstehen. Man weiß sehr wohl, daß von dieser Seite kein Umsturz der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung zu befürchten ist.

Wie richtig diese Meinung ist, zeigt die Debatte über eine Sympathieerklärung an die russischen Freiheitskämpferinnen. Die Angst der Damen, daß vielleicht die Sympathieerklärung für die russischen Revolutionäre ein schlechtes Licht auf ihre so lammfrommen Bestrebungen werfen könnte, ließ eine Resolution zustande kommen, die echt bürgerliche Lauheit verrät. Dieselbe lautet: „Der in Nürnberg versammelte Bund deutscher Frauenvereine gibt seiner tiefen Empörung Ausdruck über die jeder Gesittung Hohn sprechenden Greueltaten, die in Rußland aus Rassenhaß und im Interesse der Aufrechterhaltung der Autokratie fortgesetzt an wehrlosen Frauen und Kindern verübt werden. Er gedenkt ferner mit hoher Bewunderung derjenigen russischen Frauen, die an dem gewaltigen Ringen ihres Volkes um persönliche und bürgerliche Freiheit so heldenhaft teilnehmen."

Aus dem Geschäftsbericht verschiedener Kommissionen geht hervor, daß Petitionen über Petitionen verfaßt worden sind. So wurde unter anderem eine Petition an den Reichstag und an die verschiedenen deutschen Landtage beschlossen, in welcher um Einführung obligatorischer Fortbildungsschulen für Mädchen nachgesucht wird. Aus der Kommission zur Hebung der Sittlichkeit war man an die verschiedenen, dem Bunde angehörenden Vereine herangetreten mit der Bitte, in den Städten für Anstellung von Polizeiassistentinnen bei den Polizeidirektionen zu wirken. Gesagt wurde noch, daß die Hauptaufgabe darin zu suchen sei, die weibliche Jugend möglichst lange vor Verführung zu schützen. Wie man das anfangen will, ist noch Geheimnis. So richtig es auch ist, für die Hebung der Sittlichkeit zu sorgen — in der heutigen Wirtschaftsordnung wird man damit nur sehr bedingte Erfolge erzielen. Was nützen alle Resolutionen, Petitionen und Kongreßbeschlüsse, wenn nicht von Grund auf solche Krankheiten der menschlichen Gesellschaft beseitigt werden sollen?

Eigentümlich berührt es, wenn wir lesen, wie bei jeder Gelegenheit den Damen, welche bei der Arbeitsleistung in einer Kommission oder dergleichen geholfen haben, besonderer Dank ausgesprochen wird. Dies mag wohl zum feinen Ton gehören. Jedenfalls sollte man nicht so viel Wesens davon machen, wenn Frauen, die kaum weiter Nützliches zu tun haben, gewissermaßen zu ihrer Unterhaltung sich um ihre Rechte und Pflichten im Staate kümmern. Daß nebenbei auch an die notleidende verelendende Klasse gedacht wird, soll nicht verkannt werden. Die mehr links stehenden Frauenrechtlerinnen nehmen es auch wohl ernst mit ihren Besserungsvorschlägen, doch anerkennenswerte, praktische Arbeit ist noch sehr wenig geleistet worden. Im großen ganzen laufen die Bestrebungen der bürgerlichen darauf hinaus, für ihre eigene Klasse Verbesserungen zu schaffen.

Wie ganz anders sieht es auf einer sozialdemokratischen Frauenkonferenz aus. Hier herrscht nur der Gedanke, zu kämpfen um gleiches Recht für alle. Wer tüchtig im Interesse der Bewegung gearbeitet hat, wird selbstverständlich gern gesehen, im übrigen betrachten wir es als selbstverständlich, daß Frauen, die zu uns sich bekennen, auch tun, was in ihren Kräften steht. Hier wird nicht für Privilegien und Besserstellungen einzelner Klassen gerungen, sondern für das Wohl der Gesamtheit. Die Damen können es sich auch selbst nicht verhehlen, wie imposant zum Beispiel unsere Mannheimer Konferenz war. Frau Bauer äußert sich hierzu in der „Frauenbewegung" recht günstig, obgleich sie ihren Ärger nicht verbergen kann darüber, daß es den nicht zur Partei Gehörenden versagt war, an der Debatte teilzunehmen. Sie spricht sogar den Wunsch aus, daß die sozialdemokratischen Frauen bei gegebenen Gelegenheiten mit den bürgerlichen Damen zusammen arbeiten möchten. Wir haben nach dieser Richtung schon zu schlechte Erfahrungen gemacht, um der Mithülfe großes Vertrauen entgegenbringen zu können. Die Anschauungen gehen zu weit auseinander. Wir sind nicht gewillt, uns mit den Frauen zusammenzutun in Fragen, von denen sie glauben, unsere Hülfe für ihre besonderen Interessen gebrauchen zu können, wie z. B. bei der Organisation der Arbeiterinnen. Verschiedene Anschauungen, wie sie zwischen bürgerlichen und sozialdemokratischen Frauen bestehen, können in unseren eigenen Reihen nie auftauchen. Wir sind uns einig in dem Grundgedanken, daß alle gleich sind, daß alle Klassenunterschiede beseitigt werden müssen. Wir kämpfen für das Wohl aller Staatsbürger und Staatsbürgerinnen, nicht für ein spezifisches Frauenrecht wie die bürgerlichen Damen.

Ein Frauenkongreß tagt in diesen Tagen in Boston, von der „Worlds Womens Christian Temperance Union" einberufen. Es ist die Vereinigung der Frauen vieler Nationen, die durch christliche Lehren und Enthaltung von Alkohol die Welt erlösen und glücklich machen wollen. Ueber fünfzig Länder sind auf dem Kongreß vertreten. Interessant war die Mitteilung der Sekretärin, daß der Bund fast in allen Ländern seine Mitgliedschaft erhöht habe; ganz besonders sei dies in Schweden gelungen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Genossen und Genossinnen!

Am Mittwoch, den 24. Oktober, abends pünktlich $8^1/_2$ Uhr, findet im „Neuen Klubhaus", Kommandantenstr. 72, die Berichterstattung von der Mannheimer Frauenkonferenz und vom Parteitage statt.

Außerdem Berichterstattung der Vertrauensperson und Neuwahl derselben.

Recht zahlreichen Besuch erwarten

Die Vertrauenspersonen.

Britz. Donnerstag, den 25. Oktober, abends $8^1/_2$ Uhr, bei Weniger, Werderstr. 28: Generalversammlung. Vortrag von Frau Zietze: „Die Kunst zu arbeiten".

Verein für die Interessen der Hausangestellten. Vereinsversammlung bei M. Mürich, Steglitzerstr. 35, am Donnerstag, den 25. Oktober, abends 9 Uhr. Vortrag des Herrn Davidsohn über „Dichtungen von Ada Negri". Gäste willkommen.

Sing- und Diskutierklub „Mehr Licht". Mittwoch, den 24. d. M., im Lokal von Knapp, Grünthalerstr. 5: Vortrag.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse. E. H. Nr. 71. Charlottenburg. Mittwoch, den 24. Oktober, abends $8^1/_2$ Uhr, im Volkshause, Rosinenstr. 3: Mitgliederversammlung.

Vermischtes.

Wieder ein Eisenbahnunfall. In der Nacht vom 20. auf den 21. Oktober fuhr im Bahnhof in Metz der Güterzug Nr. 6690 auf einen stehenden Wagenpark und beschädigte 10 Waggons. Fünf weitere Wagen wurden vollständig zertrümmert. Zwei Personen erlitten leichte Verletzungen. Die Ursache des Unfalls ist noch nicht festgestellt, doch glaubt man, daß falsche Gleisfreimeldung die Schuld daran trägt.

Nicht mehr zu retten. Die Arbeiten zur Hebung des Unterseebootes „Lutin" nehmen ungestört ihren Fortgang. Der Versuch, vorerst die Leichen zu bergen, ist wegen der Unmöglichkeit der Ausführung aufgegeben worden. —

Biserta, 21. Oktober. Die Arbeiten, die darauf abzielen, eine quer unter dem gesunkenen Unterseeboot „Lutin" wegführende Vertiefung aus dem Meeresboden auszuhöhlen, sind heute, zumeist dank der Bemühungen der zugezogenen dänischen Taucher, erfolgreich beendet worden. Es wurde eine starke Kette, mit der das Vorderteil des Bootes gehoben werden soll, unter dem Schiffskörper hindurchgezogen.

Feuersbrunst auf Neu-Seeland. In Wellington (Neu-Seeland) brach gestern früh eine Feuersbrunst aus, die größte seit dem Bestehen der Stadt, welche die Unionsbank, andere Banken, Versicherungsinstitute, Hotels und andere Gebäude in Asche legte.

1500 Menschen umgekommen!

Der Pariser „Matin" meldet aus New York: Den letzten Erhebungen zufolge sind über 1500 Personen bei dem jüngsten Zyklon auf den Antillen umgekommen.

Bei der Insel Matacumbe in der Floridastraße ist durch den Zyklon beim Untergang von Baggerschiffen eine größere Anzahl Personen umgekommen; man schätzt ihre Zahl auf 50.

Der Regierungsstatistiker Gume in Havanna schätzt den Schaden, der durch den letzten Orkan an der Südostküste an der Zuckerernte allein angerichtet wurde, auf 5 Millionen Dollar. Der sonstige Sachschaden ist ebenfalls schwer.

Nach Meldungen aus Willemstad hat dort das Unwetter, das von schweren Regengüssen begleitet war, elf Tage angehalten und seinen Höhepunkt in der Zeit vom 11. bis 14. dieses Monats erreicht. Viele Wohnhäuser, Dämme und Plantagen haben stark gelitten; im Hafen ist eine Bark völlig vernichtet.

Von der Insel Bonaire wird gemeldet, daß die gleichnamige Hauptstadt überschwemmt und verschiedene kleinere Fahrzeuge auf den Strand geworfen worden sind, von denen drei als verloren gelten. Menschen sind nicht dabei ums Leben gekommen.

New York, 22. Oktober. Nachrichten aus Coatepec (Mexiko) zufolge sind dort bei dem Orkan, der vor einigen Tagen Zentralamerika und Westindien heimgesucht hat, über 100 Menschen ums Leben gekommen. Der Vulkan Chulo warf große Mengen schwefelhaltigen Wassers aus, das die Stadt Panchinalco überflutete, wobei die meisten Einwohner ertranken. Auch in anderen Orten soll großer Schaden angerichtet worden sein. Wie es heißt, sollen Pimienta und andere Städte von den Fluten hinweggerissen worden sein.

Schiffskatastrophe.

Der russische Dampfer „Warjagin", der gestern früh den Hafen Wladiwostok verließ, geriet auf einen Torpedo und sank sofort. Bei dem Unglück kamen **200 Passagiere ums Leben,** nur einer wurde gerettet.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 67—72 pr. 100 Pfd., IIa 61—66, IIIa 56—60, IVa 52—56. Kalbfleisch, Doppelländer 105—115, Ia 84—90, IIa 72—82, IIIa 62—70, holl. 54—60. Hammelfleisch Ia 73—78, IIa 62—72. Schweinefleisch 63—71. Rehböcke Ia per Pfd. 0,65—0,90, IIa 0,35—0,60. Rotwild Ia 0,35—0,40, IIa 0,20—0,32. Damwild 0,35—0,48. Wildschweine 0,20—0,35. Frischlinge 0,50. Hasen p. Stück 2,50—3,10, klein 1,00—2,00. Kaninchen per Stück 0,25—0,75. Wildenten per Stück 1,25 bis 1,60. Krickenten 0,60. Bekassinen 0,00. Rebhühner, junge Ia 0,85—1,20, junge IIa 0,50—0,80, alte 0,60—0,75, junge kleine 0,00. Hühner, alte per Stück 1,25—1,50, alte IIa 0,75—1,20, junge per Stück 0,60—1,20. Tauben per Stück 0,25—0,45, alte 0,00. Enten, junge per Stück 1,60—2,00, alte per Stück 0,00, Hamburger, junge per Stück 0,00. Gänse, Oderbrucher, per Pfund 0,40—0,55, dito Hamburger, junge 0,00, Ia per Stück 2,50—3,50, IIa 1,00—2,00. Poulets per Stück 0,00, do. klein 0,00. Hechte per 100 Pfd. 71—78, mittel 0,00, groß 0,00, klein 0,00. Aland 0,00. Schleie 98,00, große 0,00, kleine 137—142. Bleie, klein 0,00. Aale, groß 0,00, mittel 85,00, klein-mittel 0,00, unsortiert 0,00. Plötzen 0,00. Karpfen, unsortiert 0,00, do. 30er Lausitzer 0,00, do. 80—100er 0,00, do. 40er Schlesische 0,00. Barse 0,00, matt 0,00. Karauschen 0,00. Bleifische 0,00, Wels 0,00. Bunte Fische 0,00, matt 0,00. Amerik. Lachs Ia neuer per 100 Pfd. 110—130, do. IIa neuer 90—100, do. IIIa neuer 75. Seelachs 20—25. Sprotten, Kieler, Wall 0,75—1,30, Danziger, Wall 0,50—0,70. Flundern, pommersche Ia, per Schock 3—9, do. pommersche IIa 2—4, Kieler, Stiege Ia 4—6, do. mittel per Kiste 2—3, Hamb. Stiege 5—6, halbe Kiste 1,50—2. Bücklinge, per Wall Kieler 2,50—3,50, Stralsunder 3,50—4,00. Aale, groß per Pfd. 1,10—1,30, mittelgroß 0,80—1,00, klein 0,50—0,60. Heringe per Schock 4—5. Schellfische Kiste 3—4, do. ½ Kiste 2. Kabliau, p. 100 Pfd. 20—25. Heilbutt 0,00. Sardellen, 1902er per Anker 95, 1904er 65, 1905er 90, 1906er 70. Schottische Vollheringe 1905 0,00, large 40—44, full. 36—38, mod. 35—42, deutsche 37—44. Heringe, neue Matjes, per ⁵/₈ To. 60—120. Sardinen, russ., Faß 1,50—1,60. Bratheringe, Büchse (4 Liter) 1,50—1,75. Rennaugen, Schockfaß 11, kleine 5—6, Riesen- 14. Hummern, kleine, per Pfd. 0,00. Krebse, per Schock, große 0,00, mittel 0,00, kleine 0,00, unsort. 0,00. Galizier, groß 0,00, mittel 0,00. Eier, Land-, per Schock 4,00—4,00. Butter per 100 Pfd. Ia 124—127, IIa 115—120, IIIa 110—114, abfallende 95—105. Saure Gurken Schock 3,50—4,00, Pfeffergurken 3,50—4,00. Kartoffeln per 100 Pfd. 0,00, magnum bonum 1,90—2,10, Daberscke 1,90—2,10, Rosen 0,00, weiße 1,60—1,80, Salatkartoffeln 4,00—5,00. Spinat per 100 Pfund 12,00—15,00. Karotten per Schockbund 2,50. Sellerie, hiesige, per Schock 4,00—6,00, do. pommersche 4,00—5,00. Zwiebeln große, per 100 Pfd. 3,00—3,50, do. kleine 2,25—3,00, do. hiesige (Perl-) 30—50. Charlotten 50—60. Petersilie, grün, Schockbd. 1,25. Kohlrabi per Schock 0,75—0,80. Rettig, bayr., per Schock 2,40—4,80. Radieschen per Schock-Bd. 0,80—1,00. Salat, per Schock 1,80—2,00. Bohnen, grüne, per 100 Pfund 0—00. Wachsbohnen 0—00. Pfefferlinge per 100 Pfd. 10—15. Mohrrüben per 100 Pfd. 2—3. Teltower Rüben p. 100 Pfd. 10—12. Weiße Rüben, große 1—4, kleine 3—7. Blumenkohl per Mandel 1,50—2,50. do., Erfurter, Kopf 0,16—0,19. Wirsingkohl per Schock 4,00—7,00. Rotkohl p. Schock 5,00—9,00. Weißkohl p. Schock 2,00—6,00. Rosenkohl p. 100 Pfd. 15—20. Steinpilze p. 100 Pfd. 15—20. Kohlrüben Schock 2,50—4,00. Kürbis 1,50—3. Birnen, per 100 Pfd. hiesige 7—25, Tiroler 0,00, böhmische 6—16. Aepfel, per 100 Pfd., hiesige 4—25, Gravensteiner 8—20, Tiroler in Fässern 15—26, do. lose 10—11, Amerk. 16—26. Preißelbeeren, schwedische 23—24, Gebirgs- 32—35, Wallnüsse per Schock 1,00—1,50. Pflaumen, per 100 Pfd., hiesige 2—4, Böhmische 2—5, do. große 6—8. Zitronen, Messina 300 Stück 19,00—22,00, 360 Stück 10,00—18,00, 200 Stück 10—14, 420 Stück, klein 9—13, 500 Stück, klein 10—13. Pfirsiche, Werdersche per 100 Pfd. 0,00, Tiroler 0,00, italienische 50—70.

Wasserstand am 22. Oktober. Elbe bei Aussig —,— Meter, bei Dresden —,— Meter, bei Magdeburg + 1,51 Meter. — Unstrut bei Straußfurt —,— Meter. — Oder bei Ratibor + 1,29 Meter. — Neißemündung + 1,50 Meter. — Oder bei Brieg + 2,20 Meter. — Oder bei Breslau Unterpegel — 1,00 Meter.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Modelltischler.

Donnerstag, den 25. Oktober cr., abends $8^1/_2$ Uhr, in Schmids Gesellschaftshaus, Gartenstr. 6:

Branchen-Versammlung

der Modell- u. Fabriktischler sowie Modelldrechsler.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Nitschke: Wohin führt die wirtschaftliche Entwickelung? 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

95/7 **Die Kommission.**

Wir unsere Jungens schenken

2te Serie unserer

Spielwaren-Ausstellung

Zinnsoldaten Kaiser-Manöver für alle Truppenteile
Militär-Ausrüstungen
Kaufläden Kaufmanns-Artikel
Postämter Wagen und Uniformen

Eisenbahnen Stark- u. Schwachstrom, in Betrieb
Elektrische Spielzeuge Motore und Modelle in Tätigkeit
Handwerkstätten
Werkzeuge

Manograph-Schreibmaschine 20⁰⁰
zum praktischen Gebrauch

Während der Ausstellung, soweit der Vorrat reicht:

Schallplatten für Sprechmaschinen aller Systeme

Melodia-Platten 20 cm gross 25 Pf. | Zon-o-phon-Platten 17 cm gross 50 Pf. | Zon-o-phon-Platten 25 cm gross 80 Pf.

Zoologische Abteilung nur Leipzigerstrasse

Alpenstieglitze 1⁵⁰ | Erlenzeisige 95 Pf. | Hänflinge 1³⁰ | Harzer Kanarienhähne garantiert singend 5⁵⁰ 6⁵⁰ 8⁵⁰

Ein grosser Posten Cacteen in zahlreichen Arten 30 Pf. 35 Pf. 50 Pf. 75 Pf. 1⁰⁰ 1⁵⁰

Grosser Verkauf von Kinder-Confection

WARENHAUS HERMANN TIETZ

LEIPZIGERSTRASSE — ALEXANDERPLATZ

Die schönste Zierde für den Christbaum

ist einzig und allein unser **neues, gesetzlich geschütztes Christbaum-Glockengeläut** mit **fliegenden, läutenden Engeln und mit Krippe z. Bethlehem.** Die in wundervoller künstlerischer Farbenpracht angebrachten Figuren, Maria mit Jesuskindlein, Josef, Hirte und Engel stellen die Krippe zu Bethlehem dar. Sobald nun die Kerzen angezündet sind, drehen sich die Engel im Kreise um die Spitze des Christbaumes, wodurch ein silberhelles, feierliches Geläute hervorgerufen wird, eine schöne Illusion hervorzaubernd, als wenn die Engelein aus den Himmelshöhen die Geburt Jesu Christi verkünden.

Märchenhaft
wirkt dieses entzückende Schmuckstück als Christbaumspitze oder Tischdekoration. Ganze Höhe 29 Zentimeter.

Garantie für gutes Funktionieren. Preis 1,25 M. und 20 Pf. für Porto bei Vorherseinsendung (auch Briefmarken). Nachnahme 20 Pf. mehr. Bei 2 bis 10 Stück sind für Porto nur 50 Pf. mit einzusenden.

Wenn nicht gefällt. Geld retour.

Nur bei uns zu haben!

Weihnachts-Pracht-Katalog über Christbaumschmuck, Spielwaren, Puppen, Solinger Stahlwaren, Haushaltungsartikel, Waffen, Gold-, Silber-, Leder-, optische und Musikwaren, Rauchutensilien, Schirme, Stöcke usw. gratis und franko. 212/6

Kirberg & Comp., Foche b. Solingen, Stahlwarenfabrik.
Aeltestes Versandhaus des Solinger Industriebezirks.

Nur eigene Konfektion

M. Schulmeister
Schneidermeister
Dresdenerst. 4
Hochbahnstation Kottbuser Tor.
Moderne
Herren- u. Knaben-Garderobe.

Winter-Paletots	v. 18,50	b. 58	Mk.
Jackett-Anzüge	„ 17,50	„ 50	Mk.
Rock-Anzüge	„ 26,—	„ 54	Mk.
Gehrock-Anzüge	„ 32,50	„ 62	Mk.
Loden-Joppen	„ 6,—	„ 25	Mk.
Anzüge nach Maß	von	44	Mk. an
Paletots „ „	„	40	Mk. „

Feste Preise.

2489L*

Neues Kurbad
Wallstr. 70/71. Neu Kölln a. W. 6–8.
7 Min. vom Spittelmarkt und Bahnhof Jannowitzbrücke.
Lohtannin-Bäder aus täglich frischer Abkochung | **Elektrische Lohtannin-Bäder**
Elektrische Wasserbäder
mit medizinischen Zusätzen.
Dampf- und elektr. Glühlicht-Schwitzkasten-Bäder, medizinische Kinderbäder.
Gewissenhafte Ausführung aller ärztlichen Anordnungen durch geschultes Personal.
Aerztliche Aufsicht. 170/12*

H. Pfau
BERLIN
Klosterstr. 30
Tel.: Amt I, 6347.
Spezial-Geschäft für Bruchbandagen

Höchste Auszeichn. 1896 Goldene Medaille. — Ehrenzeugnis der Berl. Gewerbe-Ausstellung.

(anatomisch, elastisch und bequem gearbeitet, jeden, auch den schwersten Bruch sicher zurückhaltend), Leibbinden, Geradehalter, Stützkorsetts, Suspensorien, orthopäd. Apparate, künstliche Glieder, chirurg. Gummiwaren, alle Artikel und Geräte zur Krankenpflege, Verbandstoffe.

Eigene Werkstätten. — Lager u. nach Maß. — Krankenkassenlieferant.

Fluss- und Seefisch-Handlung jetzt Weidenweg 37

Rob. Richter

Brauerei Ernst Engelhardt Nachf.
Berlin-Pankow.
Größte Malzbier-Brauerei in Deutschland.

Caramel-Malzbier

Alkoholarmes, diätetisches Spezialbräu.
Aerztlich empfohlen für Nervöse, Bleichsüchtige, nährende Mütter etc.
Als Tafelgetränk sehr bevorzugt.
Preis pro zirka **4/10 Flasche 10 Pfennig.** Ueberall käuflich.

433L*

Stola,
Muffen, Kolliers
in allen Pelzgattungen sowie alle sonstigen Pelzwaren.
Nur eig. Fabrikat aus best. Material.
Kein Zwischenhändler, daher Fabrikpreise.
Kein Reisemusterschwindel.
Ferdin. Kalman
Dresdenerstr. 75 vorn II, 2. Haus v. Thalia-Theater.
Verkauf auch Sonntags, und Wochentags von 8 Uhr morgens bis 9 Uhr abends. *

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für 165
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Die Wahlen der Arbeitnehmer-Beisitzer zum Berliner Gewerbegericht

hatten folgendes Ergebnis:

	Abgegebene Stimmen	Sozialdemokrat 1906	(1900)	Christliche
1. Bezirk . . .	104	87	(47)	17
4. „ . . .	54	47	(25)	7
7. „ . . .	363	336	(133)	27
10. „ . . .	761	736	(455)	20
13. „ . . .	780	735	(447)	45
16. „ . . .	384	364	(250)	20
19. „ . . .	299	278	(143)	18
22. „ . . .	286	242	(143)	43
25. „ . . .	757	722	(284)	35
28. „ . . .	185	174	(75)	10
31. „ . . .	213	194	(118)	19
34. „ . . .	624	586	(289)	38
37. „ . . .	348	287	(164)	61
40. „ . . .	471	447	(172)	22
43. „ . . .	1515	1329	(601)	180
46. „ . . .	937	907	(533)	25
	8081	7471	(3879)	587

Zersplittert 17. Ungültig 6.

Somit sind die Kandidaten der zentralorganisierten Gewerkschaften gewählt.

Wenn auch gegenüber der Wahl vom Jahre 1900, in welchem zum letztenmal in diesen Wahlbezirken gewählt wurde, jetzt eine doppelte Beteiligung stattgefunden hat, so muß doch ausgesprochen werden, daß die Beteiligung an der Wahl eine viel zu schwache war. Die Stimmenzahl ist kein Verhältnis zu den in Berlin beschäftigten 25 Jahre alten Arbeitern.

Wenn man auch erwägt, daß eine große Anzahl der Arbeiter in Berlin der Zugehörigkeit zu den Innungen wegen (50 000) nicht wählen darf, so ist die Zahl der Beteiligten doch zu klein.

Es scheint, als wenn das Interesse an der Wahl fehlt. Wahrscheinlich hielt man die Wahl der Kandidaten der zentralisierten Gewerkschaften für so selbstverständlich, das man gar nicht zur Wahl zu gehen brauche. Auch scheint das Bewußtsein, daß keine zu fürchtenden Gegner vorhanden sind, viele von der Wahl abgehalten zu haben. Sei dem wie es sei: Es ist unbedingt falsch, wenn wahlberechtigte Arbeiter nicht zur Wahl gehen.

Wenn es auch nur die Wahl zum Gewerbegericht ist, so ist es doch Pflicht jedes aufgeklärten Arbeiters, sich daran zu beteiligen. Jede Wahl ist auch eine Demonstration; jede Wahl ist ein Mittel, die Anhänger der eigenen Richtung zu zählen. Es kann sich auch niemand entschuldigen. Es war jedem die Möglichkeit der Teilnahme gegeben. Die Wahl fand am Sonntag statt, keine Eintragung in die Wählerliste war notwendig; das Beschaffen einer Wahllegitimation war die einzige Mühe, deren sich die Wähler zu unterziehen hatten. Dessenungeachtet haben sich viele auch diese kleine Mühe nicht gemacht, sondern sind der Wahl ferngeblieben. Hoffen wir, daß man bei künftigen Wahlen nicht nur die Frage aufwirft, ob die Beteiligung einen sofort ins Auge fallenden politischen oder gewerkschaftlichen Zweck hat, sondern daß die Arbeiterschaft lernt, höher als den Augenblickserfolg das ideelle Moment zu stellen — neben dem Wahlerfolg auch die ungeheuere demonstrative und agitatorische Wirkung einer Massenbeteiligung in Rechnung zu ziehen!

Gerichts-Zeitung.

Der „Kaiserdeputierte" vor dem Schwurgericht.

Breslau, 22. Oktober. Unter großem Andrang begann vor dem hiesigen Schwurgericht heute die Verhandlung gegen den Vorschmied Heinrich Hirsch, der angeklagt ist, Rädelsführer bei den Krawallen auf dem Striegauerplatz gewesen zu sein. Diese Krawalle waren bekanntlich vor kurzer Zeit bereits Gegenstand gerichtlicher Erörterung gewesen, wo gegen 45 Angeklagte in einem aufsehenerregenden Prozeß mehrere Tage lang verhandelt wurde. Die Vorgeschichte des heutigen Prozesses ist daher bereits bekannt. Der Name des Angeklagten Hirsch wurde schon einmal in der Oeffentlichkeit viel genannt. Als der Kaiser im Jahre 1903 kurz nach der Krupp-Affäre bei einem Besuche in Breslau an eine Arbeiterdeputation die bekannte Ansprache hielt „jeder deutsche Arbeiter hätte bis ins hohe Alter eine gesicherte Existenz" und die Arbeiter vor der Sozialdemokratie warnte, gehörte Hirsch zu jenen Deputierten.

Den Vorsitz in der Verhandlung führt Landgerichtsdirektor Dr. Pilling. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Hensel, Verteidiger des Angeklagten ist Rechtsanwalt Simon (Breslau), der bis vor kurzem noch Amtsrichter in Militsch war und wegen einer Aeußerung, die Sozialdemokraten seien vor dem Gesetz gleichberechtigt, im Disziplinarwege gemaßregelt wurde. Die Anklage lautet auf Vergehen gegen die Gewerbeordnung, Beleidigung Arbeitswilliger und Rädelsführerschaft bei einem Aufruhr. Hirsch soll am Nachmittag jenes 19. April, an dem die Krawalle stattfanden, dem Arbeitswilligen Modrok, der aus der Linkeschen Waggonfabrik herauskam und über den Striegauerplatz gehen wollte, zugerufen haben: „Seht, das ist auch einer, der sich nicht schämt, weiter zu arbeiten." Weiter soll er den auf dem Striegauerplatz zahlreich versammelten Kindern Geld gegeben haben, mit der Aufforderung, sie sollten dafür recht lärmen. Am späteren Abend, als der Krawall seinen Höhepunkt erreicht hatte, kam der Arbeitswillige Runge aus einer Sitzung des evangelischen Arbeitervereins über den Striegauerplatz, wo inzwischen auch der Angeklagte sich wieder eingefunden haben soll. Hirsch soll dann angeblich die ihn umgebende Menge mit den Worten: „Hier kommt auch so ein Pfaffenaas!" auf Runge gehetzt haben, der mit Fäusten und Stöcken mißhandelt wurde.

Der Angeklagte selbst bestreitet jede Schuld. Er stellt den 25 von der Staatsanwaltschaft geladenen Belastungszeugen 50 Entlastungszeugen entgegen, die teilweise einen von ihm geführten Alibibeweis unterstützen sollen. — Vors.: Sie sollen bei Ihren Arbeitskollegen eine einflußreiche Stellung gehabt und in der Werkstatt agitiert haben. — Angekl.: Das ist nicht wahr. Ich habe mir nicht das geringste zuschulden kommen lassen. 17 Jahre lang habe ich ununterbrochen auf einer Stelle gearbeitet und wurde 1902 sogar auf Veranlassung des Direktors zum Kaiserdeputierten ausgewählt. Das beweist, in welchem Ansehen ich bei der Fabrikleitung stand. Wer bei uns als Agitator bekannt ist, wird sofort entlassen. — Es folgt die Erörterung der Vorgänge auf dem Striegauerplatz. Der Angeklagte gibt zu, Arbeitswillige „Hungerleider" genannt zu haben. — Vors.: Einem anderen Arbeitswilligen sollen Sie zugerufen haben, „er solle sich schämen, weiterzuarbeiten." — Angekl.: Das ist nicht wahr. Der Angeklagte bestreitet durchaus, den Rädelsführer bei den Krawallen gespielt zu haben. Er gibt wiederholt der Vermutung Ausdruck, daß die Arbeitswilligen nicht unbeeinflußt, sondern von der Fabrikleitung bewogen, gegen ihn in der Voruntersuchung ausgesagt haben. — Vors.: Wie kommen Sie zu dieser Vermutung? — Angekl.: Weil ich als Einziger hier vor dem Schwurgerichte angeklagt bin. — Vors.: Das liegt eben daran, daß es der Polizei leider nicht gelungen ist, aus der großen Menge auf dem Striegauerplatz alle diejenigen herauszubekommen, die die Gesetze übertreten haben. —

Hierauf begann die Zeugenvernehmung.

Die Zeugenvernehmung drehte sich im allgemeinen um die Vorgänge auf dem Striegauer Platz und zeitigte dasselbe Ergebnis, wie die vor kurzer Zeit stattgefundene Verhandlung der Breslauer Strafkammer über die Krawalle. Zahlreiche Kommissare und Schutzleute sagen als Zeugen übereinstimmend aus, daß die Menge geschlossen Widerstand leistete. — Zeuge Betriebsinspektor Rechenberger bekundet, daß der Angeklagte Hirsch die Arbeiter in der Werkstatt aufgehetzt habe und daß ihm deswegen die Entlassung angedroht worden sei. — Vors.: Welcher Art waren die Hetzereien des Hirsch? — Zeuge: Bestimmtes weiß ich nicht, er war aber Vertrauensmann. — Vors.: Hatte Hirsch denn solchen Einfluß auf die Arbeiter? — Zeuge: Er muß doch. — Vors.: Was heißt das? Drücken Sie sich bestimmter aus. Haben Sie den Einfluß selbst wahrgenommen? — Zeuge: Nein, nur gehört habe ich davon. — Vert.: Von wem? — Zeuge: Vom Werkmeister Mühbrecht. — Vors.: Den werden wir später hören. — Vor der nun folgenden Vernehmung mehrerer Arbeiter, die in der Linkeschen Waggonfabrik beschäftigt sind, beantragt die Verteidigung, das Gericht möge den Zeugen Rechenberger veranlassen, den Saal zu verlassen, da zu befürchten sei, daß die Arbeiter in dessen Anwesenheit nicht die Wahrheit sagen würden. — Das Gericht lehnt einen Beschluß über diesen Antrag ab, da die in Frage kommende prozessuale Bestimmung sich nur auf den Angeklagten, niemals aber auf einen Zeugen bezieht. — Ein zwölfjähriger Junge sagt aus, er habe ebenfalls gesehen, wie Hirsch die Menge auf das Trottoir zurückdrängte und Kindern Geld gegeben habe. — Vorsitzender: Du erkennst Hirsch bestimmt wieder? — Zeuge: Ja. — Angekl.: Der Junge ist der Sohn eines Meisters und vollständig von der Firma beeinflußt. — Vors.: Was soll denn die Linkesche Fabrik für ein Interesse daran haben, Sie als einzelne Person hereinzulegen? — Der nächste Zeuge ist der Schmied Modrok, der als Hauptbelastungszeuge für das dem Angeklagten zur Last gelegte Vergehen gegen die Gewerbeordnung gilt. Er sagt aus, daß Hirsch ihn vor Jahren veranlaßt habe, dem Metallarbeiter-Verband beizutreten. Später sei er jedoch wieder ausgetreten, da er kein Geld für die Beiträge übrig hatte. Seitdem habe Hirsch ihn gehaßt und nicht mehr mit ihm gesprochen. Der Zeuge bestätigt dann, daß Hirsch ihn am Krawalltage mit höhnischen Zurufen bedacht habe. Er habe jedoch davon Abstand genommen, Strafantrag zu stellen. — Vors.: Angeklagter, was sagen Sie dazu? — Angekl.: Die Leute sind alle durch den Betriebsinspektor Rechenberger beeinflußt. — Vors. (zum Zeugen Rechenberger): Wollen Sie sich dazu äußern? — Zeuge: Ich halte es unter meiner Würde, darauf zu antworten.

Der nächste Zeuge, Schmied Runge, ist der Hauptbelastungszeuge für den Tatbestand des Aufruhrs. Vor seiner Vereidigung bemerkt Verteidiger Simon: Für die Glaubwürdigkeit des Zeugen ist es von Wert, folgendes festzustellen: der Zeuge hat einmal seinen eigenen Vater zusammen mit seinem Bruder wegen Zwistigkeiten in der Familie tüchtig verhauen. Er hat ferner seinen Vater wegen Sittlichkeitsvergehens denunziert. Das Verfahren ist aber niedergeschlagen worden. Er hat ferner mehrfach geäußert, er wolle seinen Vater wegen Majestätsbeleidigung denunzieren. Er hat aber von seinem Vorhaben Abstand genommen, weil inzwischen die Zwistigkeiten beigelegt worden sind. Der alte Vater ist draußen auf dem Korridor und hat die Beschlüsse mitgebracht, in denen das Verfahren wegen Sittlichkeitsvergehens eingestellt wurde. Ich bitte das Gericht, diese Angaben zu prüfen und die Glaubwürdigkeit des Zeugen festzustellen, da ich der Meinung bin, daß, falls sich alle diese Angaben bestätigen, der Angeklagte auf Grund der Aussage dieses Zeugen unmöglich verurteilt werden kann. Außerdem sind diese Feststellungen wichtig für ein eventuelles Verfahren wegen Meineides gegen den Zeugen.

Zeuge Runge macht dann zu diesen Ausführungen des Verteidigers ganz verwirrte und wenig zusammenhängende Bekundungen, aus denen niemand klug wird. Zur Sache selbst bekundet er, daß er auf dem Striegauer Platz von dem Angeklagten „Pfaffenaas" genannt wurde, was auf seine Mitgliedschaft zum Evangelischen Arbeiterverein Bezug hat. Gleich nach dieser Beschimpfung sei er von vier bis fünf Ausgesperrten verprügelt worden. Nach seiner Meinung hat Hirsch zu diesen Personen gehört. — Angekl. Hirsch bestreitet das entschieden. — Mehrere Zeugen bekunden, daß sie zu der fraglichen Zeit den Angeklagten in der Restauration von Krause gesehen haben. — Eine Einigung über diese Differenz in den Zeitangaben konnte nicht erzielt werden.

Hierauf wurde die Verhandlung auf morgen, Dienstag, vertagt.

Was im „gemütlichen" Sachsen einem Arbeiterverein alles passieren kann!

Im sächsischen Erzgebirge regt es sich unter der Arbeiterschaft, die endlich im Begriff steht, ihre Klassenlage zu erkennen und in ihre Organisationen einzutreten. Auch Arbeiter-Turn-, Gesang- und andere Vereine entstehen. Den Gewerkschaften und diesen Vereinen werden alle möglichen Hindernisse bereitet. Daran beteiligen sich auch behördliche Organe. Ein eifriger Diener der Obrigkeit ist auch der Brigadier Krallmann in Raschau bei Schwarzenberg. Der Arbeiter-Gesangverein „Frohsinn" in Raschau hielt Ende August sein erstes Stiftungsfest ab, zu dem er am Abend Tanzkränzchen für seine Mitglieder „erlaubt" bekommen hatte. Tags zuvor kam der Gemeindediener nachts 1/4 12 Uhr in den Gasthof, wo die Mitglieder mit ihren Frauen den Saal schmückten, und teilte dem Vorsitzenden mit, daß das Vergnügen nicht abgehalten werden könne. Am andern Morgen bemühte sich der Vorsitzende mit einem Mitglied wieder beim Gemeindevorstand um die Erlaubniserteilung zum Tanz. Er erhielt sie auch. Am Nachmittag erschien aber der Brigadier mit einem Gendarmen zum Konzert, das auf einem Gartengrundstück über der Straße dem Gasthofe gegenüber abgehalten wurde und sehr stark besucht war. Als er erfuhr, daß die Tanzerlaubnis vom Gemeindevorstand wieder erteilt war, holte er diesen und dann forderten sie vom Vorsitzenden den Schein zurück und bemerkten, die Erlaubnis wieder zurückziehen zu müssen. Der Vorsitzende fügte sich aber nicht so schnell. Er ging mit seinen Festteilnehmern nach Schluß des Konzerts über die Straße in den Saal und gab ihnen von dem Vorgefallenen Kenntnis. Eine Aufregung entstand unter den Leuten, die, als der Brigadier den Saal betrat, um „einzuschreiten", sich dadurch Luft machte, daß der Beamte nicht ans Podium kam, sondern wieder hinausgedrängelt wurde. Sein Begleiter, der Gendarm, war schon verschwunden. Der Vorsitzende des Vereins und der Wirt erhielten beide Strafmandate. Danach sollte jeder 50 Mark bezahlen wegen Veranstaltung eines „öffentlichen Tanzvergnügens ohne behördliche Erlaubnis", außerdem sollte der Vorsitzende 30 Mark bezahlen wegen „Veranstaltung eines öffentlichen Umzuges ohne behördliche Erlaubnis" (der Gang über die Straße nach dem Saal!!) und weitere 20 Mark Strafe waren dem Wirt auferlegt worden, weil er Fortbildungsschüler zum Tanz „zugelassen" haben sollte. Alles das war auf Anzeige des hinausgedrängelten Brigadiers K. erfolgt. Er sollte keine Freude an dem Erfolge seines Eifers haben. Es wurde gerichtliche Entscheidung beantragt. Wie ein Kartenhaus fiel das Anklagegebäude ein. Dem Bregadier wurde vom Gericht gesagt, daß er in dem Saal nichts zu suchen hatte. Die Angeklagten wurden freigesprochen, nur die Strafe wegen des „öffentlichen Umzuges" blieb, da versteht man eben in Sachsen keinen Spaß, und wenns nur über die Straße ist! Auch diese Strafe dürfte in der Berufungsinstanz fallen.

Schulversäumnis vor dem Strafrichter.

Für die Provinz Pommern gilt noch ein Landtagsabschied vom 23. Mai 1835, wonach einer Schulversäumnisstrafe eine Vorladung und Vermahnung sowie die Aufnahme einer Registratur darüber vorauszugehen hat. Diese Voraussetzung ist in jedem einzelnen Falle zu erfüllen, ehe eine Bestrafung der säumigen Eltern, Vormünder usw. erfolgen kann, abgesehen von einer Ausnahme. Die Vermahnung in einem früheren Falle, wo ihr Bestrafung wegen Schulversäumnis folgte, genügt auch nach Auffassung des Kammergerichts für einen anderen Fall nur dann, wenn in beiden Fällen die nicht genügend gerechtfertigte Versäumnis auf dieselbe Ursache zurückzuführen ist. — Ausgehend hiervon mußte der erste Strafsenat des Kammergerichts die Revision gegen ein freisprechendes Urteil des Landgerichts Stettin in Sachen Engels verwerfen, weil der Bestrafung des Angeklagten wegen einer bestimmten Schulversäumnis seines Kindes keine Vorladung und Vermahnung vorhergegangen war und obwohl E. schon einmal verwarnt und bestraft worden ist. In der Begründung wurde vom Senatspräsidenten betont, es wäre zu wünschen, daß die Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Schulpflicht und ihrer Erfüllung, die nicht bloß in Pommern, sondern auch sonst vielfach in Preußen beständen, durch ein einheitliches Schulversäumnisgesetz beseitigt würden.

Viel notwendiger als ein einheitlicher preußischer Schulpolizeistock erscheint uns ein von modernen Ideen getragenes Schulgesetz, das freilich vom Dreiklassenparlament nicht zu erwarten ist. Die Schulversäumnis liegt in unendlich vielen Fällen weit mehr in dem Mangel sozialer Einrichtungen (Mangel einer Fürsorge für den Zögling durch das Gemeinwesen, Not in dem elterlichen Hause und Jämmerlichkeit der Schuleinrichtungen) als an dem bösen Willen der Eltern.

Eigenartige Recherchen.

Der im Mai d. J. in Haft genommene Zigarrenhändler Rohrmann, der eine ganze Anzahl städtischer Ehrenämter bekleidete, stand unter der Anklage des Sittlichkeitsvergehens am Sonnabend vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Dem Vernehmen nach wurde der Angeklagte durch die Anklage beschuldigt, zwei Mädchen wiederholt in unzüchtiger Weise berührt zu haben. In der Verhandlung soll zur Sprache gekommen sein, daß der Angeklagte, der u. a. in der Schul- und Armenkommission und im Waisenrate tätig ist, ein überzeugter Spiritist und nebenbei der Meinung ist, daß er imstande sei, durch ein magnetisches Fluidum, welches seinem Körper entströmt, seine Nebenmenschen von manchem körperlichen Ungemach zu befreien. Als Mitglied der Schulkommission hatte er wegen der vielfachen Schulversäumnisse eines Schulmädchens zu recherchieren und da er sich überzeugte, daß das Kind sehr schwächlich und sehr krank war, trieb ihn das Mitleid, sich bereit zu erklären, Versuche mit dem körperlichen Magnetismus anzustellen, der nach seiner Meinung die Patientin vielleicht retten konnte. Dabei soll er, wie die gegen ihn erstattete Anzeige behauptete, vielfach mit dem Mädchen unzüchtige Handlungen vorgenommen haben. Das später an Lungenkrankheit verstorbene Mädchen hatte anfänglich diese Beschuldigungen im vollen Umfange bestätigt, bei späteren Vernehmungen sie aber immer mehr eingeschränkt. Der Angeklagte hat von Anfang an den in diesem Falle gegen ihn erhobenen schweren Verdacht entschieden zurückgewiesen und tat dies auch im Hauptverhandlungstermin. Die in einem zweiten Anklagefall gegen ihn auftretende Zeugin ist ein an Krämpfen leidendes hysterisches Mädchen, dessen Glaubwürdigkeit stark in Zweifel gezogen wurde. Der Angeklagte bestritt, mit dieser Zeugin überhaupt jemals in nähere Berührung gekommen zu sein. Für den Angeklagten trat eine ganze Reihe von Leumundszeugen auf, darunter auch Pfarrer Koch von der Samariterkirche, der erklärte, daß dem Angeklagten unsittliche Handlungen nicht zuzutrauen seien, und nebenbei ein kleines Bild von den spiritistischen Allüren des Angeklagten, von denen er ihn mehrfach abgeraten habe, entwarf. Dem Antrage des Rechtsanwalts Schneider entsprechend erkannte das Gericht nach erschöpfter Beweisaufnahme auf Freisprechung des Angeklagten. Der Staatsanwalt hatte 1 Jahr Gefängnis beantragt. Der Angeklagte, der seit Mai in Untersuchungshaft zugebracht hat, wurde sofort auf freien Fuß gesetzt.

Der Beutezug eines „Köpenickers" in Berlin beschäftigte gestern in einer längeren Sitzung die 1. Strafkammer des Landgerichts III. In der Person des Kutschers Michaelis Gedalje präsentierte sich der Strafkammer einer der geriebensten Schwindler, der es verstanden hat, längere Zeit hindurch eine große Anzahl Goldwarenhändler und Uhrmacher in Berlin und den Vororten unter der Maske eines „Köpenicker Wäschereibesitzers" zu prellen. Der 36jährige Angeklagte hat schon eine sehr ereignisreiche Vergangenheit hinter sich. Er ist nicht weniger als sechsmal wegen Diebstahls und dreimal wegen Betruges, u. a. mit 2 1/2 Jahren Zuchthaus vorbestraft. Im März d. J. wurde er aus der Strafanstalt Plötzensee entlassen. Nachdem der Angeklagte seinen Arbeitsverdienst aus dem Gefängnis in wenigen Tagen durchgebracht hatte, ersann er folgenden neuartigen Gaunertrick: Er fuhr nach Köpenick und ließ sich hier bei einem Wäschereibesitzer als Kutscher engagieren. Mit Hülfe des ihm überantworteten Fuhrwerks gelang es ihm, sich bei zahlreichen Uhrmachern als Wäschereibesitzer zu legitimieren. Eines Tages erschien er bei einem Uhrmacher B. in Moabit und ließ sich mehrere Uhren vorlegen. Im Laufe der Unterhaltung erwähnte er dann ganz harmlos, er betreibe als Nebenerwerb einen gut gehenden Uhrenhandel in Köpenick, auch stehe er mit verschiedenen Uhrenhändlern in Berlin schon lange Zeit in Geschäftsverbindung. Da der Angeschuldigte sehr sicher auftrat und auch einige Fachkenntnis bewies, wollte sich B. das „gute Geschäft" nicht entgehen lassen, zumal da der Herr Wäschereibesitzer sich in ausreichender Weise legitimierte und auf sein auf der Straße stehendes Fuhrwerk hinwies. B. ließ sich schließlich verleiten, dem Angeklagten mehrere Uhren im Werte von 68 Mark kommissionsweise zum Weiterverkauf auszuhändigen. Der geriebene Schwindler ließ sich natürlich bei dem Geprellten nicht mehr sehen, denn die Uhren wanderten sofort ins Leihhaus. Dieser Trick gelang dem Angeklagten bei mehreren Uhrenhändlern in Berlin, Charlottenburg und Schöneberg. In einigen anderen Fällen waren die Verkäufer so vorsichtig, dem Betrüger nicht ohne weiteres Uhren auszuhändigen. In diesen Fällen verstand es Gedalje in raffiniertester Weise die Aufmerksamkeit des Geschäftsinhabers von den vorgelegten Uhren abzulenken, um dann blitzschnell einige verschwinden zu lassen. — Vor Gericht legte der Angeklagte nur ein sehr gewundenes Geständnis ab, so daß die Vernehmung der sämtlichen Zeugen stattfinden mußte. Erst dann gestand er alles ein, um sich noch von der ihm drohenden Zuchthausstrafe zu retten. Der Gerichtshof hielt in Anbetracht des überaus gemeingefährlichen Treibens des Angeschuldigten eine empfindliche Strafe für gerechtfertigt und erkannte auf drei Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust. Der Staatsanwalt hatte vier Jahre Gefängnis beantragt.

Witterungsübersicht vom 22. Oktober 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	768	NO	1	Dunst	10	Haparanda	773	N	2	bedeckt	—7
Hamburg	767	OSO	2	Nebel	12	Petersburg	759	NNO	1	bedeckt	6
Berlin	767	OSO	1	Nebel	12	Scilly	755	S	4	wolkig	14
Frankf. a. M.	767	SO	1	Nebel	9	Aberdeen	756	SSO	2	bedeckt	12
München	770	SO	2	wolkenl	3	Paris	764	SSO	2	wolkig	9
Wien	769	NW	1	Nebel	9						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 23. Oktober 1906.

Etwas kühler, vielfach nebelig, teilweise aufklarend bei mäßigen nordöstlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Turmstr. 76. **Lachmann & Scholz** Ottostraße 1.

Warenhaus

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag Doppelte Rabattmarken

Säle für dreihundert Personen **mit Bühne**, Vereins-Zimmer, Kegelbahn, Billard. Dresdener Garten, **Dresdener-Str. 45**, Telephon-Amt 4 No. 9561.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.
Spezialität: **Nordhäuser Kautabak**
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 2454L*
Amt 4, 3014.

F. August Schmidt, Köpenickerstr. 116, Tabakfabrik
Billigste Bezugsquelle für alle Sorten
Schnupf-, Rauch- und Kautabake
Cigarren, Cigaretten. — Amt IV, 7300. 2206L*
Gegründet 1883.

Hygienische Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. fr. H. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW., Friedrichstrasse 91/92.

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für 2103L*
Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10—2, 5—7, Sonnt. 10—12 Uhr.

5 Pf. kostet eine Tasse reine delikate Fleischbrühe
Quaglio's Bouillonkapseln
Wo keine Verkaufsstelle, Versand franko ab Fabrik: Berlin O., 27.

Weidenweg 12 1 Laden m. Wohn. à 75 M. u. kl. Wohn. frei. D. Trölsch. 2721L*

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Deckbett, Unterbett, Kissen mit glattrotem Inlett 10,50, Pfandleihe Andreasstraße achtunddreißig. 1930K*

Rotrosa-gestreiftes Deckbett, Unterbett, zwei Kissen 18,00. Andreasstraße achtunddreißig. Pfandleihe. *

Bauerndeckbett, Unterbett, zwei Kissen 27,00. Große Laken 1,00. Leihhaus Andreasstraße achtunddreißig. Elektrische nach überall. *

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1†

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Kleiderspind 20 Mark, Kommode 21, Vertiko 29, furniertes Kleiderspindvertiko, modern 40, Säulenschränke 54, Garderobenschränke 38, Waschtoiletten 21, Ruhebett 27, Schlafsofa 38. Muschelbettstelle, englische Schlafzimmer, Küchenmöbel. Auch Teilzahlung. Transport frei. Wallstraße 81. 172/11*

Bettenstand, Partiewaren, spottbillig. Schöneberg, Ebersstraße 30. Springer. 2158b*

Kinderwagen, Kinderbettstellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgesetzte spottbillig. Schneider, Kurfürstenstraße 172. 9625*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil, 50,00. Holz, Blumenstraße 36 b. *

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 268/14*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36 b. 1814K*

Steppdecken spottbillig. Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 1842K

Möbelangebot. Im Anhalter Bahnspeicher, Möckernstraße 25, Anhalter Innenbahnhof, direkt Hochbahnstation Möckernbrücke, stehen verschiedene Einrichtungen zum Verkauf. Darunter befinden sich hochmoderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Salongarnituren, Paneelsofas, Bibliotheken, Ankleideschränke, Nußbaumbüfette, Bronzekronen, Oelgemälde, Schreibtische 28,00, Ruhebetten mit prachtvoller Diwandecke 22,50, wunderschöne Säulentrumeaus 30,00, hochelegante Salonteppiche schon 14,00 bis zu allergrößten Saalteppichen, allerliebste Zimmerteppiche 8,00, reichgestickte Uebergardinen, Spachtelstores, Tüllgardinen, Steppdecken, Salonbilder, Standuhren, prachtvolle Plüschtischdecken 5,00, verschiedene Gelegenheiten. Uebernahme vollständiger Warenlager, Wirtschaften, Konkursmassen, Nachlässe zum schnellen Verkauf und Versteigerung. Otto Lideke's Anhalter Bahnspeichereien. *

Gaskronen, Petroleumkronen, Woche 1 Mark, Fabrikpreise. Große Frankfurterstraße 92 und Ravenéstraße 6 (Wedding). 1852K

Möbeltischlerei liefert gediegene Wohnungseinrichtungen äußerst billig. Bunte Küchen. Reelle Arbeit. Besichtigung meines staunend großen Lagers erbeten. Auch Ratenzahlung. Nur Keller und Hinterräume. Harnack, Tischlermeister, Dresdenerstraße 124, zwischen Oranienplatz und Kottbuser Tor. 1768K*

Winterpaletots, Monatsanzüge, wenig getragene, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Fürstenzelt, nur Rosenthalerstraße 10. Habe keine Filialen.

Parteilokal, zwei Vereine, wegen größeren Unternehmens billig zu verkaufen. Spedition Petersburger Platz 4. †134

Federbetten 11,00, zweischläfrig 15,00. Michel, Dresdenerstraße 38.

Räumungs-Ausverkauf! Gardinen, Stores, 10 Proz. Rabatt, Fenster 1,15, 1,65, 1,85, 2,45, 2,95, 3,85, 4,75, 5,75 usw. Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, nahe Koppenstraße. *

Tüllbettdecken 2,15, 2,25, 2,45, 2,95, 3,25, 3,85, 4,50 usw. Vorziehgardinen, weiß, creme, rot und goldfarbig in allen Preislagen 10 Proz. Rabatt. Weihenbergs Teppichhaus.

Räumungs-Ausverkauf! Möbelstoffe, Möbelplüsche und Reste für ganze Bezüge 15 Proz. Rabatt. *

Japaner- und Perser-Teppiche, 2 Meter lang 3,85; 2,85 Meter lang 5,90. 1893K*

Große Posten echte Plüschteppiche mit Fehlern, nur so lange Vorrat 10 Proz. Rabatt. Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1894K*

Räumungs-Ausverkauf! Einen Posten Tuchtischdecken 1,65, 1,95, 2,45, 2,95, 3,50, 4,35 usw. 1895K*

Plüschtischdecken, wert das Doppelte: jetzt 6,85, 7,50, 8,75, 9,75, 11,00; 10 Proz. Rabatt. 1896K*

Steppdecken, nur so lange Vorrat 2,85, 3,85, 4,85, 5,85, 6,85. 1897K*

Tuch- und Plüschvorhänge mit Querbehang 3,85, 4,50, 5,00, 7,85, 9,50, 10,50 usw. mit 10 Proz. Rabatt. Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, Haltestelle nahe Koppenstraße. 1898K*

Monatsanzüge und Winterpaletots von 5,00, Joppen von 4,50, Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Naß, Mulackstraße 14. 2245b*

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Teschings, Uhren, Goldsachen, Kessel, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131.

Reisegläser, Operngläser, Reißzeuge, Regulatoren, Freischwinger, Harmonikas, Geigen, Zithern, Bilder, Teppiche, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. 2236b*

Nähmaschinen, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Wienerstraße 1—6, Warschauerstraße 67, Ackerstraße 111.

Damenjacketts, Paletots, Kostüme, hochelegante Reisemuster, teils auf Seide, 9 Mark, Posten eleganter Steppdecken, statt 8 Mark jetzt durchweg 3,75. Julius Neumann, Belle-Alliancestraße 105. 1961K*

Parteilokal zu verkaufen, Preis 2500, zu erfragen: Cohn, Schönhauser Allee 30. †106

Gemüsegeschäft, flottgehend, verkäuflich Bernauerstraße 67, I. Rieß.

Restauration krankheitshalber billig zu verkaufen. Passend als Zahlstelle oder Arbeitsnachweis. Paul Geyer, Alte Jakobstraße 66. 2240b

Gut erhaltene Möbel sofort Weidenweg 85, Quergebäude I, links. †87

Kleine Singer 15,00. Nerlich, Kleine Andreasstraße 2, III. †86

Quadratrute 6 Mark, direkt am Wald, guter Baugrund, verkauft Krause, Zepernick, Dorfstraße 29, Stettinerbahn. 2244b*

Musikwerke, Sprechmaschinen. Teilzahlungen. Invalidenstraße 20. Skalitzerstraße 40. 1936K

Möbelfabrik, Oranienstraße 58, direkt Moritzplatz. In meinen fünf Etagen stehen komplette Wohnungseinrichtungen in jeder Preislage vom Einfachsten bis zum Elegantesten. Besondere Gelegenheit biete ich in verliehen gewesenen, fast neuen Möbeln, die bedeutend herabgesetzt sind. Besichtigung erbeten, ohne Kaufzwang. Auffallend billig verkaufe ich neue Chaiselongues 17, Schlafsofa 27, Satteltaschensofa 45, Paneelsofa 55, hochelegante Plüschgarnitur 75, Säulentrumeau 25, Bettstelle mit Matratze 16, Ausziehtisch 16, Muschelspind, Vertiko 27. Gekaufte Möbel können drei Monate kostenfrei lagern. Teilzahlung gestattet. Kein Laden, direkt Fabrik. Auch Sonntags geöffnet. Musterbuch gratis. 1523K*

Gaskronen, Petroleumkronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Louis Böttcher (selbst). — Spezialhäuser: Boxhagenerstraße 32 (Bahnverbindung Warschauerstraße) Reinickendorferstraße 116, Schönhauser Allee 80, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 247 (Hermannplatz.)

Bronzegaskronen!! Gaszuglampen 9,00! Salongaskronen 15,00! Gasampelkronen 1½! Zweilochgaskocher 3,00! Gasheizöfen 6,00! Woblauer, Wallnertheaterstraße 32.

Speichermöbel, wenig gebrauchter, verliehen gewesener Möbel, Büfetts, Plüschgarnituren, Säulentrumeaus 35,00, Paneelsofas, Salonteppiche, Kleiderschränke, Vertikos, Ausziehtisch 12,00, Taschensofas, Ruhebetten, Muschelbettstellen 20,00, bunte Kücheneinrichtung, Gardinen, Marmortoiletten, Spiegel, Spiegelspind 15,00, alles Gelegenheitskäufe. Möbelspeicher Brunnenstraße 182. 1941K*

Teppiche, großer Posten, mit kleinen Defekten, enorm billig. Teppichhaus Joseph, Rosenthalerstraße 2, am Tor. 1949K*

Steppdecken, außerordentliche Gelegenheit, elegante Muster. Ersatz für seidene Steppdecken, 6,75, 5,75, 4,90, 3,90, 2,95. Teppichhaus Joseph, Rosenthalerstraße 2, am Tor. 1952K*

Gardinen, angeschmutzt, und Restbestände von 1 bis 4 Fenstern, spottbillig. Gardinenhaus Joseph, Rosenthalerstraße 2, am Tor. 1953K*

Felle, Bettvorlagen, um zu räumen für fast die Hälfte. Teppichhaus Joseph, Rosenthalerstraße 2, am Tor.

Dame verkauft Muschelkleiderspind 28 Mark, moderne Küchenmöbel, Ausziehtisch 16, Bettstellen mit Federmatratzen und Keilkissen 29, Ruhebett 25, Waschtoilette, Nachttisch, Sofatisch 15, Kommode, Muschelspiegel 12, Paneelsofa 75, Taschensofa 50, Rohrlehnstühle, Stand Betten 20, Bilder, Gardinen, Teppich 8, Steppdecken 7. Dresdenerstraße 38, vorn II links. *

Fabrikpreise für Blusen, Kostüme, Kostümröcke, auch Maßsachen. Blumenstraße 9, II. 172/16*

Kinderwagen, Kinderbettstellen, gebrauchte, zurückgesetzte, spottbillig Sommer, Wienerstraße 51. 1795b

Leihhaus Prinzenstraße 28, 1 Treppe, Ecke Ritterstraße. Verfallene Pfänder, Gelegenheitskäufe, Goldsachen jeder Art, goldene Uhren, verkauft spottbillig. 1662K*

Strickmaschinen, günstige Bedingungen. Homburger, Spandauerbrücke 2. 1724K*

Nähmaschinen! Zahle bis 15,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Postkarte. Brauser, Tilsiterstraße 90. †86*

Verschiedenes.

Elsholz, Komiker, Gropiusstraße 6. 2182b*

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a. 997b*

Kunststopferei von Frau Kokosky, Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Rixdorf. Bruies Festsäle, Kniesebeckstraße 113, Restaurant, Garten, Vereinszimmer, Parkettsaal (600 Personen). Sonntags Ball. †121*

Pfandleihe, Prinzenstraße 62, täglich 8—8, Sonntags bis 2. 1908K*

Platina, alte Goldsachen, Bruchgold, Kehrgold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Brillanten, photographische Rückstände, sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Abfälle kauft Gold- und Silberschmelze Broh, Wrangelstraße 4. Telephon IV, 6958. 172/4*

Schneiderin empfiehlt sich zur Neuanfertigung jeder Damengarderobe. Blumenstraße 9, II. 172/12

Kaufe Vorortparzellen, gebe Geschäft dafür. Blumenstraße 9, II. *

Metallbruch kauft höchstzahlend Riedel, Markusstraße 43. 2220b*

Wer Stoff hat, fertige Herrenanzug, ohne Konkurrenz, feinste Zutaten, zwei Anproben. Für guten Sitz bekam goldene Medaille. Ludwig Engel, Prenzlauerstraße 23 II, Alexanderplatz. Gegründet 1892. 75/10*

Vermietungen.

Wohnungen.

Oudenarderstraße 36, 37, 38, sofort billige Wohnungen. 2116b

Zimmer.

Einfach möbliertes Zimmer vermietet an zwei oder einen Herrn, Bergmann, Harzerstraße 119, parterre.

Teilnehmerin zu möbliertem Zimmer gesucht. Admiralstraße 39, Hof III. 2248b

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle für Herren, Orlowski, Kottbuser Damm 73, 3. Aufgang 1 Treppe. †4

Schlafstelle für Herren zum 1. November. Krüger, Palisadenstraße 55, vorn I. 2247b

Schlafstelle, zwei Herren, Balkonzimmer, Christburgerstraße 38 III, Bandmann. †89

Schlafstelle, zwei Herren, Schmidt, Wendenstraße 2, vorn III. †4

Mietsgesuche.

Kleines, einfach möbliertes Zimmer, Nähe Bahnhof Gesundbrunnen, allein zu mieten gesucht. Offerten mit Preisangabe „2107" Spedition, Rügenerstraße 24. †106

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Glöter, Mulackstraße 27. 1468b

Stellenangebote.

Chauffeurschule. Jedermann wird schnellstens zu erstklassigem Chauffeur theoretisch und praktisch ausgebildet. Glänzendste Erfolge. Lehrpläne kostenlos. Größter Stellennachweis. Stets Nachfrage nach Chauffeuren. Autotechnikum „Berlin". Infolge bedeutender Vergrößerung jetzt: Berlin-Wilmersdorf, Hildegardstraße 13. Größte, bedeutende Chauffeurschule!

Schlosser auf Gitterbau, Schaufenster und Türen verlangt Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 97.

Ehemalige und gegenwärtige Versicherungs-Agenten resp. Inspektoren werden im eigensten Interesse um Angabe ihrer werten Adresse mit näheren Angaben ersucht; Auslagen werden vergütet, Diskretion zugesichert! Gefl. Offerten sub E. 4 Expedition des „Vorwärts". 2246b

Tüchtigen Grundierer verlangt Goldleistenfabrik Rosenow u. Co., Schmidstraße 6. 2239b

Versilberer verlangt Bathe, Köpenickerstraße 127. 2248b

Rahmenmacher, der furnieren kann, verlangt A. Steckstädt, Friedrichstraße 16. 2238b

Dreiradfahrer für Zeitungskontor, Gegend Lützowplatz. Lohn monatlich 35,00 Mark. Kronenstraße 65, Walter Witwe. 2143b*

Pappenzuschneider, geübten, verlangt Kartonfabrik, Neue Friedrichstraße 48. 1960K

Tüchtige Gürtler für bessere Rohrarbeiten (Neusilber-Instrumente) bei hohem Lohn sofort gesucht. Offerten unter D. 4 an die Expedition des Blattes. 1950K*

Nur selbständiger Heizungs-Monteur als 1. Monteur gesucht. Kunze u. Kühn, Schöneberg-Berlin, Hauptstraße 111. †105

Tüchtigen Bilder-Rahmenmacher sucht Max Ripprasch, Ritterstraße 8.

Künstliche Blumen-Kröserinnen verlangt Schindelhauer, Alexandrinenstraße 93/94. 2141b*

Künstliche Blumen-Lehrmädchen verlangt Schindelhauer, Alexandrinenstraße 93/94. Anfangsgehalt 20 Mark.

Zeitungsfrau mit Hülfe für Tiergartenstraße, Lohn 40 Mark, Kronenstraße 65, Walter Witwe. 2144b*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Polirarbeiter
für verzierte und moderne Leisten finden bei hohem Lohn dauernde Beschäftigung in einer süddeutschen Goldleistenfabrik. Offerten unter C. 1520 an die Exped. d. Blattes. 212/8*

Für einen größeren Gießereibetrieb werden
tüchtige
Lehmformer
und 172/12*
Lehmkernmacher
zum sofortigen Antritt für dauernde Arbeit bei hohem Lohn
gesucht.
Angebote unter **R. J. 7720** an **Rudolf Mosse, Bremen.**

Wir suchen zum 1. November einen
Lagerhalter
und eine perfekte
Verkäuferin.
Bewerbungen erbitten wir schriftl. an unsere Zentralverwaltung, Berlin O. 27, Krautstr. 7. 207/7*
Berliner Consum-Verein.

Rohrer
werden eingestellt Neuländer & Co., 276/4 Kurfürstendamm 97.

Gesucht von einer Firma unweit **Manchester (England)** tüchtiger erfahrener 2254b
Arbeiter für Photographie-Kartons
der mit den neuesten Arbeitsmethoden vollkommen vertraut ist. Offerten unter **F. 4** an Expedition d. Bl.

60 tüchtige Verkäuferinnen
für
Spielwaren
per sofort oder 1. November für unsere Geschäfte:
Spittelmarkt
Belleallianceestraße
Große Frankfurterstraße
Brunnenstraße
Kottbuser Damm
gesucht. Vorstellung **nur in unserer Zentrale Belleallianceestraße 1—2**
mittags 1—2 oder abends 8—9 Uhr. 2732b
A. Jandorf & Co.

Die
Arbeits-Nachweise
für
Tischler und Möbelpolierer
befinden sich: 186/12*
1. **Lausitzer Platz 7** bei **Feller.** Telephon: Amt IV, 4659.
2. **Simon Dachstr. 46** (Ecke Boxhagener) bei **Max Hürtler.**
3. **Koppenstr. 37** bei **Paul Schmidt.** Telephon: Amt VII, 3978.
4. **Wollinerstr. 35** bei **Fürstenau.**
Fachverein der Tischler
Berlins und Umgegend.

Zentral-Verband der Maurer
Deutschlands.
(Zweigverein Berlin.)
Sektion der Gips- u. Zementbranche.
Der Bau: **Rixdorf, Bodestr. 14,** ist wegen Akkordarbeit für sämtliche organisierte
Rabitzputzer, Träger und Spanner gesperrt.
Die Arbeit wird von dem Rabitzunternehmer **Gottlieb Schultz** ausgeführt und ersuchen wir alle Kollegen, die Firma strengstens zu meiden.
147/20* **Der Sektionsvorstand.**

Achtung! Kürschner!
Der Verein selbständiger Kürschner (Pelzbranche) hat über die Firma
Joka u. Co.
die **Sperre** verhängt. Wir ersuchen die selbständigen Kürschner, sich streng an den Beschluß zu halten.
103/2* **Der Vorstand.**
Die Zahlstelle Berlin des Deutschen Kürschnerverbandes ersucht die Mitglieder, diese Werkstelle streng zu meiden, da selbige ebenfalls die Sperre verhängt hat über die Firma.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!
Klavierarbeiter!
In der Pianofabrik von **Bell & Co., Andreasstr. 32,** haben sämtliche Kollegen wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt. 141/16*
Zuzug ist fernzuhalten.
Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Wegen **Streik** und **Lohndifferenzen** sind gesperrt:
Für **Tischler, Polierer und Maschinenarbeiter:**
Luxusmöbelfabrik Ohmann, Lausitzerplatz 13/14.
Becker, Stalitzerstraße.
Brämer, Warschauerstr. 70.
Für **Kupfarbeiter:**
Abramowsky, Köpenickerstraße 33a.
Für **Drechsler:**
Ohmann, Lausitzerplatz.
Sklanie, Wienerstraße.
Laborenz, Rixdorf, Kniesebeckstraße.
Panitsch, Brunnenstraße.
Walter, Rüdersdorferstraße.
Für **Kammacher:**
Döbbelin, Stallschreiberstraße.
Zuzug ist streng fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung.

Deutsch. Buchbinderverband
Die Firma **Max Bech,** Kartonfabrik, Adalbertstraße, ist für Presser und Präger auf Reklamekartons wegen Lohndifferenzen **gesperrt.**
26/1 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung!
Marmorarbeiter!
Bei der Firma **R. Finck,** Tempelhofer Ufer 15, legten sämtliche Schleifer die Arbeit nieder wegen fortgesetzter Lohnreduzierung. Die Kollegen werden ersucht, dies zu beachten. 190/12
Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.